

63/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 26. Sitzung, 13.03.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen

26. Sitzung / öffentlicher Teil

Dienstag, 13.03.2007

Gesamtdauer der Sitzung:

09:06 Uhr – 19:04 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

Jochen Pack

Schriftführer

Dr. Peter Pilz

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Beschaffung von Kampfflugzeugen



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

26. Sitzung/ öffentlicher Teil

Dienstag, 13. März 2007

Gesamtdauer der 26. Sitzung:
9.06 Uhr – 19.04 Uhr

Lokal VI

Beginn der Sitzung: 9.06 Uhr

Obmann Dr. Peter Pilz eröffnet – um 9.06 Uhr – die **öffentliche** Sitzung des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen, begrüßt alle Anwesenden und gibt bekannt, dass Herr Dr. Heinrich Traumüller **Protokollberichtigungen** wünsche, die im Ausschusslokal zur Einsicht aufgelegt werden. In einer Geschäftsordnungssitzung werde, so der Obmann, noch darüber zu befinden sein. Sollte es irgendwelche Einwände dagegen geben, werde dies zu erörtern sein, ansonsten werde diesbezüglich wie immer vorgegangen werden. (*Protokollberichtigungen: s. Anhang; öffentlicher Teil.*)

Sodann ersucht der Obmann darum, als **erste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Herbert Hillingrathner** in den Sitzungssaal zu bitten.

(*Die Auskunftsperson Dr. Hillingrathner wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.*)

Der Obmann begrüßt die Auskunftsperson, dankt für deren Erscheinen, erinnert an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Ministerialrat i. R. Dr. Herbert Hillingrathner: Mein Name: Herbert Hillingrathner; geboren am 5.1.1940; wohnhaft in 1180 Wien; Beruf: Beamter in Ruhestand.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Hillingrathner, Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe schlagend werden, können Sie sich an den Verfahrensanwalt oder an mich wenden, und wir werden die weitere Vorgangsweise besprechen.

Nach der Verfahrensordnung haben Sie auch diesmal das Recht, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Der Obmann erteilt als erstem Fragesteller Abg. Darmann das Wort.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Guten Morgen, Herr Ministerialrat! Sie sind zum damaligen Zeitpunkt in den Ruhestand getreten. – Wann genau sind Sie in den Ruhestand getreten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Am 30. November 2003 bin ich abgetreten, und ab 1. Dezember war ich sozusagen im Ruhestand.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Und wann haben Sie einen Werkvertrag bekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Vom 1.12.2003 bis Ende November 2004.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie dem Ausschuss sagen, was der Inhalt dieses Werkvertrages war?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, es war eine relative eingehende Prüfung des Rechnungshofes, wo ich doch etliche Expertisen machen und dem Rechnungshof Rede und Antwort stehen musste. Das war so intensiv, dass ich zeitweise mehr gearbeitet habe als in meiner aktiven Dienstzeit, muss ich sagen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Inwieweit waren Sie dann nach Vertragsabschluss noch in die Vorgänge rund um diesen Vertragsabschluss und die Folgetätigkeiten eingebunden?

Dr. Herbert Hillingrathner: In die Folgetätigkeiten im Prinzip nicht mehr. Da haben wir getrennt. Ich habe jene Sachen abgedeckt, die bis zum Ende meiner aktiven Dienstzeit stattgefunden haben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie dem Ausschuss mitteilen, inwieweit das Bundesministerium für Finanzen nach Vertragsabschluss in diesen Beschaffungsvorgang noch weiter eingebunden war?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es hat immer wieder Fragen gegeben. Ich glaube, das Haus verfügt über eine Aufstellung. Ich kann jetzt nur nachschauen. (*Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.*) Es waren politisch immer wieder Auskünfte an das Kabinett zu geben, auch im Hinblick auf Presse, Preisentwicklung Eurofighter, Preisüberleitung, Zahlungsbestimmungen, dann eben Rechnungshofberichte, Anfragen. Parlamentarische Anfragen hat es gegeben. Es war ja auch im Bundesrat das Thema releviert. Dann war man eingebunden, praktisch, wo wir die Rechtswirksamkeit der Verträge mit 22.8.2003 erfahren haben. Dann war natürlich relativ viel Arbeit mit dem Wirtschaftsministerium, weil wir ja – ich bedauere es fast – auch eingebunden waren in die Plattform für die Gegengeschäfte, und da hat es dann doch regelmäßig auch Sitzungen gegeben, wo ich noch dabei sein musste. Außerdem begann dann die Zwischenlösung, wo wir natürlich auch voll eingebunden waren. – Ich glaube, das wäre das Wesentliche.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie sagten gerade: „wo wir voll eingebunden waren“. – Inwieweit waren Sie in diese Zwischenlösungsthematik eingebunden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe es hier schon einmal erklärt: Praktisch mit 1. April 2003 war es klar, dass wir eine Zwischenlösung brauchen, und mit Beginn der Verhandlungen hat sich dann bereits das Fenster aufgetan, dass wir allenfalls äußerst günstig und für Österreich vorteilhaft von der Schweiz diese F-5 E mieten können.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ich möchte jetzt zu einem anderen Thema kommen. – Gestern ist der Bericht des Bundesrechnungshofes der Bundesrepublik Deutschland zum Projekt Eurofighter thematisiert worden, ein mit „n.f.“ gekennzeichnetes Schreiben. Haben Sie das von der S 5-Abteilung Luftstreitkräfte übermittelt bekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wir haben es übermittelt bekommen, aber von wem, das weiß ich wirklich nicht. Ich kann immer nur sagen, vom Verteidigungsministerium ... Da müsste man in den Unterlagen nachschauen. Wenn es da nicht vorhanden ist, entsprechendes Übermittlungsfax oder Einlaufstück oder sonst etwas, dann weiß ich es nicht. Ich kann es nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Haben Sie dieses Schreiben angefordert, oder ist es Ihnen ohne Anforderung übermittelt worden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube, das haben wir ohne Anforderung bekommen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ohne Anforderung? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Was haben Sie nach Erhalt dieses Schreibens damit gemacht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wir haben es durchgelesen und halt gesehen, konstatiert, wie ähnlich die Schlammschlachten sind. – Entschuldigung, wenn ich das so sage! – Das ist jetzt auch relativiert worden, ex post, dass viele dieser Feststellungen in der Form nicht zutreffen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie das näher ausführen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ehrlich gesagt, nein, weil ich mich damit nicht mehr näher auseinandergesetzt habe. Ich bin da nur auf Presseberichte und so weiter angewiesen. Ich habe die Originalsachen nicht mehr studiert. Über alles, was in der Presse steht, darüber mag ich wirklich keine Bewertung abgeben, weil meistens nichts ganz stimmt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): War Ihnen damals bekannt, dass selbiger Bericht des Bundesrechnungshofes der Bundesrepublik Deutschland zum gleichen Zeitpunkt auch auf der SPÖ-Homepage zum Download im Internet bereitgestellt wurde?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das weiß ich aus der Presse.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Jetzt, mittlerweile, im Nachhinein?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, wie das ins Internet gestellt wurde, ist ja das an die Öffentlichkeit getragen und natürlich entsprechend kritisiert worden; das habe ich schon mitbekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, sind Sie mit dem **Business Code** befasst gewesen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe schon das letzte Mal ausgeführt: Diese Frage habe ich eher delegiert, aber natürlich war ich damit befasst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gibt einen Vorgang, den uns Herr Ministerialrat Wall nicht hinreichend erklären kann. Er behauptet, er hätte die Änderung des Business Code, wo Eurofighter eigenmächtig einen Punkt 4 und damit eine Schmiergeldklausel zu den Anti-Schmiergeldklauseln ergänzt habe, die davor in dem vom Finanzministerium approbierten Text vorhanden sind, also dass er diese Textierung, dass Eurofighter eigenmächtig ergänzt und mit Ihnen akkordiert habe. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wir als Finanzministerium haben praktisch bis zur Unterschrift des Vertrages, wo dann unsere letzte Zustimmung war, immer nur den Text gesehen, den wir dem Verteidigungsministerium übermittelt haben. Irgendwann einmal hat mich im Zeitraum – wahrscheinlich, ich weiß es nicht mehr – Mai, Juni, Ministerialrat Wall angerufen, dass Eurofighter GmbH Bedenken hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): **Sie** haben Wall angerufen, **nicht er** hat Sie angerufen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe gesagt, Ministerialrat Wall hat **nich** angerufen, dass er von Eurofighter den Wunsch hat, hier etwas die Tragweite dieser Bestimmung zu reduzieren, also auf ein tragbares Risiko, er mit der Finanzprokuratur gesprochen hat, es im Grundsätzlichen um die Gegengeschäfte geht, wenn da Firmen in welcher Kette immer vielleicht Malversationen machen, dass dann unter Umständen die Nichtigkeit eines Vertrages droht. Und da hab ich gesagt: Okay, ich habe Verständnis dafür, ich pflege immer den Grundsatz der Fairness auch gegenüber dem

Vertragspartner! Wenn diese Haftung praktisch für solche Vorgänge zu weit geht, habe ich sicher keinen Einwand, wenn da irgendetwas geregelt wird!

Faktum ist: Seit diesem Gespräch ist dieses Thema bei uns nicht mehr releviert worden. Wir haben da nur bekommen, am Tag, wo wir haben zustimmen müssen, ich glaube, 1 600 oder 1 700 Seiten, nebst einem Akt. Wir haben etwa drei Stunden Zeit gehabt, a) das durchzustudieren, b) einen Akt zu verfassen, c) den durchzutragen auf alle Dienststellen bis zum Minister. Es musste fertig sein: Punktum: bis Nachmittag so und so viel Uhr.

Ich habe sicher nicht Zeit gehabt, mich in diese Anlagen zu vertiefen. Mir war das auch nicht sehr wesentlich, ich habe mich auf die wirklichen Hauptsachen konzentriert. Und dann ist der Akt losgeschickt worden. Offenbar hat Dr. Tomasch, der letztlich die Sachbearbeitung gemacht hat, das auch nicht gesehen. Also mir war bis dato dieser Absatz 4 unbekannt. Aber natürlich habe ich ihn abgezeichnet und trage ihn voll mit. Was soll ich tun?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Klären wir das ein anderes Mal, das ist ja jetzt nicht das Entscheidende!

Sie haben festgehalten, das bis zum Tag der Unterfertigung, 30. Juni, dem Finanzministerium *nie* das Exemplar mit dem Punkt 4 vorgelegt wurde. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn hat Herr Ministerialrat Wall mit Ihnen telefoniert?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe gesagt, ich weiß es nicht mehr: Mai oder Juni. – Aber es war jedenfalls nach ... (*Dr. Hillingrathner: Vorher!*) Es war vor der Vertragsunterfertigung, und es war nach dem Gespräch, das Herr Ministerialrat Wall gemeinsam mit einem Vertreter von EADS bei der Finanzprokuratur hatte, weil er sich in diesem Gespräch auf dieses ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war meiner Erinnerung nach dem Gespräch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er hat sich in diesem Telefonat mit Ihnen auf das Gespräch mit der Finanzprokuratur bezogen? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Haben Sie dort irgendeine Zustimmung erklärt, dass Sie mit der Änderung dieses Textes einverstanden sind?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe gesagt, ich kann keinem Text zustimmen, den ich nicht kenne. Ich habe gesagt, ich habe Verständnis für den Wunsch der Firma, und habe halt gewartet, dass ich vielleicht weiter befasst werde oder sonst etwas. – Es war Aufgabe des Heeres, das weiterzuentwickeln.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte Ihnen vor, dass Herr Ministerialrat Wall behauptet, Sie hätten ausdrücklich zugestimmt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich nicht, ob er das behauptet hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er hat es hier im Ausschuss behauptet, glauben Sie mir.

Dr. Herbert Hillingrathner: Zugestimmt habe ich am 30.6., als wir der Vertrag gehabt haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Langsam, langsam! – Am 30.6. haben Sie zugestimmt in Nichtkenntnis des Umstandes, dass dort ein ergänztes Exemplar war.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, damit habe ich zugestimmt – vorher konnte ich nicht zustimmen!

Ich habe gesagt, ich habe Verständnis für das Anliegen der Firma, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, mir geht es jetzt nur um das Telefonat: Haben Sie in diesem Telefonat eine ausdrückliche Zustimmung erklärt, wie Herr Ministerialrat Wall behauptet – oder nicht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe gesagt: Ich habe erklärt, dass ich Verständnis für den Wunsch der Firma habe, und wenn das sachlich vertretbar ist, werde ich keinen Einwand gegen die Änderung haben. – Ganz einfach.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hätten Sie für eine Änderung, wo vom Finanzministerium durch einen Vorakt eine entsprechende Textierung fixiert wurde, die Zustimmung eines Vorgesetzten gebraucht, um davon abzugehen?

Ich halte Ihnen vor, dass dieser Text der Business-Klausel in der nicht ergänzten Fassung vom Finanzministerium mit einem Universitätsprofessor, mit einem Rechtsanwalt erarbeitet wurde und dann von Ihren Vorgesetzten – insbesondere auch von Sektionschef Dr. Steger – abgezeichnet wurde.

Ein eigenmächtiges Abgehen hätte zumindest die Zustimmung dieser Vorgesetzten gebraucht. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es ist kein eigenmächtiges Abgehen. – Ich möchte noch einmal sagen: Wir sind mit der Frage nicht konfrontiert worden, und alles (*Abg. Mag. Stadler: Dann sagen wir nicht „eigenmächtig“!*), was gemacht wurde, ist dann natürlich ins Kabinett gegangen.

Ich wurde gemeinsam mit Dr. Traumüller beauftragt, die Vertragsverhandlungen zu führen, und wenn ich der Auffassung gewesen wäre: Okay, das kann man in der Form akzeptieren!, dann wäre das schriftlich aufgenommen worden und nach oben getragen worden, zumindest Traumüller ins Kabinett, als Hauptverantwortlichem. Das ist ja alles auch über Dr. Steger gegangen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das geschehen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es kann nicht geschehen sein, weil es nicht da war!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mir geht es nur ums Protokoll – Sie brauchen mich nicht sozusagen ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, Herr Abgeordneter Stadler, es ist nichts geschehen! – Ich habe erklärt: Ich habe bis heute nicht Kenntnis ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Konnte Herr Ministerialrat Wall davon ausgehen, dass Sie das mit Ihrem Vorgesetzten kommunizieren, nach dem Inhalt des Gesprächs, das Sie mit ihm am Telefon hatten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube, das interessierte Ministerialrat Wall nicht, weil – (*Abg. Mag. Stadler: Den Eindruck hatte ich auch! – Hätte er ...! – Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigung! Jetzt wären möglicherweise ein paar sehr wichtige Sachen dabei gewesen. Es lohnt sich manchmal, Herrn Hillingrathner ausreden zu lassen! – Abg. Mag. Stadler: Gut!*) –, weil die hierarchischen Erfordernisse und Mitbestimmungsbefugnisse innerhalb eines Hauses für den Externen eigentlich uninteressant sind.

Ich glaube auch gar nicht, dass jemand irgendwo diese Wichtigkeit dieser Klausel so erkannt hat. Die war ja bisher nirgends drinnen! Das war ausdrücklich ein Wunsch von Minister Grassler, dass man das hineinnimmt.

Man muss das ja ein bisschen relativieren – ich weiß nicht, ob Sie es haben –: Von Lessiak & Partner haben wir ja auch ein Begleitschreiben an den Herrn Sektionschef, wo er eben schreibt, der Preis für den Versuch einer lückenlosen Abdeckung wäre eine nicht mehr praktikable Verpflichtungserklärung (*Abg. Mag. Stadler: Das haben wir nicht!*), weil sie auch ganz unbedenkliche Verhaltensweisen nach ihrem Wortlaut sanktionieren würde.

So ist es praktisch kaum möglich, die mittelbare Förderung von Vereinen oder Organisationen auszuschließen, welche einem Entscheidungsträger nahestehen, solange der betreffende Entscheidungsträger aus dieser Förderung keine persönlichen Vorteile im weitesten Sinn zieht. Letzteren Fall erfasst unsere Erklärung.

Dass aber die Vorteilszuwendung dadurch erfolgt, dass zum Beispiel Inserate geschaltet werden mit dem Hauptzweck, bestimmten Medieninhabern Einnahmen zu verschaffen, ist nur dann wirklich sanktionierbar, wenn man entweder auf den Beeinflussungsversuch abstellt, wie dies unser Text trotz aller damit verbundener Beweisprobleme tut, oder generell jede auch unbedenkliche Vorteilszuwendung an bestimmte Kategorien verdächtiger Personen verbietet und damit riskiert, dass der Vorschlag gekippt wird, weil sich zahlreiche absurde Verbotsfelder bilden lassen, die nie beabsichtigt waren, und es immer noch Umgehungsmöglichkeiten gibt.

Er hat auch ausgeführt, dass sie sogar einen Text von acht Seiten haben. Und irgendwie ist das dann das Lächerliche.

Er schreibt auch, man kann Malversationen nie ganz unterdrücken; ich kann schreiben, was ich will.

Also, ich möchte nur sagen: Er selbst erkennt die Problematik einer solchen Klausel, wie er das ausführt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer ist „er selbst“?

Dr. Herbert Hillingrathner: Der Verfasser unseres Einredeverzichts, von Dr. Lessiak persönlich geschrieben an Dr. Steger, am 21.9.2001.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir davon aus, dass sich das Finanzministerium bei der Erstellung dieses Textes etwas gedacht hat. – Jetzt kann man diesen Text von einem Anbieter spät, aber doch kritisieren.

Warum ist das alles nicht ordnungsgemäß in Form eines **Aktes** behandelt worden? – Das ist ja nicht irgendeine unerhebliche Klausel!

Dr. Herbert Hillingrathner: Das stimmt ja nicht! Frau Dr. Schwarzendorfer hat den Wortlaut, der von Lessiak & Partner übermittelt wurde, geprüft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es ist der Text nicht geändert worden. Es gab keine Textänderung dieser ...!

Dr. Herbert Hillingrathner: Wieso hätten wir den Text ändern sollen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es wurde weder der Text bei der Ausschreibung geändert, noch wurde dem Text später eine Approbation erteilt, dass dieser Text vom Finanzministerium geändert werden darf?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, es war keine Muss-Forderung im militärischen Sinne, sondern halt eine Vorgabe von uns. Und wenn die Praxis eben zeigt, dass das vielleicht nicht fair ist oder was, kann man das vielleicht auch – ich sage jetzt wieder – relativieren oder etwas abmildern.

Aber, noch einmal: Bei uns ist das nicht geschehen. Wir haben darüber nicht gesprochen

Ich erkläre noch einmal: Ich habe gestern – von meinem Büro gefaxt – den Wortlaut des Absatzes 4 das erste Mal bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, das Interessante an diesem Vorgang ist, dass jede Kleinigkeit aktenvermerkmäßig festgehalten wurde, aber das Gespräch des Herrn Wall mit einem Vertreter von EADS bei der Finanzprokuratur wurde **nirgends** aktenmäßig festgehalten, das Gespräch mit Ihnen am Telefon wurde **nirgends** aktenmäßig festgehalten. – Auch Sie haben dieses Gespräch – jedenfalls nach den uns vorliegenden Unterlagen – **nicht** aktenvermerkmäßig festgehalten.

Es wurde kein Akt darüber angelegt, dass das Finanzministerium der eigenmächtigen Ergänzung und Relativierung des Punktes 3 des Business Code in irgendeiner Form zustimmt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Herr Abgeordneter Stadler, das ist alles richtig: Nur: Ich bitte, die faktischen Gegebenheiten zur Kenntnis zu nehmen: Wir mussten arbeiten unter einem a) unvorstellbaren Zeitdruck, b) ohne jeglichen Support – ich habe ja nicht einmal eine Sekretärin gehabt! (*Abg. Mag. Stadler: Ich rede nicht von Ihnen, ich rede ...!*) Ich rede hier jetzt von mir, weil Sie Vorwürfe machen, warum nicht über alles ein Aktenvermerk und so weiter gemacht worden ist.

Ich habe dann irgendwann einmal im Jänner noch Protokolle über gewisse Besprechungen von der Finanzprokuratur bekommen, wo unter anderem steht:

In Anwesenheit von Sailer, Balkanyi, Tomasch, Hillingrathner werden unter Einlangen unzähliger Telefonate bei Ministerialrat Dr. Hillingrathner Zweck und Inhalt dieser Finanzierungsstruktur erörtert.

Ich war nicht einmal in der Lage – weil derart von allen Seiten alles an mich herangebrandet ist, was zu tun ist, Fragen gestellt wurden –, und ich konnte mir das nicht einmal merken, geschweige denn Aktenvermerke darüber machen. Und das ist genauso irgendwo zwischendurch hereingekommen.

Es ist auch an anderer Stelle noch vermerkt, dass ich immer wieder längere Telefonate hatte, weil das eben so dringend war. – Was soll ich tun?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, auf Ihre Tätigkeit und auf Ihre Beflissenheit kommen wir später noch in einem anderen Zusammenhang zu sprechen, wo Sie offensichtlich sogar Tätigkeiten für Eurofighter gemacht haben; das werde ich Ihnen später noch vorhalten.

Wir bleiben jetzt einmal bei der Frage, warum diese weitreichende, **zu Lasten der Republik Österreich** gehende Relativierung des Business Code nirgends veraktet wurde und warum das Finanzministerium ausgerechnet dieses Exemplar, das es bereits seit über einem Jahr gab – nicht Zeitdruck: seit über einem Jahr, seit 22. Jänner 2002 gab es das eigenmächtig von Eurofighter ergänzte Exemplar! –, also warum dieses Exemplar niemals dem Finanzministerium vorgelegt wurde, bis zum Tag der Unterfertigung.

Haben Sie dafür eine Erklärung?

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte, da dazu das Verteidigungsministerium zu befragen. – Keine Ahnung!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Wall redet sich auf Sie aus. Er sagt: Er hat mit Ihnen telefoniert – und das genügt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Herr Wall hat sicher nicht gesagt, dass er mir den Text vorgelegt hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das hat er nicht gesagt. Er hat gesagt, er hat es Ihnen am Telefon vorgetragen, und Sie haben dieser Änderung zugestimmt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe nicht zugestimmt, ich habe gesagt – ich habe das ausdrücklich gesagt –, ich habe allenfalls Verständnis für das Anbringen, und wenn es sachlich gerechtfertigt ist, kann man darüber reden. Aus!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Wall hat so viel Verständnis gehabt, dass er sogar mit einem Vertreter von Eurofighter zur Finanzprokurator gegangen ist, zum Anwalt des Bundes, um dort noch mehr Verständnis zu erzeugen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist ja gut, dass er das gemacht hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Finden Sie? Zu Lasten der Republik.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß nicht, ob das zu Lasten der Republik ... (*Abg. Mag. Stadler: Natürlich!*) Nein, ich weiß es nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Zu wessen ...*) Es könnte sein, dass man vielleicht etwas aus einem nichtigen Anlass kippt, was dann einen viel größeren Folgeschaden für die Republik hat. (*Abg. Mag. Stadler: Das müssen Sie mir jetzt erklären!*) – Es könnte auch sein, dass wir dann gar keinen Abfangjäger haben und vielleicht noch einmal eine Neuausschreibung machen müssen mit Millionen Arbeitsstunden, also so ist es ja nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bin mir nicht sicher, ob das nicht vielleicht sogar im *Interesse* der Republik gewesen wäre. (*Dr. Hillingrathner: Das weiß ich nicht! Das ist eine Interessens ...*) Das wird dieser Ausschuss noch bewerten. (*Abg. Dr. Fekter: Das wäre ein größerer Schaden gewesen!*) Ihr Eifer bei der Anschaffung der Abfangjäger hat jedenfalls in dem konkreten Punkt dazu geführt, dass die Rechtsstellung der Republik Österreich gegenüber Eurofighter in einem erheblichen Punkt verschlechtert wurde, während andere Anbieter diese Business Code-Erklärung vollkommen korrekt unterfertigen konnten.

Ich habe nur noch eine Frage: Wurde Ihnen die Erklärung vom 12. September 2002 vorgelegt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wo der Absatz 4 drinnen ist?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nicht drinnen ist. Es gibt nämlich zwei unterfertigte Exemplare.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Wir kennen das nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben es übernommen. Ich habe es da. (*Dr. Hillingrathner: Wann?*) Sie haben das am 14. Mai übernommen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß es nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Ich meine ...*) Ich habe schon einmal im Ausschuss gesagt, um dieses Thema habe ich mich nicht gekümmert, das habe ich mehr oder minder delegiert. (*Abg. Mag. Stadler: Aha!*) Das war für mich wirklich nicht so relevant. Ich war mit anderen Dingen beschäftigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben am 14. Mai, bevor das Exemplar versiegelt und im Verteidigungsministerium archiviert wurde, das Business Code-Exemplar in der *nichtergänzten* Form vom 12. September 2002 bekommen. (*Dr. Hillingrathner: Ja, welches Datum, das weiß ich nicht!*) Ich sage Ihnen nur, es gibt zwei Exemplare. Es gibt eines mit Ergänzung vom 22. Jänner 2002 – und es gibt eines *ohne* Ergänzung, ebenfalls von Eurofighter unterfertigt vom 12. September 2002.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe erklärt, wir haben bis zum ominösen 26. Juni nie ein anderes Exemplar bekommen. Und das, was Sie hier relevieren, ist, glaube ich,

dabeigelegen, als wir damit nach § 45 Bundeshaushaltsgesetz befasst waren. Natürlich haben wir diesen Text ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Und dort haben Sie dann einen Text bekommen, der gar nicht unterfertigt war. Da hat man Ihnen einen Text vorgelegt, der gar nicht unterfertigt war, den Sie zur Kenntnis genommen haben. Das steht da.

Dr. Herbert Hillingrathner: Für uns war der Text Vertragsbestandteil, und der Vertrag war generell nicht unterfertigt, und daher bin ich auch nie auf die Idee gekommen, jetzt extra das unterfertigt gesehen zu haben von der Firma, bitte. Das ist ja weltfremd, Entschuldigung!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine Fragezeit ist leider vorbei; ich komme noch darauf zurück.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Hillingrathner, ich möchte noch ein paar Abklärungen durchführen resultierend aus der Befragung des Herrn Mag. Kocher und Ihrer Befragung zum Beweisthema 3, was dann aber durchaus auch noch in die Phase 4 hinüberspielt. Da werden Sie gefragt, was jetzt die besonderen Vorteile dieser Konstruktion – Einredeverzicht und so weiter – betrifft. Sie werden sich erinnern, und da geben Sie auf eine Frage Frau Dr. Fekters, wer diese Idee gehabt hätte, zur Antwort:

„Da muss ich mich fast schuldig fühlen. Vielleicht habe ich auch noch ein Stichwort des Herrn Mag. Kocher aufgefangen“, sagen Sie.

Wie war das jetzt: Hat Herr Mag. Kocher diese Idee geboren oder jemand anderer? Oder Sie?

Dr. Herbert Hillingrathner: Dass ein Einredeverzicht in welcher Form auch immer kommt, war uns klar, denn das wurde ja auch von den Banken gefordert. Unsere Schwierigkeit war: Wie können wir es anstellen, dass praktisch von der finanzierenden Bank das Produktionsrisiko übernommen wird und wir zu den Triple A –Konditionen kommen. Und da war dann eben die Idee, dass wir an die Firma Eurofighter GesmbH – das war der Knackpunkt und das war eben vorher nicht so angedacht – gleichbleibende Raten zahlen, *egal* ob das gerechtfertigt ist oder nicht, natürlich unter Vorbehalt sämtlicher Mängel und Minderungen oder Rückforderungsansprüche. Damit haben wir diese Konstruktion zusammengebracht und die findet sich hier. Es gab dann natürlich Gespräche mit den Banken; ÖBFA war da mit eingebunden und so weiter, auch die Finanzprokurator und natürlich auch die Haushaltsrechtsabteilung. Es ist ja nicht leicht, als Start irgendwo einen Vertrag zu schließen, da eben hunderte Rechtsmaterien zu berücksichtigen sind. Und das war für uns das einzige Fenster, dass wir zu den günstigen Finanzierungsbedingungen kommen konnten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die rechtliche und ökonomische Konstruktion haben wir ja ausführlich durchgemacht, darauf wollte ich gar nicht hinaus. Sie sagen: „Vielleicht habe ich auch noch ein Stichwort des Herrn Mag. Kocher aufgefangen.“ Hat Kocher diese Idee bei Ihnen ventiliert oder bei jemand anderem im Finanzministerium?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, er hat nur gesagt, er kennt irgendwo eine Konstruktion, wo an die Firma gezahlt wurde, und das war ein Stichwort, das ich eben aufgenommen habe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann habe Sie gerade vorhin noch gesagt, Sie mussten ja so vorgehen, weil die Banken diesen Einredeverzicht gefordert hätten. Wir müssen die Abfolge im Auge haben. Nach allen bisherigen Dokumenten, aber auch den Aussagen hier war es so, dass die ÖBFA eingeschaltet wurde, als diese

Idee schon geboren war. (*Dr. Hillingrathner: Richtig!*) Ja, eben! Insofern war da der Einredeverzicht, den die Banken hätten fordern können, so noch gar nicht am Tisch. Und genau darauf läuft es hinaus. Ich halte Ihnen da vor, dass Mag. Kocher geradezu Wert darauf legt in seiner Aussage, dass diese Idee **überhaupt nicht** von ihm war, und des Weiteren, und das resultiert dann in eine nächste Frage, sagt er, dass es ein Gespräch gab, sagt er, Kocher ... Ich mache es am besten gleich wortwörtlich: „Es gab ein Gespräch, das ich, glaube ich, mit Dr. Hillingrathner und einem Vertreter von Eurofighter geführt habe,...“ Zwischenfrage: Wer war dieser Vertreter von Eurofighter, als Mag. Kocher dazugestoßen ist in dieser Gesprächssituation?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist schwer zu sagen, weil ich keine Unterlagen habe, aber ich vermute, Dkfm. Löbbert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist keine Fangfrage, weil Herr Kocher sich nämlich auch nicht erinnern kann. – Sie vermuten: Löbbert.

Ich zitiere weiter nach dem Beistrich: „... wo wir prinzipiell die Architektur besprochen haben und wo es dann darum ging, alle Arbeitsschritte festzulegen, wie man dann zur günstigsten Bank kommt.“

Daraus geht ganz klar hervor, dass diese Schritte erst zu konstruieren waren.

Ist Ihnen bekannt, wer mit Mag. Kocher außer Ihnen noch Kontakt aufgenommen hat zur Einschaltung der Bundesfinanzierungsagentur in diese Causa überhaupt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Also diesen Part hat primär Dr. Christl übernommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, genau, der kommt auch vor. Ich darf Sie informieren, dass Kocher zu Protokoll gibt, dass sogar der Minister persönlich bei ihm in dieser Sache offensichtlich mehrmals angerufen hat. Es war also sicherlich **nicht** Kocher, der sich dieser Ideen rühmt. Kocher schreibt sogar, wenn wir die Dokumente durchschauen, unter anderem auch noch einmal an Sie – sinngemäß –, ob das mit dem Einredeverzicht jetzt wirklich so gemeint sein kann, wohl wissend, dass man hier natürlich noch bestimmte – gegebener Ausgangszinssatz von 7,8 Prozent oder so etwas – Verbesserungen erreichen kann.

Ist Ihnen bekannt, dass letztlich die Triple A-Konditionen, die der Republik für sich alleine genommen zur Verfügung gestanden wären, dann doch nicht erreicht wurden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann nicht sagen, „doch nicht erreicht“. Sie wurden zugrunde gelegt. Dass auf Grund dieser Konstruktion natürlich zusätzlich Spesen anfallen, ist klar, und wenn es nur diese 0,8 Prozent Kreditgebühr sind, die als ausschließliche Bundeseinnahme sofort wieder an den Staat zurückgeflossen ist, möchte ich betonen. Das ist logisch. Es hat jedoch niemand eine so günstige Finanzierung anbieten können. Auch EADS hat in Deutschland versucht, Bankenkonsortien und so weiter zu finden, die es billiger machen. Es war jedoch mit Abstand die billigste Lösung, und da muss ich mich eben auf das Sachverständnis der ÖBFA berufen, denn bessere Leute dafür können wir nicht haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das ist ein Nächstes. Das andere ist, dass wir übereinstimmend festhalten: Die Kreditgebühr kann es nicht gewesen sein, denn das ist sowohl im einen wie im anderen Fall ein Vorgang in sich.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte auch sagen, es war nicht so, dass wir an nichts anderes gedacht haben. Es waren Überlegungen, dass wir eine Anleihe begeben und das finanzieren. Es waren Überlegungen, dass die ÖBFA eine Firma gründet, den Eurofighter kauft und an uns verleast. (*Abg. Mag. Kogler: Ja, ja, das waren ...*) Es wurden alle möglichen Sachen durchexerziert. (*Abg. Mag. Kogler: Ganz richtig!*) Und das hier ... (*Abg. Mag. Kogler: Das war eine Variante!*) Bis hin zur Barter-

Trading-Finanzierung mussten wir evaluieren. Das war aber die einzige, die man wirklich vertreten konnte, die auch haushaltsrechtlich und sauber ist. – Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dieser Bereich ist damit auch schon beendet. Im Übrigen hat Kocher hier gemeinsam mit uns vorgerechnet, dass die Mehrkosten gegenüber der Variante, dass der Staat sich selber kreditiert hätte, je nachdem zwischen 10 bis 15 Millionen liegen würden, aber das wird Sie ja nicht weiter verwundern.

Wir kommen zu einem anderen Bereich, den wir das letzte Mal auch schon angerissen haben. Sie selbst haben ja, das geht aus diesen handschriftlichen Vermerken hervor, bei der Wiederaufnahme der Vertragsverhandlungen im März 2003 eben vermerkt, dass ab Vertragsabschluss mit 30, 31 Monaten, einmal taucht 28 Monat auf, Lieferzeit zu rechnen ist, also ab Bestellung, ab Vertragsabschluss, wenn man so will. Das hätte den Jänner 2006 ergeben, auch dazu haben wir Sie schon befragt. Sie antworten, dass das im Wesentlichen politische Vorgaben waren, was die Liefertermine betrifft. Jetzt frage ich Sie aber: Bei allem, was wir bis jetzt wissen, wie sich die Sektion, wie sich die Abteilung II/14, wo Sie lange gewirkt haben, äußerst penibel, geradezu korrekt verhalten hat, als es um Finanzierungsdinge ging in dem ganzen Vorgang von 2001 weg ... – Ich will das zwischendurch auch einmal positiv vermerken, was diese Arbeitsgruppe schon 2001 geleistet hat. (*Dr. Hillingrathner: Danke!*)

Wissen Sie aber auch, was auffällig ist: Man trifft sich im März wieder. Für Neuwahlen kann Eurofighter nichts, könnte man sagen, ja, aber von März weg Vertragsabschlussziel Juni 2003, nächstmöglicher Liefertermin, wie man es jetzt will, November, Dezember 2005 oder Jänner 2006. Da nimmt man in Kauf, dass es politische Vorgaben gibt. Gut, das tut man als Beamtschaft, aber es finden sich überhaupt keine Hinweise, wie in diesem **Frühjahr** mit dem Umstand umgegangen worden ist, dass ja ganz klar sein musste, dass man eine Zwischenlösung braucht, und je länger das hinausgeschoben wird, desto aufwendiger und schwieriger wird die Zwischenlösungskonstruktion.

In Ihrer Erinnerung: Wie war die Besprechungslage dazu ab März 2003, das eigentlich eine Zwischenlösung unumgänglich ist? Und wer hat sich ab diesem Zeitpunkt bereits über die zusätzlichen Kosten Gedanken gemacht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es waren Gespräche, glaube ich, auf Ministerebene – Platter, Grasser –, in denen mehr oder minder auch, soweit ich mich erinnern kann, die Zusage gemacht wurde, dass das Finanzministerium für eine Zwischenlösung allenfalls bis zu 100 Millionen € zur Verfügung stellen wird. Ich habe hier schon einmal deponiert, dass rein vom Kaufmännischen her die Zwischenlösung kein schlechtes Geschäft war, weil sie relativ sehr billig ist und ich mir den Betrieb der anderen Flieger und vor allem deren Abnützung – ich muss ja auch die Amortisation rechnen und die Verkürzung der Lebensdauer – aus dem Aspekt heraus dagegen buchen kann. Natürlich hat man Zinsen für die Verlängerung zahlen müssen, andererseits habe ich mir die anderen Ausgaben erspart. Ich sehe das nicht so sehr zum Nachteil, und das Militär selbst – das wusste ich auch – war zum Teil überfordert. Die haben die „Hercules“ einführen müssen und handeln, den Black Hawk, die Zwischenlösung und den Eurofighter. Wir haben nicht solche Personalressourcen, dass man das wirklich optimal handeln kann. Und ich glaube, alle Beteiligten sind froh, dass die Lieferung jetzt erfolgt ist, denn sonst hätten wir vielleicht Flugzeuge gehabt, die am Boden stehen. Das ist die Realität.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja schon, aber alles der Reihe nach: Wir befinden uns im März, April 2003. Jetzt haben Sie die Aussage getätigt, dass

100 Millionen € akkordiert waren auf Ministerebene. (*Dr. Hillingrathner: Ja, das war einmal als Gesprächsbasis!*) Das war bereits im Frühjahr 2003 Ihr Informationsstand? Habe ich Sie da richtig verstanden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das war vielleicht Anfang April oder Mitte April; in dem Zeitraum.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat es Überlegungen oder schon Vorausberechnungen gegeben und mit welchen Varianten? Da sind ja später allerdings erst verschiedene Varianten aufgetaucht, was das dann tatsächlich kosten kann. Auffällig und aufklärungsbedürftig ist hier nach wie vor, dass zu allen möglichen Zeiträumen wesentlich geringwertigere Fragen, mit wesentlich höherem Interesse verfolgt wurden. Und hier besteht klipp und klar der Eindruck, den Sie gerne verwischen können, dass man mit dieser Lieferung 2007, mit der Lieferung nämlich, Zahlung sowieso, aber auch mit der Lieferung 2007 plötzlich so eine Vorgabe oder eine Freude hat, dass man sich, entgegen den sonstigen Gewohnheiten Ihrer Abteilung, überhaupt wenig bis gar nicht darum kümmert, wie dann denn die zusätzliche Kostenbelastung, die immerhin doch auftritt dann, aussehen kann. Das ist mein Eindruck.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe erklärt, dass ich das – ich muss wieder dieses Wort verwenden – relativieren muss. Erstens haben wir die Zwischenlösung **nicht** bagatellisiert. Man hat ja überhaupt nicht gewusst, wie sie ausschauen wird und was ich am Markt wie bekomme. Wir haben Zahlen vom Heer bekommen, dass so eine Zwischenlösung bis 200 Millionen € kosten könnte. – Also das kostet sie **nicht**.

Ich will nur feststellen, dass der Betrieb des Eurofighters von mir aus 30 oder 50 Millionen € im Jahr kostet, wenn ich den zwei Jahre früher habe, und die Zwischenlösung insgesamt 70 Millionen €. Der Saldo schaut da gar nicht so schlecht aus, und da habe ich nur die effektiven Betriebskosten, aber noch nicht die Amortisationskosten drinnen. Das ist nach meiner Anschauung zumindest ein Nullsummenspiel und daher haben wir da, glaube ich, wirklich die finanziellen Interessen des Bundes gewahrt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da ist im Herbst 2003 mehr geschehen als im Frühjahr. Das ist eine andere Frage – und vor allem eine andere Bewertung, was die Verantwortung aus der Perspektive von früher betrifft.

Ich komme zu dem Punkt, dass sich mit diesem Lieferverschiebungsvorgang ja weitere Fragen aufgeworfen haben müssen. Wie haben Sie die vergaberechtliche Problematik im Haus behandelt? Nur damit es nicht zu lange wird: Ich habe die Korrespondenzen mit dem Rechnungshof, der sich natürlich selbstverständlich dafür interessiert hat, mit Ihrem Haus hier genau studiert, und Sie wissen ganz genau, dass das ein Thema war. Wie hat sich das bei Ihnen in diesen Beratungen manifestiert?

Dr. Herbert Hillingrathner: Vergaberechtlich haben wir darin **kein** Problem gesehen, wobei ich immer wieder zum Ausdruck bringen muss: Ich weiß bis heute nicht, warum der Gripen im Wettbewerb geblieben ist, der zweimal auszuschneiden gewesen wäre, und der Rechnungshof hat auch festgestellt, dass der auszuschneiden gewesen wäre, weil das die einzige Firma war, die ein **Nicht-Angebot** gelegt hat. Ich habe bis heute keine sachliche Begründung, warum der Gripen im Wettbewerb ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das hat jetzt aber mit dem Frühjahr 2003 relativ wenig zu tun. (*Dr. Hillingrathner: Oh ja, das hat schon etwas damit zu tun!*) Bitte ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Doch, das hat schon etwas damit zu tun, weil ich mich da nicht in Fizzel-Konkurrenzverhältnisse oder Bieterstürze einlasse, wenn die Situation anders ist. Und die Lieferterminverschiebung ..

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Entschuldigen Sie! Was heißt, die Situation ist anders? Ihr ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Lieferterminverschiebung ist nach unserer Auffassung – es wurden auch Experten befragt – kein Problem gewesen im Hinblick auf ... Wenn ich jetzt vollwertig das andere als Angebot heranziehe ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Welche Experten wurden befragt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Finanzprokuratur, dann, ich weiß nicht, Gutachten von Professor Aicher haben wir auch gehabt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aicher/Holoubek, jawohl! – Sie wissen, dass es von der Finanzprokuratur zwei Gutachten gibt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß, dass Zweifel waren, aber die Finanzprokuratur ist letztlich auch nicht der Papst und irgendwas darf das Ministerium dann auch noch bewerten und entscheiden. (*Abg. Mag. Kogler: Ja, aber ...*) Als Jurist habe ich es natürlich einfach, auch als Haushaltsrechtler: Ich will 200-prozentige Sicherheit. – Aus unserer Sicht ist es jedoch eindeutig, dass das **kein** Wettbewerbsnachteil war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Hillingrathner, am 28.6. ist es offensichtlich über Ihren Schreibtisch gegangen, ein relativ rasches Gutachten von der Finanzprokuratur einzuholen, ein erstes. Das war das von der Frau Dr. Steiner, und die äußert sich in äußerst kritischer Form zu diesen Vorgängen. Abschließend die Frage aus diesen beiden Gutachten Aicher/Holoubek: Wo heraus können Sie oder das Finanzministerium, das sich offensichtlich tatsächlich damit beschäftigt hat, rückschließen, dass aus den Ausführungen Aicher/Holoubek Lieferverschiebungen dieser gravierenden Art nicht hätten dazu führen müssen, dass man mit dem anderen Bieter auch noch Verhandlungen aufnimmt oder gar den Vorgang abbricht? – Wo lesen Sie das heraus?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann, wenn die Typenentscheidung einmal gefallen ist, nicht mit einem anderen Parallelverhandlungen führen. Das geht nicht, sorry!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber genau das geht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das geht nicht!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wenn solche Umstände auftreten, geht es eben. Das gibt ja die Ö-Norm her.

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Problematik wäre nur gewesen, wenn Eurofighter aus diesem Titel wesentlich teurer geworden wäre. Dann kann man sagen, die Firma benützt das, um vielleicht noch Gewinne zu lukrieren, die sie sonst nicht hätte, aber das war nicht der Fall.

Ich möchte sagen, Frau Kollegin Dr. Schwarzendorfer ist spitze. Ich war 30 Jahre lang mit dem Vergabewesen befasst, und sie habe ich auch zur Expertin ausbilden lassen. Sie war mehrere Monate in der EU für Vergabefragen zuständig und ist in Brüssel gewesen. Sie hat ja auch ein gewisses Beurteilungsvermögen über Vergabeverfahren beziehungsweise, was geht und was nicht geht. Ich möchte sagen, wir haben schon auch Expertisen in unserem eigenen Haus, die wahrscheinlich über jene hinausgehen, über die vielleicht die Finanzprokuratur verfügt. Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Ministerialrat, wir haben eine *Bankgarantie*, die immer dann sozusagen zu unseren Gunsten ausgestellt wird, wenn wir eine Rate bezahlen. – Können Sie uns darüber etwas erzählen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist generell in allen Verträgen seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung vorgesehen. Wenn der Bund Vorleistungen erbringt, wo noch keine Gegenleistung vorhanden ist, dann muss das bankgarantiemäßig abgedeckt werden. Der Bund möchte halt als großer Partner die 100 -prozentige Sicherheit, dass da nicht leichtfertig Geld verloren geht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist das in dem Fall auch passiert?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist Vertragsinhalt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie schaut das aus? Wir haben ja Anfang des Jahres Raten bezahlt. Gab es für diese Ratenzahlungen dann die Bankgarantie-Erklärungen? Liegen die vor?

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte, darf ich sagen, ich bin seit dreieinviertel Jahren im Ruhestand, daher. Das kann ausschließlich das Verteidigungsministerium sagen, denn das Finanzministerium ist ja mit der Abwicklung nicht mehr befasst.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Verschiebung der Zahlungen hat es eine Information an den Minister gegeben. Die politische Vorgabe war, es auf das Jahr 2007 zu verschieben. Und Sie haben dann gemeint, vergaberechtlich gäbe es kein Problem, vertragsrechtlich kann man das sehr wohl gestalten, und die finanziellen Auswirkungen werden zirka 5 bis 6 Millionen sein.

Hat es im Hinblick auf diese Zahlungsverchiebung, so wie sich das auf Grund des Aktenvermerks darstellt, größere Debatten gegeben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Es wurden alle informiert, und in Kenntnis dieser Begleiterscheinungen wurde dann die Weisung gegeben, zu verschieben. Die letzte Weisung war eben bis zum berühmten Mai 2007.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Mai 2007 ist Ihnen bekannt – warum *Mai* und nicht Jänner 2007?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das wurde, glaube ich, hier schon erklärt, dass Eurofighter seine Produktion umstellen musste auf die Version 2 und daher technisch nicht in der Lage war, das zu machen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das „technisch nicht in der Lage“ betrifft aber nur die Monate Jänner bis Mai. Eurofighter wäre beispielsweise im Oktober 2006 sehr wohl lieferfähig gewesen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das wollte man aus politischen Gründen nicht, das wurde hier, glaube ich, auch schon diskutiert. Da geht es um diese komische Maastricht-Schuld, dass man halt ... – Es lässt sich ohnehin nicht vermeiden, dass das publik wird, was das kostet. Es war eben letztlich die Zielsetzung, erst 2007 zu zahlen, und daher auch die Lieferung so spät.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich dieser Verhaltensregeln: Sie wissen ja, da hat Eurofighter einen Absatz 4 hineinreklamiert, der ursprünglich nicht im Text des Finanzressorts vorhanden war. – Ist das fachlich breiter diskutiert worden, welche Auswirkungen das hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist überhaupt nicht diskutiert worden, weil wir es nicht gekannt haben – ich glaube, bis jetzt nicht, auch nicht meine Abteilung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, Ihnen war das nicht bekannt? Aber Wall hat doch mit Ihnen darüber telefoniert, oder nicht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Noch einmal: Das war ein Sondierungsgespräch, was ich dazu sage, wenn man hier allenfalls der Firma eine Erleichterung gibt. Da habe ich gesagt: Wenn das sachlich begründet ist, grundsätzlich kein Einwand.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Finanzprokurator hat keinen Einwand gefunden. War das dann korrekt in Ihrem Sinne?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß nicht, ob die Finanzprokurator einen Einwand gefunden hat oder nicht. Ich habe mit der Finanzprokurator zu dieser Frage keinen Kontakt gehabt, und ich habe schon beim ersten Statement hier, glaube ich, erklärt, dass ich mich mit dieser Frage fast nicht auseinander gesetzt habe. Ich habe einige kleine Gebiete einfach delegiert, auch geistig, weil ich persönlich überfordert war, mich um alles im Detail zu kümmern. – So ist es.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Ministerialrat, es hat ja damals bei diesen Beschlüssen auch das Budget des Verteidigungsressorts betreffend immer den Wunsch gegeben, einerseits diesen Beschaffungsvorgang von der Republik zu finanzieren, aber andererseits die Wünsche des Verteidigungsressorts ein bisschen einzudämmen. Ich glaube, es findet sich einmal der Wortlaut „Paket zu schnüren“, dass sozusagen die Wünsche des Verteidigungsressorts „nicht in den Himmel wachsen“.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das hat sich in der Praxis so abgespielt: Der Minister wollte hier ein Paket schnüren, und diese moderne Nomenklatur der Kuchenstücke hat man dem Verteidigungsminister hinübergeschickt, das zu akzeptieren. Und wie wir dann Mitte 2002 oder wann das war das Gespräch gehabt haben, hat Barnett nur gelacht und gesagt, sie haben das nicht einmal ernst genommen, sie haben das Schreiben nicht einmal ignoriert, weil das Heer einfach dann die Begleitkosten nicht zahlen hätte können. Daher ist es zu diesem Paket in der Form *nicht* gekommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte da bei der Zwischenlösung ansetzen. Herr Dr. Hillingrathner, Sie haben gesagt, das war billig, das war ein gutes Geschäft. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) Jetzt muss man sich aber Folgendes vorstellen: EADS ist nicht lieferfähig, wie es ursprünglich im Vertrag vorgesehen war, daher ist eine Zwischenlösung notwendig, die Steuergeld kostet. Sie bezeichnen das jetzt als „billig“. Wahrscheinlich muss man sich das so vorstellen: Das Bundesheer sagt, das kann auch 200 Millionen kosten. In Wirklichkeit kostet es dann 75 Millionen – werden wir sehen, vielleicht auch 100 Millionen. Die Frau Fekter wird dann jubeln: Da haben wir schon wieder 100 Millionen gespart! Und Sie sagen dann noch dazu: Eurofighter wäre dann schon teurer gewesen, wenn sie früher eingeführt worden wären.

Ich meine, das ist eine derartig *kranke* Rechnung – seien Sie mir nicht böse! –, dass Sie Zusatzkosten, die völlig vertragswidrig notwendig waren, hier als billig verkaufen, nur weil eine andere Stelle sagt, es wäre noch teurer gekommen! Und dann argumentieren Sie noch dazu, dass das ursprüngliche Produkt, das geliefert hätte werden sollen, eben nicht da ist, und das ist auch günstig.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte doch feststellen, dass die Tranche-1-Flieger, wenn ich mich richtig erinnere, zu Beginn 2004 geliefert worden wären. Und alle Verzögerungen hat dann die Republik Österreich zu verantworten. Da kann ich EADS keinen Vorwurf machen. (*Abg. Dr. Fekter: Herr Kräuter, nehmen Sie das einmal zur Kenntnis! – Abg. Mag. Stadler: Das sieht aber der italienische Verteidigungsminister anders!*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich greife das Stichwort vom italienischen Verteidigungsminister auf, das sich in diesem Bericht vom Bundesrechnungshof als Anschluss wiederfindet. Dazu, glaube ich, muss auch einmal klargestellt werden, dass es natürlich von der SPÖ goldrichtig war, das im Zuge einer parlamentarischen Anfrage zu veröffentlichen. Das war ganz wichtig in der Phase, um überhaupt einmal der Bevölkerung klarzumachen, wie da die Dinge liegen.

Wirklich bezeichnend ist auch – das passt jetzt gut dazu – eine Stellungnahme des damaligen Ministers Platter dazu. Platter sagt zu dieser Veröffentlichung: Es beunruhigt ihn zutiefst, und es geht auf Kosten des internationalen Ansehens Österreichs.

Das muss man sich einmal vorstellen: Wenn bekannt wird, in welcher prekären Lage der Vertragspartner der Republik Österreich ist, geht der Verteidigungsminister her und sorgt sich um das Ansehen Österreichs! Das ist ein eindeutiger Beleg, und das werden wir mit Minister Platter noch ausführlich besprechen, dass er nicht für die Interessen der Republik, sondern als Lobbyist für EADS tätig war in Wirklichkeit, denn wie kann er, wenn bekannt wird, in welchem katastrophalen Zustand das Programm ist, sagen, dieses Bekanntwerden schadet den Interessen Österreichs?!

Meine Frage dazu. Sie haben vorher gesagt, das ist eine „Schlammschlacht“. Ich möchte Sie jetzt fragen, Herr Dr. Hillingrathner, ob Sie tatsächlich einen Bericht des Bundesrechnungshofes Deutschland, GZ IV/6-2003, Bonn, den 8.8.2003, als „Schlammschlacht“ bezeichnen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war vielleicht überspitzt bezeichnet, nur war bekannt, dass die Herren, die geprüft haben, extreme Gegner der Vorgangsweise gewesen sind, was ich so mitbekommen habe. Aus, basta, Schluss. Nur, in Wirklichkeit fliegt das Gerät bereits, es dürften über 100 Stück ausgeliefert sein. Die wirklichen Schwierigkeiten, die EADS hatte, sind meiner Erinnerung nach die Engländer gewesen, die sich lange geziert haben, den Umfang von Batch 2 festzulegen. Damit sind sie angestanden und konnten nicht rechtzeitig Vorbereitungsarbeiten für die Tranche 2 machen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): In diesem Bericht steht immerhin: hochgradig kritisch, extrem risikoreich, vieles nicht nachvollziehbar und so weiter und so weiter.

Jetzt haben Sie den ohne Aufforderung übermittelt bekommen. – Was haben Sie dann weiter gemacht mit diesem übermittelten Bericht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wir haben ihn gelesen und haben ihn dem Kabinett geschickt, oder haben sie uns das runtergeschickt und wieder zurück, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie den Minister informiert?

Dr. Herbert Hillingrathner: Na sicher, ich war informiert davon.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben den Minister informiert?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nicht! Ich weiß es nicht mehr bitte, ob ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie muss man sich das vorstellen? Sie haben jetzt das bekommen, und das war ja gelinde gesagt Sprengstoff. Was haben Sie jetzt gemacht: Haben Sie gesagt, da muss ich jetzt unbedingt den Minister informieren, und wem haben Sie das dann geschickt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann sagen, die politische Ebene war für mich informiert, und zweitens bin ich nicht dazu da, deutsche Rechnungshofberichte zu analysieren und zu bewerten, wo andere Verhältnisse vorliegen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie sind Sie umgegangen mit dem Ihnen vorliegenden Bericht: Haben Sie den weitergeleitet ans Kabinett oder den Minister persönlich oder nicht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe schon gesagt, ich weiß nicht, habe ich ihn vom Kabinett bekommen oder habe ich ihn als Abteilung bekommen und dann dem Kabinett geschickt. Jedenfalls das Kabinett hat das gekannt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sehr undurchsichtig, muss ich sagen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte um Verständnis, es sind das schon vier Jahre her; ich kann nicht 1 000 Details wissen!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist ja **kein Detail**, ob man einen derartigen Bericht vom Kabinett bekommt oder ob man ihn bekommt und dem Kabinett schickt. Das ist ja etwas Entscheidendes. Das ist das Kritischste überhaupt, was in der ganzen Phase vorgefallen ist, und wenn in Grund und Boden kritisiert wird, wo Sie mitten in Verhandlungen sind, dann ist ja das nicht irgendeine Belanglosigkeit.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe täglich so ein Packel Zeitungsmeldungen bekommen, wie schlecht was ist und was nicht stimmt und so weiter. Da hätten wir überhaupt nicht mehr arbeiten können, wenn wir ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Entschuldigen Sie: Wir reden aber von einem Bericht vom Bundesrechnungshof eines Herstellerlande – und nicht von irgendeiner Zeitung!

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, aber nicht über die österreichische Beschaffung, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber in diesem Bericht geht es ja bekanntlich um Eurofighter. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Und in Österreich geht es ja auch um die Beschaffung von Eurofighter. Das hat doch etwas miteinander zu tun.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, aber ich kann nur feststellen ex post, alle Gerüchte, die da gelaufen sind, was er nicht kann und was nicht stimmt, bei minus 5 Grad kann er nicht fliegen, und das kann er nicht, die haben sich alle als unrichtig erwiesen. Ich habe das selber erlebt: Der ist bei minus 5 Grad frisch und munter geflogen, ohne zu vereisen zum Beispiel. Ich kann da nicht mitreden, ich habe eher sachlich den Auftrag gehabt, Vertragsverhandlungen zu führen: positiv für Österreich, und ich nehme an, dass wir das Flugzeug bekommen, das wir bestellt haben, ordnungsgemäß und zur rechten Zeit. – Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kommen wir zum **Business Code**. Sie haben vorhin gesagt – ich kann es kaum glauben, ich möchte das wirklich jetzt noch einmal hinterfragen –, Sie haben unter unvorstellbarem Zeitdruck gearbeitet, Sie haben keine Sekretärin gehabt, laufend Telefonate zwischendurch.

Wie ist das möglich, dass Sie, mitverantwortlich, wesentlich mitverantwortlich für ein Milliarden-Geschäft der Republik, so etwas uns da erzählen müssen, von einem unvorstellbaren Zeitdruck, obwohl insgesamt die Phase ein Jahr war, und dass Sie sich sozusagen nicht einmal die primitivsten administrativen Hilfsdienste haben organisieren können?

Dr. Herbert Hillingrathner: Herr Abgeordneter, diese Vorwürfe kenne ich, seitdem ich im Geschäft bin: Wir müssen unter unvorstellbaren Bedingungen unsere Arbeitsleistungen erbringen, und dann wird gesagt: Warum haben Sie das nicht

vermerkt und diese Zeile nicht, und wissen Sie das noch? – Ich kenne das. Ich kann nur sagen, es war so, aus! Die Kollegin Schwarzendorfer hat diesen Business ... – Ich habe gesagt, wenn das ist, das Gespräch für den Wall ... – Ich habe hunderte Gespräche am Tag gehabt, und ich habe nahezu von keinem Gespräch einen Aktenvermerk, weil das nicht möglich war!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): So, und genau in dieser Zeit kommt jetzt diese so entscheidende Klausel auf Sie zu, telefonisch offensichtlich, und Sie haben gesagt, Sie haben Verständnis für den Wunsch, dieses Anliegen, und haben gesagt: okay, akzeptiert. Und dann haben Sie gesagt, gestern haben Sie erstmals den Text zu Punkt 4 bekommen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte, ich habe nicht gesagt, ich habe es akzeptiert! Ich habe nur den Wunsch einer Firma zur Kenntnis genommen und habe gesagt, wenn es sachlich gerechtfertigt ist – wie gesagt: Wall hat das gemacht –, dann werden wir uns dem nicht verschließen. Aber ich habe bis heute den Text **nicht gekannt**.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist ja der **ganz entscheidende** Punkt: Herr Dr. Hillingrathner, Sie sagen uns hier jetzt allen Ernstes als ganz entscheidender Verhandler, Sie haben einen Textbestandteil, der ja nichts anderes als eine Schmiergeldklausel bedeutet, **nicht** gekannt. Sie haben das erst gestern bekommen. – Von wem haben Sie denn das gestern bekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe meine Abteilung gebeten, dass sie mir das schickt. Und da die Kollegin wieder bis am Nachmittag beim Minister war, habe ich es am Abend bekommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist Ihnen die atemberaubende Tragweite überhaupt klar (*Dr. Hillingrathner: Nein, offenbar ...!*), dass Sie sagen, Sie haben den Text eines ganz entscheidenden Vertragsbestandteils, der essentiell, wichtig ist für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, nicht einmal gekannt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Der ist jetzt vielleicht politisch so interessant, für uns war er nicht so interessant. Wie gesagt, wir haben bisher überhaupt so eine Klausel nicht drinnen gehabt und sind ausgekommen. Und ich habe immer wieder erklärt, ich habe mich mit diesem **Business Code of Conduct** wirklich nicht intensiv auseinandergesetzt. Die Kollegin Schwarzendorfer hat das administriert, wir haben das dem Heer geschickt, und ich ... – Es gibt ja viele Gespräche, bitte: Könnten wir es so machen oder nicht? Ob es dann wirklich geschieht, das ist eine zweite Frage, und ich werde mich nicht mit Sachen auseinandersetzen, die noch nicht geschehen sind. Wenn das wirklich so wichtig gewesen wäre, hätte mir das Heer das vorher schicken müssen. Es ist ja alles schriftlich hin- und hergegangen, jeder „kleine Fuz“ sozusagen ist zurückgerufen worden: Das stimmt und das stimmt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Umso schlimmer!

Dr. Herbert Hillingrathner: Da ich es nicht erhalten habe, konnte ich – ich habe es auch vergessen gehabt –, darauf nicht eingehen (*Abg. Mag. Stadler: Es hat der Minister verlangt!*), und da war für mich vielleicht klar, dass das nicht verändert worden ist, muss ich davon ausgehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber die Heeresverantwortlichen berufen sich ja in stundenlangen Befragungen hier auf Ihre Zustimmung zu dem Ganzen. Und jetzt sagen Sie uns, Sie haben **gestern** das erste Mal eine entscheidende Textpassage von diesem Vertrag zu Gesicht bekommen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube, wir können da eine Stunde reden. Ich habe **nicht zugestimmt**, denn ich kann nicht etwas zustimmen, was ich nicht kenne. Ich

kann nur grundsätzlich sagen, dass ich mir vorstellen könnte, dass es vielleicht sachlich gerechtfertigt ist, dass man da etwas ändert; aber seitdem weiß ich davon nichts.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber Sie sind als Mitverantwortlicher für diese Vertragsgestaltung über einen ganz entscheidenden Punkt überhaupt nicht informiert: Ist Ihnen das überhaupt klar?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ich habe schon gesagt, erstens war das für mich nicht so entscheidend für den Vertrag, zweitens haben wir ja ein Strafrecht auch dahinter. Ich weiß es einfach nicht, ich habe es nicht gekannt, ich weiß es nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Haben Sie den Minister nicht ernst genommen? Der Minister hat es ja ausdrücklich verlangt!*) Ja, darum haben wir es ja hineingenommen und dem Heer geschickt und uns einen Text besorgt. Wir haben immer nur einen Text gekannt, der dem ursprünglichen entspricht, daher war für uns keine Veranlassung, da irgendwelche Aktivitäten zu setzen. Wenn ich auf jedes Telefonat sofort von mir ex offio mache, dann brauche ich einen Mitarbeiterstab mit plus drei Leuten mindestens. – Das geht nicht!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, dann kann man jetzt festhalten, Sie haben erst gestern den Text dieser Schmiergeldklausel das erste Mal zu Gesicht bekommen. Und glauben Sie mir, das ist erschütternd!

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das ist nicht erschütternd, bitte! Ich habe erklärt, wir haben drei Stunden Zeit gehabt für 1 600 Seiten. Ich möchte einen Herrn da sehen, der es schafft, das alles durchzulesen, zu qualifizieren und vielleicht noch ... – Das geht nicht, ist physisch nicht möglich! Nehmen Sie das zur Kenntnis!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, das ist auch erschütternd, in welcher Art und Weise Milliardengeschäfte der Republik abgeführt werden!

Dr. Herbert Hillingrathner: Alle großen Geschäfte sind unter irrem Zeitdruck. (*Abg. Dr. Jarolim: Da können ja Sie nichts dafür! Das ist nicht gegen Sie gerichtet!* – *Abg. Mag. Stadler: Der Wall ist der dafür Verantwortliche, nicht Sie! Das ist ja nicht gegen Sie gerichtet!*) Ich weiß nicht, was ich tun soll.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben ja dann überhaupt nicht prüfen können – also ich will Sie da nicht ganz aus der Ziehung lassen –, was diese Klausel bedeutet, ob nicht der Punkt 3 für sich ausreichend wäre. Dort ist ja immerhin von „zumutbar“ die Rede, was irgendwelche Vorgänge im Rahmen des Gesamtgeschäftes betrifft.

Ist Ihnen klar, dass das ein gewaltiges Versäumnis ist, dass Sie diese Variante **mit** und **ohne** Punkt 4 überhaupt nicht verglichen haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann es nicht vergleichen, wenn ich es nicht gesehen habe. Was soll ich vergleichen?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Danke. Das spricht eh sehr für sich.

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte noch einmal: Wenn Sie mir erklären, 1 600 Seiten, jede Zeile durchzuschauen in drei Stunden ... – Die politischen Vorgaben sind so. Ich habe eingangs erklärt, man hat keinen Support, man hat nicht das Personal, man hat nicht die Infrastruktur – und dann wird angeklagt! (*Abg. Mag. Stadler: Herr Hillingrathner, das ist nicht gegen Sie gerichtet!*) Nein, ich weiß es! Das ist eben so im politischen System. Und was glauben Sie, wie oft ich im Kabinett einen adäquaten Mitarbeiterstab gefordert habe, wie ihn jeder in der Wirtschaft gehabt hätte?! – Ich hätte zumindest eine Sekretärin oder zwei gebraucht mit zumindest Matura-Niveau. Da habe ich nur ein Lachen bekommen. Das ärgert einen dann schon.

Obmannstellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Da haben Sie nur Lacher bekommen oder wie?

Dr. Herbert Hillingrathner: Na sicher! Ich bin angelacht worden, ob ich spinne. (*Abg. Dr. Jarolim: Wo, von wem?*) Vom Kabinett! – Ich habe mehrmals einen entsprechenden Support gefordert: die materielle und vor allem die personelle Ausstattung. (*Abg. Dr. Jarolim: Wer hat da gelacht?*) Herr Dr. Christl zum Beispiel. Das Thema habe ich mehrmals an ihn herangetragen. Auch als wir unlängst da draußen gesessen sind, hat er gesagt, er kann sich erinnern, dass ich das immer gefordert habe – und hat wieder gelächelt. Was soll ich machen? Wenn man mir nicht mehr Ausstattung gibt, kann ich nicht mehr Leistung und nicht mehr Protokolle fordern. (*Abg. Dr. Jarolim: Wer hat da gelacht: Herr Dr. Christl?*) Na sicher habe ich das öfter dort vorgetragen und gesagt: Ich kann nicht! Es geht nicht!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun halte ich Ihnen zwei Exemplare vor, damit klar wird, dass ... – Ich schicke gleich voraus – das ist vielleicht bei der Befragung des Kollegen Kräuter etwas missverständlich herausgekommen –, dass wir längst aus der Aktenlage erkennen konnten, dass man diesen ergänzten Punkt 4, mit Ausnahme dieses Telefonats zwischen Wall und Ihnen, dieses ergänzte Exemplar stets am Finanzministerium vorbeigeschleust hat.

Ich zeige Ihnen jetzt zwei Exemplare, wo ich Sie bitte, mir zunächst zu sagen, von wem die Handschrift auf der Titelseite ist. – Bitte.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Können Sie mir zunächst sagen, von wem diese Handschrift ist, ob sie die zuordnen können? – Das sind Unterlagen aus dem Finanzministerium. (*Dr. Hillingrathner: Nein!*) – Das ist nicht Ihre Handschrift?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, absolut nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie durchblättern, dann sehen Sie, dass dem Finanzministerium hier ein unterfertigtes Exemplar vom 12.9. vorgelegt wurde, abgezeichnet von einem Herrn Haslam und einer Frau Wolf für Eurofighter. – 12.9.2002, das ist der erste Vertragsentwurf gewesen, der auf Grund der politischen Entwicklung nicht zustande kam.

Dieses Exemplar wurde vorgelegt; es trägt **keine Ziffer 4**. Wenn Sie das bitte bei dem Business Code überprüfen: Es ist **keine Ziffer 4** auf diesem Exemplar ergänzt. (*Dr. Hillingrathner: Nein!*) – Erkennen Sie es wieder? Haben Sie es einmal gesehen? (*Dr. Hillingrathner: Nein!*) – Das haben Sie nicht gesehen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das heißt, ich nehme an, wir haben irgend so etwas bekommen, nur der Text war unverändert, und – noch einmal – das ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein! Hier ist der Text unverändert, ist nicht ergänzt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, daher war für uns ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war kein Vorwurf, Herr Hillingrathner!

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, nein, ich sage es nur.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, bei Ihnen ist keinerlei Grund für Nervosität vorhanden!

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich bin nicht nervös.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich leite Ihnen jetzt einen zweiten Text zu. Hier ist eine Einsichtsbemerkung von Ihnen drauf; dieser Text ist gar nicht unterfertigt. – Erkennen Sie diesen Text wieder?

(Der Auskunftsperson wird neuerlich ein Schriftstück vorgelegt.)

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ich habe ja gesagt, der alte Text ist bei der Einvernehmensherstellung ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Halten wir fest, dass dem Finanzministerium zwei Mal Business Codes vom Verteidigungsministerium in Vertragsentwürfen vorgelegt wurden: einmal mit dem Datum 12.9.2002 **ohne** den von Eurofighter ergänzten **Punkt 4** und einmal **nicht** unterfertigt, ebenfalls **ohne** den Eurofighter-Punkt 4 in dieser Fassung der Ergänzung. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das stimmt mit unseren Wahrnehmungen überein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jawohl, danke sehr. – Damit ist sonnenklar, dass es bis auf das ominöse Telefonat, das Sie datumsmäßig noch nicht zuordnen können ... – Vielleicht können Sie es einmal, vielleicht befragen Sie einmal Ihren Kalender, Herr Ministerialrat. Wenn Sie das zuordnen können, wären wir Ihnen für einen möglichst exakten Zeitpunkt ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann jetzt schon erklären, ich habe auch nichts am Kalender. Ich bin nicht einmal dazugekommen, Kalender einzutragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. – Aber falls es sich aus Ihrer Erinnerung irgendwann einmal ergeben sollte und der Eurofighter-Ausschuss seine Arbeit noch nicht beendet hat, wären wir Ihnen für eine möglichst exakte Datierung dankbar, weil es sehr entscheidend ist, wann dieses Telefonat geführt wurde.

Dr. Herbert Hillingrathner: Gerne, wenn „Mr. Zufall“ mitspielen sollte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir rechnen immer mit „Kommissar Zufall“.

Ich hätte noch eine Frage im Zusammenhang mit diesem **Business Code**: Haben Sie zwischen Ihrer letzten Befragung und der heutigen Befragung mit irgendjemandem über diesen Business Code gesprochen? Ist jemand an Sie herangetreten, oder sind Sie an jemanden herangetreten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Ich habe nur gestern meine Abteilung gebeten, mir zu sagen, ob es stimmt, dass wir nur die mir gerade vorgelegten Exemplare bekommen haben, und ob wir im letzten Akt den Absatz 4 drinnen hatten, also da am 26.6. oder wann das war. – Und da haben sie gesagt: Ja, nur da sind wir „drübergeflogen“ schlicht und ergreifend; in drei Stunden geht das nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das glaube ich sofort, und das ist auch völlig verständlich, das entspricht auch der Lebenserfahrung, dass man innerhalb von drei Stunden ein Vertragsexemplar, von dem man ja keinen Grund hatte anzunehmen, dass hier etwas verändert wurde, nicht so durcharbeiten kann, dass einem das auffällt.

Herr Ministerialrat, zu einem anderen Thema: Sie haben gesagt, Sie haben keine Ressourcen gehabt, Sie wurden von Herrn Christl aus dem Kabinett des Bundesministers vielmehr ausgelacht, wenn Sie ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Nicht ausgelacht – belächelt, freundlich angelacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir sind exakt: Herr Christl hat Sie nur **belächelt**, nicht ausgelacht.

Umso erstaunter bin ich aber, dass Sie für die Firma Eurofighter dann Briefentwürfe gemacht haben. – Es geht konkret um folgenden Vorgang: Die Firma Eurofighter ist an das Verteidigungsministerium herangetreten und hat gesagt: Wenn man von uns Finanzierungsvarianten verlangt, und der Vertrag kommt nicht zustande, dann muss die Republik sich verpflichten, die Kosten, die daraus entstehen, zu übernehmen. – Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, es war so etwas, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Daraufhin schreibt die Firma Eurofighter am 12.6.2003 einen Brief an Herrn Wall, worauf Herr Wall mit Ihnen am 13.6.2003 telefonisch Kontakt aufnimmt und sagt: Was ist von diesem Text zu halten?

Daraufhin schicken Sie Herrn Ministerialrat Wall ein Fax und beweisen ihm, dass der Text so großartig ist – weil Sie ihn nämlich selbst für Eurofighter textiert haben. – Erinnern Sie sich an den Vorgang?

Dr. Herbert Hillingrathner: Welcher Text ist das?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich zeige Ihnen den. – Ich lasse Ihnen jetzt folgende Schriftstücke vorlegen: ein Schriftstück vom 12.6.2003, wo ich länger gebraucht habe, bis ich draufgekommen bin, dass das die angelsächsische Datumsangabe ist. Erstes Schriftstück entspricht dem Text, den Sie für Eurofighter entwickelt haben, worin sich die Republik verpflichten muss, Kosten zu übernehmen, mit der Anmerkung des Herrn Ministerialrats Wall über das Telefonat mit Ihnen.

Daraufhin Ihr Begleitfax an Wall – „Wie telefonisch besprochen ...“ –, wo Sie ihm Ihren Textentwurf, den Sie für Eurofighter erarbeitet haben, mitfaxen. Damit Eurofighter nicht vergisst, den eigenen Briefkopf draufzutun, haben Sie oben noch hingeschrieben: Briefkopf Eurofighter – gerichtet an die Republik Österreich, an das Bundesministerium für Landesverteidigung.

Und dann einen weiteren Brief, der textidentisch ist, vom 26.6.2003, wiederum Ihr Text, an das Finanzministerium gerichtet.

Ich zeige Ihnen diese vier Schriftstücke, damit Sie sie überprüfen können.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Dr. Herbert Hillingrathner: Das kommt mir bekannt vor, ja. Ich finde es jetzt nicht. Ich weiß nicht *(in Unterlagen blätternd)*, wo es dabeigelegen ist. Was war der Inhalt: das Begleitschreiben zu diesem Fax? – Ich habe ein Schreiben von Eurofighter an Wall. Hier habe ich noch ein Schreiben von Eurofighter an Wall, und hier habe ich „An die Republik Österreich, BM für Landesverteidigung“ ohne Unterschrift. *(Zwischenbemerkung des Abg. Mag. Stadler.)* – Das soll ich geschrieben haben? *(Abg. Mag. Stadler: Ja!)* Das ist mir neu. Ich kann mir das nicht vorstellen. – Ich habe das nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auf diesem Begleitblatt zu Ihrem Fax an Herrn Ministerialrat Wall, ist das Ihre Handschrift, die hier aufscheint?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das ist die Handschrift vom Sekretariat, nicht meine Handschrift.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das ist die Handschrift Ihrer Mitarbeiterin, die das in Ihrem Auftrag an den Herrn Ministerialrat Wall gefaxt hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, aber ich weiß nicht, ob das die zugehörige Beilage ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir wissen, dass es die zugehörige Beilage ist.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann mich an das nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Welche Mitarbeiterin ist das, damit wir das festhalten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Frau Weier (*phonetisch!*), die Sekretärin.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Frau Sekretärin hat also zwei Seiten inklusive des Begleitblattes an Herrn Ministerialrat Wall gefaxt, nämlich diese Seite (*Abg. Mag. Stadler hält ein Schriftstück in die Höhe*) – das ergibt sich aus dem Akt – und diese Seite (*Abg. Mag. Stadler hält neuerlich ein Schriftstück in die Höhe*), diesen Briefentwurf. Dieser Briefentwurf ist textidentisch mit den Schreiben, die Eurofighter an den Herrn Wall gerichtet hat, gleich zweimal. Warum zweimal, das ist eine andere Sache, das haben wir mit dem Herrn Wall auch nicht klären können.

Daher meine Frage: Wer hat diesen Text entwickelt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, das war ... – Ich weiß es nicht. Den Textvorschlag? Ich kann es nicht mehr sagen, bitte. Wahrscheinlich war es ein Textvorschlag von Eurofighter, weil sie ja gebeten haben, dass die Kosten die Republik übernimmt, die aus der Finanzierung entstehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben keinerlei Hinweis, dass das ein Textvorschlag von Eurofighter war.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß es nicht. Wir haben auch mit der Finanzprokuratur an dieser Erklärung gearbeitet. Ich weiß es nicht. Oder haben wir es entwickelt. Es war ja nur von uns gewünscht, dass hier ohne Probleme das Verhältnis zur Bank funktioniert, und wir dann ein Zinsfixing bekommen, und dazu brauchte die Bank unser Go.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das mag schon sein.

Dr. Herbert Hillingrathner: Außerdem musste das noch in den Vertrag hinein, diese Klausel, dass wir die Kosten übernehmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein. Diese Geschichte geht nicht in den Vertrag hinein. Hier geht es um die Frage:

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, nein, die Kostentragung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer trägt die Kosten des Einholens von Finanzierungsvarianten? Was alle Anbieter übrigens schon ursprünglich beim Angebotsverfahren machen mussten, nur die Exklusiv-super-über-drüber-Firma Eurofighter, die hat sich des Apparats der österreichischen Bürokratie bedienen können, um ihre anwaltliche Vertretung sicherstellen zu können. Gegen die Interessen der Republik! Das halte ich Ihnen vor.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das habe ich nie so gesehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sehe es so.

Dr. Herbert Hillingrathner: Da stimmt etwas nicht. Es waren nur gefordert jene Kosten unseres Finanzkonstruktes, falls der Vertrag **nicht** zustande kommt. Ausschließlich um das ist es gegangen, aber nicht um andere Versuche von EADS, woanders günstigere oder andere Zahlungskonditionen zu erwirken. Ausschließlich hat sich das bezogen auf unser Finanzkonstrukt, das ja, wenn die Firma EADS schon zur BAWAG geht und ein Zinsfixing macht, und dann kommt diese Auflösung in die ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, das war nicht **unser** Finanzkonstrukt, sondern das war das Finanzkonstrukt der **Firma Eurofighter**.

Ist es möglich, dass Sie sich schon so sehr mit der Firma Eurofighter identifiziert haben, dass Sie schon mit „unser“ die Firma Eurofighter meinen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist eine Unterstellung, bitte! Wir haben, ÖBFA primär, halt mit der Bank Konditionen erarbeitet, die nach haushaltsrechtlichen Grundsätzen tragbar sind. Die Bankenvertreter waren manchmal sehr blass, als sie unsere Forderungen gehört haben, muss ich schon dazusagen. Und als dieses Finanzkonstrukt endlich so weit gestanden ist – mit Einbindung Finanzprokurator und so weiter; es haben ja viele Gespräche stattgefunden –, war dann irgendwann der Zeitpunkt, dass die Eurofighter GmbH das finalisieren musste. Sie hätte sich einen anderen Partner nehmen können, aber ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ein Vertreter der Finanzagentur hat hier ausgesagt, das wurde der Finanzagentur vorgegeben, nicht von ihr entwickelt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe ja nicht gesagt, von der Finanzprokurator entwickelt. Ich habe gesagt, es wurden mit allen Beteiligten Gespräche geführt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es wurde von den Deutschen entwickelt – und von sonst niemandem. Aber das ist ein anderes Kapitel.

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Deutschen habe ich nicht gekannt. Gleichgültig. Faktum ist, es handelt sich nur um die Kosten, die Eurofighter entstanden wären, wenn der Vertrag nicht zustande gekommen wäre. Um keine anderen Kosten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bin schon wieder mit meiner Fragezeit am Ende. Ich komme darauf in der nächsten Runde zurück. Ich bitte Sie nur, sich zu überlegen – ich komme drauf, ich garantiere es Ihnen –, wer diesen Text entwickelt hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Hillingrathner, ein kleiner Nachtrag zu dem Treffen, zu dem Kocher dazugestoßen ist. Da war also ein Vertreter von EADS, war jemand vom Kabinett des Bundesministers für Finanzen auch dabei?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe die Frage am Anfang nicht verstanden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das Treffen, das wir beide schon identifiziert haben, wo ein Vertreter von EADS da war, Kocher dazugestoßen ist, und die Frage ist, ob Sie sich erinnern können, ob auch jemand vom Kabinett dabei war. In Frage kommen wohl nur Christl oder Traumüller.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube fast nicht. Welches Datum war das?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Karfreitag 2003. An das hat sich Herr Kocher ganz genau erinnern können. Es muss wohl Anfang April 2003 gewesen sein.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß leider nicht, wann der Karfreitag war, das steht nicht da. Das Datum können Sie mir nicht sagen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein. Aber es geht nur darum, ob Sie sich erinnern, ob jemand dabei war. Sie können sich offensichtlich nicht erinnern, aber es muss Anfang April 2003 gewesen sein.

Dr. Herbert Hillingrathner: An sich im April 2003, was ich hier sehe, waren bei nahezu allen Besprechungen Dr. Christl oder Traumüller dabei. Aber wenn ich das Datum nicht weiß, kann ich es jetzt nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, das werden wir dann vielleicht bis zum nächsten Mal herausbekommen.

Eine andere Sache. Sie haben vorhin bei der Befragung durch Frau Kollegin Fekter gemeint, dass eine Maastricht-Schuld nicht entstünde. Können Sie noch einmal erklären, warum mit dieser gewählten Konstruktion keine Maastricht-Schuld entstünde?

Dr. Herbert Hillingrathner: Erstens hat – das möchte ich noch einmal sagen – die Maastricht-Schuld mit der Finanzschuld gemäß, glaube ich, § 65 Bundeshaushaltsgesetz nichts zu tun. Daher hat der ganze Einredeverzicht mit Maastricht nichts zu tun.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, aber dann können wir es schon abberechnen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Bei den Zahlungsfristen waren allerdings die Maastricht-Kriterien auch mit ein Grund, weil das normalerweise erst bei Lieferung Maastricht-mäßig einzubuchen ist. Da gibt es von der ÖSTAT ein Gutachten. Ich nehme an, das haben Sie auch.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja. Gut. – Apropos Gutachten. Wir sind vorher dabei stehengeblieben, dass die Lieferterminverschiebung hier auch vergaberechtliche Fragen aufgeworfen hat, die in Ihrem Haus durchaus intensiv diskutiert worden sein müssen, und auch eine Korrespondenz zum Rechnungshof vorliegt.

Noch einmal: Ich habe mir jetzt mittlerweile das ganze Aicher- und auch Holoubek-Gutachten in Erinnerung gerufen. – Wissen Sie noch, was der Untersuchungsauftrag für Aicher und Holoubek überhaupt war?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß jetzt nicht mehr den Text.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die haben sich mit der Stückzahlreduktion beschäftigt und nicht mit der Lieferterminverschiebung, sage ich nur dazu.

Meine Frage noch einmal: An was können Sie sich da erinnern, dass das vergaberechtlich dann von Ihrem Haus nicht releviert wurde?

Dr. Herbert Hillingrathner: Dann ist meine Wahrnehmung heute falsch, wenn Aicher sich damit nicht auseinandergesetzt hat. Ich habe schon gesagt, wir haben selbst so weit Expertise, und für uns war die Verschiebung kein Problem.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. – Dann haben wir diese Aicher-Geschichte auch.

Herr Dr. Hillingrathner, Sie selber sind noch im März 2004 beigezogen gewesen zusammen dann mit Dr. Schwarzendorfer, und in einem Briefing-Papier an Herrn Staatssekretär Finz bezüglich der möglichen Kritikpunkte des Rechnungshofes wird Verschiedenes ausgeführt. Und dann geht es im Kern unter einem Punkt 3 um die fortlaufende Arbeit bis hin zu den Textänderungen in den Vertragsentwürfen mit den klassischen Punkten Schadenersatzhaftung, Einredeverzicht – das waren, glaube ich, die wesentlichsten –, und dann wird hier sozusagen als Replik auf den Rechnungshof nach einem Einleitungssatz vermerkt: Die Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche – also dieser gegenüberstehenden – des Bundes scheiterte am absoluten Widerstand des Vertragspartners. Hillingrathner. Schwarzendorfer. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Das war so?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja. Wo ist das Problem?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das Problem ist, dass uns regelmäßig erklärt wird, wie erfolgreich die Verhandlungen verlaufen sind vom Entwurf weg.

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Erklärung halte ich aufrecht. Ich glaube, der Punkt hat sich wahrscheinlich auf die Haftungsreduktion bezogen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da steht: Bereich Schadenersatz, Haftungsreduktion, Einredeverzicht. – Wollen Sie dieses Stück sehen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das kann sein, dass es hier steht als Information. Ich bin aber Vertragspartner und kann nicht alles diktieren. Das ist eben so im Geschäftsleben: Gewisse Sachen erreicht man, gewisse eben nicht. Über einige Punkte – daran möchte ich erinnern – hat das Heer schon tagelang im Jahr 2002 diskutiert und hat auf Granit gebissen. Es gibt halt Fakten, wo ich nicht drüberkomme. Das ist so im Geschäftsleben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie bleiben auch heute dabei, dass man sich in diesen kommerziellen Punkten sämtlich *nicht* durchgesetzt hat und am absoluten Widerstand des Vertragspartners gescheitert ist.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte nicht sagen, „sämtlich nicht durchgesetzt“.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So steht es jedenfalls da.

Dr. Herbert Hillingrathner: Wir hatten zum Beispiel – wenn ich die Haftung nehme – eine Expertise, da hätten wir 50 Millionen € lukrieren müssen. Wir haben immerhin über 34 Millionen € heruntergehandelt beziehungsweise erzielt. Das ist auch ein schöner Erfolg. Ich kann Zielsetzungen haben, die so hoch sind, die nicht wirksam sind. Da kann man nicht sagen, nicht durchgesetzt.

Beim Einredeverzicht wäre uns auch lieber gewesen, wenn wir nicht so weit gehen hätten müssen, aber da haben wir auf Granit gebissen, wobei Eurofighter GmbH von der Bank entsprechend stimuliert wurde, denn sonst hätte es den Kredit nicht gegeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Greifen wir nur eines noch heraus – weil Sie es jetzt selbst noch einmal angesprochen haben –, das ohnehin von Interesse ist: die Haftungsreduktion.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß, das ist ein eigenes Thema.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir brauchen Ihnen das jetzt nicht vorzuhalten, Sie haben das sicher auch im Kopf, dass da das BMLV schon eine Expertise in Auftrag gegeben hat, die im Wesentlichen auf versicherungsmathematischen Überlegungen beruht, aber dass das Ergebnis schon war, dass jedenfalls für die releviert Haftungsreduktion in dem Bereich, was die Haftungssumme wäre, das Äquivalent der Einsparung eigentlich 50 Millionen hätte sein sollen. Jetzt sagen Sie 33 Millionen ist auch ein schöner Erfolg. Was jetzt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Erstens war auch dieser Experte auf dem Gebiet – das hat er selbst gesagt – kein wirklicher Experte. Er hat sich auch nur an gewisse Sachen halten können, die er hatte. Es gibt in Österreich keinen, der hier wirklich Experte ist.

Zum Zweiten habe ich, glaube ich, zum Rechnungshof eine Expertise abgegeben, die Ihnen sicher vorliegt, wo ich ganz exakt geschrieben habe, warum und weshalb wir uns mit den 34,7 Millionen €, oder was der Betrag ausgemacht hat, zufriedengeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Na ja, eine Expertise Ihrerseits. Wenn das das war, wo Sie sagen, es ist ohnehin nie mehr passiert, als das ein Saab 105 in ein Haus hineingetrudelt ist, dann ist das eine faktische Feststellung. Inwieweit das eine versicherungsmathematische Expertise ist, kann ich nicht beurteilen.

Aber was die Expertisen betrifft: Das BMLV hat Ja diesen Experten beauftragt. Wollen Sie jetzt sagen, dass das BMLV einen Nichtexperten beauftragt hat? Sie haben jetzt gesagt, es war gar kein Experte. Das ist der letzte Punkt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe nicht gesagt, er war kein Experte, aber wir haben in ganz Österreich keinen Experten, der das wirklich so umfassend beantworten kann, wie es gewünscht ist. Und es ist nicht so, dass ich nur gesagt habe ... – Ich habe es Punkt für Punkt, ich habe es hier bitte, ich kann es auch vorlesen ... – Ich muss ja gewisse Risiken und so weiter ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, das brauchen Sie nicht vorzulesen, das haben wir ohnehin. Ich halte nur fest, dass Sie an dieser Expertise zweifeln.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich stelle fest, es findet keine Gnade. Was soll ich tun? Es ist so passiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Um „Gnade“ geht es gar nicht. Wir haben das im Protokoll. – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer vom Klub der ÖVP? Gibt es da Fragewünsche? – Gibt es keine. Kann vielleicht jemand die Kollegin Fekter verständigen, dass es sich hier um eine laufende Untersuchungsausschusssitzung handelt.

Kollege Kräuter, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte da noch einmal anschließen bei den Wünschen, bei denen unsere Verhandlungsseite gescheitert ist. Sie haben vorher formuliert, wir haben auf Granit gebissen bei EADS. Das war die, glaube ich, sehr eindrucksvolle Formulierung. Und Sie haben dann dazugesagt, EADS war von der Bank stimuliert. Können Sie das näher erläutern, was da gemeint ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wenn jemand Interesse hatte, kein Risiko zu übernehmen, wenn ich schon Triple-A-Konditionen habe, dann ausschließlich die Bank. Und wir haben praktisch mit der Bank den Einredeverzicht fertig verhandelt und nicht mit EADS. Die waren froh, wenn sie etwas übernehmen konnten, was akzeptiert ist. Es ist ja nicht so einfach gewesen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wer war denn da das Verhandlungsgegenüber von Ihnen, weil Sie sagen, bei der Bank und Sie haben mit der Bank das fertig verhandelt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da war **Herr Machat** und ... – Wie heißt der Zweite? Auch mit M. Jetzt fällt es mir nicht ein; Sie wissen es eh.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich glaube, das ist schon sehr entscheidend. Wenn Sie jetzt immerhin sagen, das entscheidende Vertragspassagen gar nicht zwischen Bieter und Käufer verhandelt worden sind, sondern mit der Bank, ist es natürlich schon wichtig, wer da die Verhandlungspartner waren.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe schon gesagt, mir fällt jetzt der zweite Name nicht ein. Es liegt alles da. Einer war hier geladen, nehme ich an. Ich werde es schon finden.... (Abg. Dr. **Kräuter:** Lassen Sie sich nur Zeit! – Dr. Hillingrathner sucht in seinen schriftlichen Unterlagen.) **Dr. Maresch** ist der Zweite und **Mag. Machart**.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Zur Bankgarantie möchte ich Sie etwas fragen, um gleich anzuschließen, weil Sie wahrscheinlich auch mit der Bankgarantie zu tun gehabt haben, nicht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das ist Vertragsinhalt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Mich hat das sehr interessiert, und Herr Wall hat auf meine Frage eine Vermittlungstätigkeit von einer Firma, einer Institution, einer Einzelperson nicht ausschließen können. Ist Ihnen da eine Vermittlungstätigkeit bekannt bei der (*Dr. Hillingrathner: Sie meinen überhaupt in Bezug auf diese Finanzierung?*) Bankgarantie in Höhe von 1,9 Milliarden für dieses Bankgeschäft?

Dr. Herbert Hillingrathner: Aus meiner Wahrnehmung und wie ich die Situation kenne, ist jede Spekulation, das so etwas hier erfolgt sein könnte, für mich persönlich absurd, aber mehr kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist es nicht üblich, dass bei Bankgeschäften aller Art einfach Vermittler tätig sind.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, bitte, soll die Republik Österreich in Form der ÖBFA oder des Finanzministeriums eine Provision bekommen? Bitte, das ist undenkbar, denn die zahlen wir ja wieder selbst!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, nein, ich meine ja einen Zwischenvermittler, der ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Es hat überhaupt keinen gegeben. Es hat ja auch niemand gewusst. Die Verhandlungen waren ja nicht öffentlich. Es hat ein Dritter nicht gewusst, dass es die BAWAG wird beziehungsweise hier verhandelt wird in dem Sinne. Ich weiß nicht, wer da eine Provision bekommen hätte sollen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wer das gewusst hat, ist eine zweite Frage. (*Dr. Hillingrathner: Okay!*) Dass das öffentlich nicht bekannt war, ist schon klar, aber in Insiderkreisen ist ja so etwas bekannt. Es ist ja bekannt, wenn auch nur beschränkt und mündlich – wie es der Rechnungshof kritisiert – immerhin entsprechende Angebote eingeholt werden.

Dr. Herbert Hillingrathner: Falls die Banken da etwas weitergetragen haben und sagen: Wer zahlt mir eine Provision? Davon weiß ich nichts. – Wer will von mir eine Provision? So muss ich es formulieren!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Genau darauf wollte ich ja hinaus. Das heißt, das ist natürlich nicht auszuschließen, dass im Bereich der Banken irgendwelche Provisionsgeschäfte getätigt werden.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nur, warum die Bank eine Provision zahlen soll für etwas, wo keine Leistung entgegensteht? Ich verstehe es nicht, aber vielleicht gibt es alles! Da bin ich nicht der geeignete Verhandlungspartner, muss ich sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich wollte nur wissen, ob man das vollkommen ausschließen kann oder nicht. Aber das können Sie auch nicht vollkommen ausschließen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Vollkommen kann man nichts ausschließen, aber ich halte es für in jeder Beziehung **unlogisch**.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Unlogisch ist ja fast alles, was wir da untersuchen, Herr Dr. Hillingrathner, wenn wir ehrlich sind.

Sie haben vorher gesagt – da möchte ich auch noch einmal nachfragen –, Eurofighter war **technisch nicht in der Lage**, im Jänner 2007 zu liefern. So war Ihre Formulierung, ich habe es mir notiert.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe nicht gesagt, technisch nicht in der Lage. Sie hätten alles machen können, das ist dann eine Sache des Preises. Sie haben gesagt: Wir rüsten um auf Batch-2, da haben wir andere Sorgen, als einen Flieger für

Österreich zu produzieren, und ob es nicht Mitte des Jahres geht und so. – Dagegen haben wir keinen Einwand gehabt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt noch einmal: Wie sind Sie zu dieser Information gekommen, dass Eurofighter technisch nicht in der Lage ist, im Jänner 2007 ... (*Abg. Dr. Fekter: Wegen der Umrüstung auf Tranche 2!*) Frau Fekter, Ich habe wirklich nicht Sie gefragt! (*Abg. Dr. Fekter: Er hat es schon zweimal gesagt!*) Wie und von wem sind Sie zu der Information gekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es hat ja laufend Gespräche gegeben mit Eurofighter GmbH, und da ist halt der Wunsch von Seiten des Finanzministeriums – eben aus den scheinbaren Maastricht-Gründen; es war nicht meine Erfindung – auch an Eurofighter herangetragen worden: Bitte, könnt ihr mit Jänner 2007 liefern? Und da haben die Vertreter der Firma Eurofighter gemeint, besser wäre später, denn sie hätten große Probleme, weil sie eben die Produktion umstellen, und sie bitten da eben um Verständnis.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wer hat das gesagt: Herr Maute oder wer?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an Falthäuser oder Maute oder vielleicht alle drei gemeinsam, auch Löbber ... – Ich weiß es nicht, aber...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben gesagt, Eurofighter hat große Probleme, weil sie auf Tranche 2 umstellen müssen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja bitte, wenn ich eine Produktionsumstellung mache in einer Firma, steht einmal etwas. Das ist so. Auch wenn ich eine 10A-Maschine umrüste und umstelle, kann ich in der Zeit nichts produzieren. Das ist ja nicht eine Sache, dass sie nicht produzieren hätten können, sondern dass das aus betriebswirtschaftlichen Gründen halt für sie eine massive Erschwernis wäre beziehungsweise sich auch nicht rechnet. Ich habe kein Problem gehabt, und es war letztlich eine Ministeranordnung, die schließlich zu vollziehen war.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben sofort wieder Verständnis gehabt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe nicht gesagt, *ich*. Das war die Argumentation, und auf politischer Ebene ist man dieser gefolgt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt: Einerseits hat man mit den österreichischen Wünschen gegenüber EADS auf Granit gebissen, wie Sie es selber formuliert haben, und auf der anderen Seite war man immer – Anführungszeichen – „fair“ und hat jedes Verständnis gehabt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Aber Eurofighter hat viele Vorstellungen von uns übernommen. Das hat ihnen auch weh getan.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): „Auf Granit gebissen“, haben wir uns ja gerade vorher geeinigt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Es gibt Punkte, die haben wir halt nicht umsetzen können, so wie wir sie wollen haben. Das ist halt einmal so bei Vertragsverhandlungen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Und immer, wenn Eurofighter dahergekommen ist und gesagt hat: Sorry! Betriebstechnische Gründe! Wir müssen da umstellen! Schon wieder ein Problem!, hat man gesagt: Na gut, okay, das ist fair, das verstehen wir, das können wir nachvollziehen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich sage noch einmal, Herr Abgeordneter Kräuter: 2006 hätten sie geliefert, aber genau im Jänner 2007 nicht. Und das war dann der Wunsch der Republik.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also das, was betriebstechnisch für Eurofighter Gegebenheit war, war dann auf einmal Wunsch der Republik?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wieso? Es war ursprünglich vorgesehen, früher zu liefern, und da hätten sie es gemacht, aber gerade zu diesem Termin nicht. Und das muss ich wohl zur Kenntnis nehmen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, das muss man immer alles fair zur Kenntnis nehmen, jeden Wunsch der EADS!

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja warum soll ich das nicht, bitte?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Weil man umgekehrt auf Granit beißt. Das ist ja das Wesen von Verhandlungen, dass man das nicht einseitig macht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Dann hätte Eurofighter gesagt: Nein, ich mache den Termin nicht und wir bleiben, wie es vereinbart war. So kann ich es auch machen, bitte. Das ist ja ein Konsensualvertrag, es sollen beide Seiten eine Win-Win-Situation haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wo ist die Win-Situation der **Republik?**

Dr. Herbert Hillingrathner: Die politische, dass wir halt nach Maastricht-Kriterien die Lieferung erst im Jahr 2007 haben und da überhaupt noch nichts einzubuchen gewesen wäre nach damaligen Vorstellungen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist der Gewinn? – Na, danke!

Dr. Herbert Hillingrathner: Die politischen Gewinne sind immer die größten. Das wissen wir.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist eine Steuerakt in Umlauf gebracht worden. Deine Ermahnungen von gestern Abend haben überhaupt nichts gefruchtet. Die Kollegin Fekter hat offensichtlich gerade den ganzen Steuerakt der Firma Rumpold referiert draußen. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist falsch!*) Gestern Abend ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, auch das wollen wir so nicht im Protokoll haben. (*Abg. Mag. Stadler: Wie dann?*) Ich habe zuerst die Medien informiert, und zwar, dass wir über das hinaus, was gestern – wie auch immer – an die Öffentlichkeit gekommen ist, unserer Vereinbarung gemäß nichts bekanntgeben werden. Und so lange ich draußen war, hat sich Kollegin Fekter ähnlich auf der Basis unserer Vereinbarung von der Geschäftsordnungssitzung gestern Abend verhalten. Mir ist nichts anderes zu Ohren gekommen, auch nicht von anderen Teilnehmern an diesen Besprechungen draußen.

Wenn Kollegin Fekter eine gewisse Zeit nicht im Lokal verbringt (*Abg. Mag. Stadler: Das habe ich nicht behauptet!*), steht uns allen nicht zu, das zu verurteilen, weil es Hinweise gibt, dass sie in der Geschichte dieses Ausschusses nicht die Einzige war.

Bitte, jetzt weiter Fragen zu stellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, wir kommen zurück auf diesen ominösen Briefentwurf. Ist Ihnen mittlerweile eingefallen, wer diesen Briefentwurf erstellt hat?

Herbert Hillingrathner: Nein, wirklich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie ausschließen, dass Sie das waren?

Herbert Hillingrathner: Ich kann gar nichts ausschließen, ich kann mich nicht mehr erinnern, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben ein Fax an den Herrn Wall veranlasst, und darunter steht: Wie besprochen.

Sie haben offensichtlich mit ihm vorher ein Telefonat gehabt, und das Telefonat erwähnt Herr Wall auch in diesem Schreiben. Da schreibt er: 14.20. – Es war ihm sogar wichtig, dass die Uhrzeit festgehalten wurde, weil aus der Uhrzeit ist erschließbar, anhand der Faxzeiten, dass dieses Fax danach an den Herrn Wall gegangen ist. Man kann das alles sehr schön nachvollziehen. 14.20: Gemäß Rückruf mit BMF (Dr. Hill) – das sind augenscheinlich Sie – ist Text mit Bundesfinanzagentur akkordiert. BMLV kann bestätigen – Wall, 13.6.

Dr. Herbert Hillingrathner: Der Text ist im Zuge der diversen Besprechungen mit den kompetenten Leuten erarbeitet worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So, gehen wir zum Text. Im Text heißt es – und der Text ist, wie gesagt, immer so zu lesen, als ob ihn Eurofighter geschrieben hätte, aber geschrieben hat ihn jemand aus der österreichischen Verwaltung –: Nachdem jetzt von Ihnen der Wunsch zur sofortigen Sicherung der Konditionen an uns herangetragen wurde, werden wir mit der BAWAG in Wien eine entsprechende Zinsfestsetzungsvereinbarung abschließen. – Zitatende.

Wer hat diesen Wunsch, den die österreichische Verwaltung hier für Eurofighter formuliert – gemeint ist, die österreichische Verwaltung hat diesen Wunsch an Eurofighter herangetragen –, an die Firma Eurofighter herangetragen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, die Firma Eurofighter hat den Wunsch ans Verteidigungsministerium herangetragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das kann so nicht stimmen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Oder hat sie es nur an uns ... – Ich weiß es nicht. Jedenfalls war der Wunsch da, und dem haben wir entsprochen und entsprechend formuliert. Es waren ja wahnsinnig kurze Zeiten, und wir wollten halt vermeiden, dass vielleicht von der Firma wieder ein Textvorschlag kommt, den man dann wieder begutachten muss und der wieder hin und her geschoben wird. Dann sagen wir gleich: Bitte schön, der Text würde uns passen. – Also, ich kann mir das nur so erklären.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also halte ich das fest: **Sie** sagen, damit die Firma Eurofighter die richtigen Texte zur potenziellen Belastung des Budgets der Republik Österreich an Österreich schickt, formuliert gleich die österreichische Verwaltung die Briefe, die Eurofighter an Österreich schicken soll. Ist das so?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wie gesagt, das ist eine Formulierung, die dann so in den Vertrag hineinkommt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, es kam **nicht** in den Vertrag hinein!

Dr. Herbert Hillingrathner: Oder war es halt außer ... – Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sage es Ihnen: Es ist **nicht** Teil des Vertrages (*Dr. Hillingrathner: Ich weiß es nicht!*), wer die Finanzierungskosten trägt, für den Fall, dass der Vertrag **nicht** zu Stande kommt. Das ergibt sich bereits aus dem Text, dass das nicht in den Vertrag hineinkomme.

Dr. Herbert Hillingrathner: Gut, dann war es nicht drinnen, dann war es für den Fall, dass der Vertrag nicht in Kraft tritt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn der Vertrag nicht zustande kommt, trägt die Republik Österreich die gesamten Kosten. Und diesen Wunsch, den Eurofighter an Österreich herangetragen hat, hat die Verwaltung der Republik Österreich für Eurofighter **zu Lasten** Österreichs formuliert?

Dr. Herbert Hillingrathner: Möglich, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist nicht „möglich“, **es ist so!** Das lässt sich aus dem Akt erschließen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Na gut, dann ist es so, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Halten Sie das für normal? Gab es weitere Fälle, wo die Beamten der Republik Österreich die advokatorischen Arbeiten der Firma Eurofighter übernommen haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das kann in gewissen Fällen normal sein. Warum nicht? Wir haben ja letztlich auch den Einredeverzicht erarbeitet – und nicht Eurofighter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Über den Einredeverzicht reden wir ein anderes Mal. – Sie sagen, es kann normal sein, dass **wir** für Firmen, die Vertragspartner der Republik Österreich werden, den Schriftverkehr entwerfen?

Dr. Herbert Hillingrathner: In einer vielleicht gegebenen Situation wie hier war es vielleicht richtig so. Ich kann nichts anderes sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat die Republik Österreich dafür ein Anwaltshonorar oder etwas Adäquates bekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Also, ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben wir irgendeine Bonifikation daraus gehabt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Faktum ist, Eurofighter hat diesen Wunsch schriftlich an uns herangetragen, und wir haben halt das als Serviceleistung erbracht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben diese Serviceleistung für Eurofighter erbracht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, für die Republik, weil wir haben einen Text gehabt, mit dem wir leben können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Moment, das ist nicht das Problem!

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß schon, Herr Abgeordneter Stadler! Bitte noch einmal: Das ist so geschehen, und da hat es keine weiteren Überlegungen gegeben, ob man darf oder nicht darf. Wir waren dauernd in einem Verhandlungsverhältnis, und ob ich da jetzt ein Anwaltshonorar für die Republik verlangen müsste oder nicht, die Frage hat sich wirklich nicht gestellt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Darf ich nur eine Zwischenfrage stellen: Wenn Sie in diesem konkreten Punkt auf Verlangen der Firma Eurofighter etwas für die Firma Eurofighter getan haben, die ja Verhandlungspartner der Republik war – das ist ja etwas Außergewöhnliches –: Haben Sie da die Zustimmung Ihres **Vorgesetzten** eingeholt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Na sicher nicht! Bitte, die Firmen haben oft für uns formuliert, wir haben für Firmen formuliert. Dem Heer wird ja vorgehalten, dass alles die Firma formuliert hätte. Das ergibt sich halt aus dem Wechselspiel bei solchen Verhandlungen; das ist ja nichts Ungewöhnliches.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, waren Sie in diesem ganzen Vorgang noch sicher, für wen Sie eigentlich arbeiten?! – Das lag doch

nicht im Interesse der Republik Österreich, das sage ich Ihnen gleich dazu: dass wir die Kosten übernehmen müssen für die Aufstellung einer Finanzierungsvariante, die in Wirklichkeit Eurofighter schon beim Angebot liefern hätte müssen! Das lag nicht im Interesse der Republik! – Das halte ich Ihnen vor!

Dr. Herbert Hillingrathner: Moment, da stimmt was nicht! Die Firma Eurofighter hat in ihrem Angebot die 18 Halbjahresraten geliefert, halt zu einem späteren ... – Moment! Die Finanzierung ist gestanden, halt zu einem gewissen Preis, und wir wollten, dass es billiger wird. Und da muss ich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, ich halte Ihnen vor den Text des Angebotes, Angebot vom 10.10.2001, wo eine Zahlungsvariante 2 verlangt wird. Wissen Sie, was Eurofighter daraufhin geschrieben hat zur verlangten Zahlungsvariante 2? – Ich zitiere es Ihnen: Eine Zahlungsvariante wie hier gefordert ist in unserem Angebot nicht enthalten, da bei einem solchen Mittelabfluss, der nicht dem Kostenanfall entspricht, wirtschaftlich nicht zu vertretende Finanzierungskosten entstehen würden. – Ende des Zitats.

Auf gut Deutsch: Das machen wir nicht – wenn ihr es wollt, zahlt es selber! Und Sie haben den Text dafür entwickelt, dass wir es selber zu zahlen haben. Ist das so?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das hat keinen Bezug mehr auf das Papier, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das hat sehr wohl Bezug auf dieses Papier (*Dr. Hillingrathner: Nein!*), weil Eurofighter eine Zahlungsvariante schuldig geblieben ist, die man dann später in einer anderen Form – das gebe ich zu: in einer anderen Form – nachkonstruiert hat, eine Neukonstruktion einer Zahlungsvariante gewählt hat, wo dann die Republik Österreich nicht nur die Kosten zu tragen gehabt hätte, falls der Vertrag nicht zustande gekommen wäre, sondern wir auch noch durch unsere Beamten die Formulierung dieser Vereinbarung übernommen haben, dass die Republik Österreich zahlen muss!

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte noch einmal: Diese Kosten wären dann abzudecken gewesen, wenn der Vertrag ... – Sie wissen ja, da ist dann der Bundesrat gekommen, hat einen Einspruch gemacht, und es ist eine auflösende Vertragsbedingung in den Vertrag gekommen. Wenn das nicht zustande gekommen wäre, hat die Firma auf Kostenersatz gedrängt. Und da haben wir gedacht, das ist ja wirklich etwas, was die Firma nicht zu vertreten hat. Daher haben wir keine Bedenken gehabt, das zu machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben alles das gemacht, worauf die Firma Eurofighter gedrängt hat? Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, wenn Sie das so sagen, wird es richtig sein. Ich sage nichts dazu, weil das ist ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich halte Ihnen Ihre eigene Textierung vor, die Sie in einem Schreiben an den Herrn Staatssekretär Dr. Finz verwendet haben. Dieses Schreiben ist von Ihnen und von Frau Dr. Schwarzendorfer gezeichnet – ich nehme an, von Ihnen verfasst –, und da steht wortwörtlich drinnen: Die Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, es ist meines Wissens nach von Frau Dr. Schwarzendorfer verfasst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): „Hillingrathner“ steht drunter, bitte! (*Abg. Mag. Kogler: Als Erster sogar!*) Dr. Hillingrathner/Dr. Schwarzendorfer steht da, und da heißt es:

Die Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche des Bundes scheiterte am absoluten Widerstand des Vertragspartners. – Ende des Zitats.

Ist das so?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da war aber diese Frage des Kostenersatzes überhaupt noch nicht releviert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, aber es passt ins Gesamtbild, diese Vorgangsweise: Eurofighter will was, Österreich macht es sofort. Diese Vorgangsweise zieht sich wie ein „roter Faden“ durch den ganzen Vertrag. Es deckt sich mit der Formulierung, die Sie und Frau Dr. Schwarzendorfer verwendet haben in einem Papier an den Staatssekretär Dr. Finz. Und es ist offensichtlich schon so verinnerlicht worden, dass Eurofighter nur wünschen musste, und bei uns haben wir es dann sogar übernommen, statt der Advokaten, die Eurofighter hätte zahlen müssen, denen auch noch die Vertragsentwürfe und die Papierentwürfe zu machen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist Ihre Auslegung. Ich kann dazu nichts sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist nicht meine Auslegung, es ist **nachvollziehbar**, dass wir, anstatt dass die Firma Eurofighter ihre Advokaten, ihre Rechtsabteilung befasst hätte, denn die haben eine Rechtsabteilung ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Die haben sie auch befasst, natürlich!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die machen so etwas nicht, sondern wir übernehmen es für Eurofighter, die Briefe an die Republik Österreich zu formulieren, mit denen dann die Republik Österreich Zahlungsverpflichtungen eingeht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe schon erklärt, es war ein wahnsinniger Termindruck, und wir konnten nicht riskieren, dass das nur durch so eine Frage wieder tagelang verzögert wird, weil da war der politisch klare Befehl, da und da hat der Vertrag unterschrieben zu sein, weil sonst hätte das Angebot nicht mehr gehalten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, der Termindruck ist nicht nachvollziehbar (*Dr. Hillingrathner: Okay!*), denn das Schreiben vom 12. Juni, das auf diesem Textentwurf beruht, den Sie oder Ihre Mitarbeiter erarbeitet haben – jedenfalls haben Sie ihn dem Herrn Wall gefaxt –, dieses Schreiben ist nämlich nicht sofort erledigt worden vom Herrn Wall. Dem war offensichtlich unwohl dabei, denn es kam das gleichlautende Schreiben noch einmal, am 26. Juni 2003, also 14 Tage später, und dieses Schreiben wurde dann erst vom Herrn Wall beantwortet. So groß kann der Termindruck also nicht gewesen sein.

Dr. Herbert Hillingrathner: Gut, dann war keiner. – Ich kann dazu nichts sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich komme zu einem anderen Thema: Können Sie ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, bitte nicht, weil die Zeit vorbei ist. Aber es wird sich später noch eine Möglichkeit ergeben.

Ich werde jetzt selbst ein paar Fragen stellen.

Bleiben wir bei dieser Information für Herrn Staatssekretär Dr. Finz vom 30. März 2004, die ja schon zweimal zitiert worden ist. Diese Information beginnt mit einem interessanten Satz:

Betreffend voraussichtliche Beanstandungen des Rechnungshofes im Zusammenhang mit der am 27. 11. 2003 begonnenen und noch nicht abgeschlossenen Überprüfungen ... und so weiter ... Eurofighter.

Sagen Sie: Woher haben Sie die voraussichtlichen Beanstandungen des Rechnungshofes gekannt?

Dr. Herbert Hillingrathner: a) hat ja schon einmal, glaube ich, viel früher ein Vorgespräch mit Vertretern des Rechnungshofes stattgefunden, und b) liegt ja auf der Hand, was alles bemängelt und beanstandet werden wird – und wenn es nur meine Arbeitsweise war, dass nicht alles dokumentiert ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Hillingrathner, bleiben wir bei Punkt b): Sie sagen, es lag im März 2004 für den Rechnungshof auf der Hand und für Sie ... – Nein: Es lag für Sie auf der Hand, was der Rechnungshof beanstanden wird. – War das so klar, was zu beanstanden ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe schon gesagt: Allein meine Arbeitsweise, dass nicht alles dokumentiert ist, wird eine Beanstandung wert sein. Und was nicht entsprechend dokumentiert ist ... – Und inhaltlich: Natürlich kann ich gegen alles meine Bedenken erheben, was geschehen ist. Aber es waren im Dezember schon Gespräche mit dem Rechnungshof.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, aber das Spannende bei der Geschichte ist – und das muss man sich immer vor Augen halten –: Der Rechnungshof hat noch gar nicht beanstandet, und Sie gehen schon auf von Ihnen vermutete Beanstandungen im Detail ein. Aber wenn es eine Vorbesprechung gegeben hat, ist das natürlich für Sie ein sachlicher Hinweis darauf, was an Beanstandungen zu erwarten ist. Da haben Sie vollkommen Recht.

Bleiben wir bei Punkt 3, den Kollege Kogler zitiert hat und wo Frau Dr. Schwarzendorfer und Sie gemeinsam formulieren. – Ich frage Sie nur vorher: Wer hat denn diesen Text verfasst?

Dr. Herbert Hillingrathner: An sich Frau Kollegin Schwarzendorfer.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, das war auch meine Information. Aber das ist trotzdem ein gemeinsames Produkt. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe es unterschrieben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben es unterschrieben, also haben Sie es auch gelesen.

Bleiben wir einmal bei dem Satz:

Die Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche des Bundes scheiterte am absoluten Widerstand des Vertragspartners.

Dieser Satz besteht aus mehreren spannenden Feststellungen, nämlich einmal „sämtlicher Vertragswünsche“: Zählen Sie mir bitte auf, um welche Vertragswünsche es sich bei der Bezeichnung „sämtliche Vertragswünsche“ handelt. Was war das alles?

Dr. Herbert Hillingrathner: Leider ist das hier nicht aufgezählt, was man sich da gedacht hat – womöglich eine taxative Aufzählung ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Na, deswegen möchte ich ja, dass Sie mir das aufzählen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Zum Beispiel kann ich sagen, wir wollten von den 4,5 Prozent Eskalation null Prozent haben – es ist dann eben 1 Prozent übrig geblieben –, wir wollten bei der Haftung einen höheren Betrag haben – nur sind wir dann eben bei den 34 Millionen ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, ich wollte jetzt nicht so ins Detail gehen. Ich wollte nur noch einmal wissen – damit wir das thematisch eingrenzen –: Welche Vertragswünsche sind das?

Also, das ist einmal die so genannte Eskalation – ist das richtig? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Das ist die Haftung – ist das richtig? (*Dr. Hillingrathner: Ja, Haftung!*) – Das ist der Einredevorzicht – ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, dass der nicht so ... Noch einmal ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist der Schadenersatz – ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja. – Das hat primär das Heer behandelt, das war nicht mehr unsere Sache.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir haben jetzt Eskalation, Haftung, Einredevorzicht, Schadenersatz. – Was gehört noch dazu, zu den „sämtlichen Vertragswünschen“?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da fällt mir eigentlich nichts mehr ein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das sind die wesentlichen? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*)

So, jetzt haben wir die erste Hälfte des Satzes, die „Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche“, also: Schadenersatz, Haftung, Einredevorzicht, Eskalation. Und dann kommt der zweite Teil:

„scheiterte am absoluten Widerstand des Vertragspartners“.

Was war der „absolute Widerstand des Vertragspartners“? – Schildern Sie uns den!

Dr. Herbert Hillingrathner: Dass zum Beispiel, was Schadenersatz oder Haftung angeht, das Militär bereits nicht gerade Nächte mit denen verhandelt hat – also, das war noch im September oder August 2002, wo diese Themen schon releviert wurden und letztlich ergebnislos abgebrochen wurden nach mindestens zehn Diskussionsrunden. – Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Und wir konnten da zwar ein besseres, aber doch nicht überall das wünschenswerte Ergebnis erzielen. – Die Eskalation nicht, ja. Die wurde von uns dann releviert.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie, aber da würde man dann einmal schreiben: Es hat harte Verhandlungen gegeben, und letzten Endes hat man sich auf eine vernünftige Art und Weise geeinigt. – Das steht aber nicht da, sondern es steht: Die Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche – wir haben jetzt aufgelistet, was diese sämtlichen Vertragswünsche sind – scheiterte am absoluten Widerstand des Vertragspartners. – Heißt das also, ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Dass es gewisse Dinge gegeben hat, da haben wir tagelang verhandeln können – und da hat eben die Firma nicht mit können. Aber ich möchte wirklich hier sagen, dass wir nicht alle Schriftstücke a) verfasst haben für eine Nachprüfung dann durch einen Untersuchungsausschuss, und b) kann ich natürlich jedes Wort auf die Waagschale legen, aber die Informationen sollen kurz, präzise und so weiter sein, und das alles in Stunden oder halben Stunden gemacht sein. – Da sind wir wahrscheinlich nicht entsprechend qualifiziert und überfordert. Ich kann das nur so sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe ja persönlich einen Eindruck: Eurofighter hat ja über hoch qualifizierte Spezialisten im Vertragsrecht verfügt. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme es an, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Eine Wiener Kanzlei, deutsche Kanzleien, die Experten der eigenen Firma – ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ja, das stimmt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und wer ist denen als Verhandlungspartner gegenüber gestanden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Na ja, ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Die besten Vertragsjuristen Mitteleuropas – oder wer?

Dr. Herbert Hillingrathner: Herr Abgeordneter Pilz, ich habe vorhin schon erklärt, dass ich mich allein gelassen fühlte und es der Republik Österreich beim größten Geschäft nicht wert war, mir entsprechende personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. – Ich habe immer gesagt, ich hätte zumindest **zwei Vertragsspezialisten** an der Hand gebraucht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wen haben Sie um Vertragsspezialisten ersucht, damit Sie der Firma Eurofighter halbwegs gleichwertig entgegentreten können? Wen haben Sie ersucht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe das sowohl Traumüller als auch Dr. Christl gesagt, vielleicht sogar einmal dem Minister. – Nur, wir müssen eben sparen und haben für so etwas kein Geld – was soll ich tun?!

Obmann Dr. Peter Pilz: Na, halten wir den Punkt fest – das ist ein ganz entscheidender Punkt –: Sie wenden sich an den Verhandlungsleiter Dr. Traumüller, Sie wenden sich im Kabinett an Dr. Christl, Sie wenden sich möglicherweise sogar an den Finanzminister ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Da weiß ich nicht, ob ich den auch einmal da anagitiert habe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt sind wir nämlich an einem der wirklich heiklen Punkte. Sie sagen: Bitte, ich brauche dringend zwei hoch qualifizierte Vertragsjuristen, damit ich auf gleicher Augenhöhe mit der Firma Eurofighter, mit deren hervorragenden Vertragsjuristen verhandeln kann!

Wann haben Sie das Dr. Traumüller und Dr. Christl gefragt oder sie darum ersucht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist so sporadisch gegangen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Immer wieder, oder?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, mehrmals, würde ich sagen, bei Besprechungen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und wie war die Antwort von Dr. Traumüller?

Dr. Herbert Hillingrathner: Der als Personalchef kann natürlich nur sagen: Ich habe keine Leute.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bei der schwierigsten und größten Vertragsverhandlung der Zweiten Republik sagt Ihnen Herr Dr. Traumüller – da geht es um 2 Milliarden € –: Ich habe keine Leute, ich kann ihnen leider keine Vertragsjuristen zur Verfügung stellen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß jetzt nicht, ob Traumüller das jetzt so gesagt hat – jedenfalls hat Dr. Christl immer nur gelächelt: Er hat das zur Kenntnis genommen – genützt hat es nichts.

Obmann Dr. Peter Pilz: Er hat gelächelt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, es ist so! Sie wissen ja ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie wollten einen Vertragsjuristen oder zwei, damit Sie auf gleicher Augenhöhe mit Eurofighter verhandeln können, und die Antwort des Kabinettschefs des Finanzministers ist ein Lächeln. – Mehr haben Sie nicht bekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Noch wichtiger wären mir zwei Sekretärinnen gewesen im Maturantenrang, die überhaupt mitgekommen wären bei dem, was gesprochen wird, und ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie die bekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nichts! Ich habe keine Schreibkraft gehabt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben keine Schreibkraft gehabt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein! Und das ärgert mich heute noch, und das ist so.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben keine Vertragsjuristen bekommen, wie Sie sie wollten, Sie haben keine Schreibkräfte bekommen, obwohl Sie sie wollten, ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich bin überzeugt, der Vertrag hätte nicht anders ausgeschaut, wenn wir ein paar Professoren dabei gehabt hätten, aber trotzdem: Es ist allein auf uns „picken“ geblieben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Na, sagen Sie ... (*Abg. Dr. Sonnberger: Ich glaube, Herr Dr. Pilz, Sie kennen sich in der modernen Verwaltung nicht aus!*) – Ich bin immer noch froh, dass Dr. Hillingrathner verhandelt hat – und nicht Sie, Herr Kollege, weil sonst hätten wir wahrscheinlich um 5 Milliarden Mähdrescher gekauft!

Um jetzt vom landwirtschaftlichen Bereich der Volkspartei wieder zum Eurofighter zurückzukommen. – Herr Dr. Hillingrathner, versuchen wir, uns das einmal gemeinsam vorzustellen: Die größte Investition der Zweiten Republik. Sie sollen verhandeln. Die Eurofighter GmbH hat – und ich habe es mir angeschaut – die besten Wiener Vertragsjuristen engagiert, hat meines Wissens zwei deutsche Kanzleien beschäftigt, hat eigene hervorragende Vertragsjuristen. Und der Dr. Hillingrathner, der zuständige Abteilungsleiter, wendet sich an den Dr. Traumüller und an den Dr. Christl aus dem Kabinett und sagt: Bitte, könnte ich nicht zwei Vertragsjuristen und zwei Sekretärinnen haben? – Und kriegt **nichts**.

So. Was haben Sie dann getan? Da haben Sie sich im Stich gelassen gefühlt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe das auch dem Rechnungshof gegenüber, zu meiner Verwunderung sogar unwidersprochen vom Minister, schon in meiner Pension dargelegt, warum nicht mehr zu erwarten war an Dokumentation. Der Vertrag ist an sich in Ordnung. Ich habe schon in jungen Jahren einmal bei der Wissenschaft gearbeitet und nur Professoren mir vis-à-vis von mir sitzen gehabt, und ich war es immer gewohnt, allein ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Dr. Hillingrathner, es verlangt ja niemand von Ihnen, dass Sie jetzt sagen, nachdem Sie das ganz alleine verhandeln mussten, dass der Vertrag nicht in Ordnung ist.

Dr. Herbert Hillingrathner: Herr Dr. Traumüller war auch dabei.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist ein anderer Punkt. – Meine Frage war: Haben Sie sich im Stich gelassen gefühlt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das schon, ja. Aber das ist mein persönliches Befinden; das zählt nichts.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das zählt allerdings schon, wenn **ein** Beamter allein ohne Vertragsjuristen und ohne Schreibkräfte die größte Investition der Zweiten Republik mit EADS Eurofighter, zwei deutschen und einer österreichischen hoch spezialisierten Anwaltskanzlei verhandeln soll.

Haben Sie in dieser Situation ein gewisses Ungleichgewicht gesehen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ehrlich gesagt: nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also, ich bewundere Ihr Selbstvertrauen. Das hätte ich selber gerne. Das soll Ihnen auch in vollem Umfang erhalten bleiben. Das ist eine, glaube ich, sehr, sehr persönliche und bewundernswerte Sicht.

Bleiben wir bei dieser Sache. Herr Dr. Traumüller sagt: Sie bekommen nichts, Sie machen das allein! Herr Dr. Christl sagt: Sie bekommen nichts, Sie machen das allein! Mit dem Minister haben Sie möglicherweise darüber gesprochen, mit Sicherheit von ihm aber auch keine Unterstützung erhalten.

Jetzt werde ich Sie, weil wir damit zusehends in den Bewertungsbereich hinein kommen, an diesem Punkt nicht fragen, was Sie meinen, dass die Motive des Ministers waren und die Motive des Dr. Traumüller und die Motive des Dr. Christl, da möglichst **keine Unterstützung** zu geben. Ich fasse nur zusammen, Herr Dr. Hillingrathner, damit wir ein Gefühl hierfür bekommen:

Der Finanzminister beauftragt mit der Verhandlungsführung nicht Sie, sondern eine ihm nahestehende Person, die dem Untersuchungsausschuss erklärt, über juristische Fachkenntnisse zu verfügen, aber von der Materie Luftraumüberwachung schlicht und einfach überhaupt nichts zu verstehen. Diese Person wird gefragt, ob Sie als der fachkundige und sachkundige Beamte Unterstützung bekommen, und diese Person entscheidet: Nein, Sie bekommen keine Unterstützung, nicht einmal Schreibkräfte, Sie sind völlig auf sich allein gestellt!

Dann wird absolute Geheimhaltung vereinbart und verlangt, dass es keine aktenmäßigen Aufzeichnungen gibt. Herr Hillingrathner, Sie kennen diese aktenmäßige Zusammenstellung, wo bei den heiklen Punkten steht: höchste Geheimhaltung! Keine aktenmäßige Aufzeichnung! Sie können sich daran erinnern. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das war die Gesprächsrunde mit dem Heer, diese drei Sitzungen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, genau, das waren diese ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ende März/Anfang April waren diese Sitzungen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Richtig. Sie haben vollkommen Recht. Das waren nicht drei, sondern das waren wesentlich mehr Sitzungen. Ich müsste jetzt bei mir im Computer nachschauen; das waren sieben oder acht Sitzungen. Also: Höchste Geheimhaltung, keine aktenmäßige Aufzeichnung! Hillingrathner. – Warum ist verlangt worden, dass es keine aktenmäßige Aufzeichnung gibt im Finanzministerium?

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte mich nicht zu fragen! Das war eine Weisung. Vielleicht hat man undichte Stellen vermutet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer hat verlangt, dass es keine aktenmäßigen Aufzeichnungen gibt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, das wurde transportiert über Dr. Traumüller.

Dr. Herbert Hillingrathner: „Annehmen“ hilft uns nichts. Hat Ihnen der Dr. Traumüller gesagt: keine aktenmäßigen Aufzeichnungen!?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme es an.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Hillingrathner, in dem Punkt nehme ich an, dass Sie das ganz genau wissen. Bitte schön, sagen Sie mir: War das Herr Dr. Traumüller? (*Abg. Dr. Fekter: Akzeptieren Sie doch die Antwort, wenn der Zeuge eine Antwort gibt!*)

Frau Kollegin Fekter, mir steht das Recht der Nachfrage zu, und ich weiß auch, dass Herr Dr. Hillingrathner das nicht anders sieht als ich!

Versuchen wir einen Schritt über das „annehmen“ weiter zu kommen: War das Herr Dr. Traumüller?

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte noch einmal: Dann heißt es wieder, ich relativiere oder sonst etwas. Es war mit hoher Wahrscheinlichkeit Dr. Traumüller, aber vielleicht war es wer anderer.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer käme noch in Frage? Wer hat noch die Möglichkeit gehabt, Ihnen Anordnungen zur aktenmäßigen Aufzeichnung zu geben? Ich nehme einmal an, der Minister hätte das machen können.

Dr. Herbert Hillingrathner: Der Minister hätte das machen können, oder der Dr. Christl hätte es machen können.

Obmann Dr. Peter Pilz: Der Minister, Dr. Christl oder Dr. Traumüller. Und einen Vierten gibt es nicht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Eigentlich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Na ja, dann haben wir diesen Kreis, glaube ich, erfolgreich eingeschränkt. Jetzt wissen wir ja schon einiges.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte noch eines sagen: Ich habe hier einen Vermerk, dass Traumüller und ich, mehr oder minder gemeinsam – natürlich war er der politische Führer –, mit den Vertragsverhandlungen beauftragt wurden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist richtig. Aber es gibt am Anfang aktenmäßige Feststellungen, dass die Federführung nach außen – und um das geht es – Traumüller gehabt hat.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ja, war Traumüller; sage ich ja. – Der Rest ist dann mir verblieben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also die unangenehmen Sachen, auf die kommen wir zurück; die sind ohnehin bei Ihnen hängen geblieben. Und nach außen waren es Traumüller und Wall.

Wir setzen dann später fort, weil jetzt beginnt langsam ein, glaube ich, ganz spannender Bereich. – Kollege Kräuter bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich verstehe jetzt schon viel besser, warum Sie eben diesen Punkt 4 von diesen Vertragsbestimmungen, von denen wir immer reden, die so genannte Schmiergeldklausel, überhaupt nicht gelesen haben: Weil Sie ja überhaupt keine Unterstützung gehabt haben. Faktum ist, dass eben diese so wichtige Klausel von Ihnen erst gestern gelesen wurde und Sie das bisher gar nicht gekannt haben. Ich möchte Sie fragen: Gibt es noch andere Vertragspassagen und Vertragsteile, die Sie gar nicht kennen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Natürlich. Die technische Ausstattung, die hunderttausend Ersatzteile, die da drinnen sind, interessieren mich wirklich nicht. Das Mengengerüst haben wir gekannt, und wir haben uns auf die kaufmännischen und finanziellen Bestimmungen sozusagen konzentriert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie ausschließen, dass Sie mit Ausnahme dieses Punktes 4, dieser Schmiergeldklausel, alle anderen Details kennen im kaufmännischen Bereich?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das kann ich nicht ausschließen. Bitte, da wäre ich überfordert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie kennen also nicht umfassend das Vertragswerk. Jetzt meine Frage: Wenn es gelungen wäre, Ihnen über entsprechende Vertragsjuristen professionelle Hilfe zur Verfügung zu stellen, hätten Sie dann das überprüfen lassen? Sie sind telefonisch informiert worden: Da kommt jetzt etwas dazu, das ist ein Wunsch, und den müssen wir für EADS erfüllen, und da gibt es einen Punkt 4, und Sie haben gesagt: Das verstehe ich. Hätten Sie im Falle einer professionellen Infrastruktur und einem Verhandlungsteam gesagt: Ja, schickt das, ich habe eh den Professor Dr. XY, und der wird sich das noch anschauen!?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Frage kann ich nicht beantworten. Für mich war das halt ein Sondierungsgespräch mit Wall, wo er grundsätzlich meine Meinung hören wollte, und wenn es so wichtig gewesen wäre, hätte ich ja vom Heer die Neufassung bekommen müssen, die dort allenfalls gewünscht wird. Und da wir – noch einmal – einen Stoß Papier bekommen haben zur letztlichen Zustimmung, wären vielleicht oder wahrscheinlich auch zehn Experten „drübergeflogen“, denn wir haben, wie gesagt, ja nicht nur den Akt studieren müssen, analysieren müssen, bewerten müssen, und Mögliches wird prompt erledigt, sondern auch konzipieren und schreiben lassen und durchtragen, und das alles in wenigen Stunden. So ist das!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt noch einmal: Sie haben gesagt, „wenn es so wichtig gewesen wäre“. Es ist ja, glaube ich, mittlerweile unbestritten, dass das ein sehr wichtiger Vertragsbestandteil ist. Ich glaube, darauf können wir uns ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das haben wir festgestellt. Für uns war er damals nicht so wichtig.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie, Herr Dr. Hillingrathner, können Sie das beurteilen auf Grund von einem Telefonat? Und Sie lassen sich nicht einmal die Texte faxen! Dass das nicht wichtig ist: Wie sind Sie zu dieser Einschätzung gekommen?
Dr. Herbert Hillingrathner: Ich muss davon ausgehen, dass das, was der Einkaufschef des Heeres, zu dem ich seit 30 Jahren an sich gute Beziehungen habe und der mich eigentlich auch nie gelinkt hat – das muss ich sagen –, mir erzählt, konsistent ist und Hand und Kopf und Fuß hat. Daher habe ich nicht davon ausgehen können, dass das vielleicht ein Leger sein wird.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Würden Sie jetzt sagen, dass das ein „Leger“ war, dass Sie da gelinkt worden sind?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann es nicht sagen, weil ich es meritorisch nicht geprüft habe. Vielleicht wäre auch das Finanzministerium zu dem Schluss gekommen, dass man diese Abänderung so vertreten kann. – Ich kann hier nur spekulieren, und das ist nicht meine Aufgabe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben vorhin gesagt, Sie haben in der Phase bis hinein in die Plattform auch mit den Gegengeschäften zu tun gehabt. Jetzt frage ich mich, wie Sie das alles haben bewältigen können? Welche Rolle haben Sie bei den Gegengeschäften in dieser Zeit gespielt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wir haben sie auswerten müssen, und das war wahnsinnig viel Arbeit. Ich habe an jeder Plattform-Sitzung teilnehmen müssen, weil die Sekretäre ... – Dr. Christl war auch drinnen; er war öfters verhindert, weil es ihn noch mehr zerrissen hat. Meine letzte Tat – das weiß ich noch – war, dass ich der Plattform eine Geschäftsordnung aufgedrückt habe, denn nicht einmal die wäre da gewesen. Wie man später zu einer Entscheidungsfindung kommt, dafür haben wir uns

noch eine Geschäftsordnung gegeben. Es wurden sehr viele Sachen diskutiert. Es war schwierig, ich habe ja auch noch andere Sachen gehabt, nicht nur das.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Sie haben auch in dieser Gegengeschäfts-Plattform eine tragende Rolle gespielt und haben dafür gesorgt, dass dort ... – Wann war das, als Sie dort durch eine Geschäftsordnung für formale Ordnung gesorgt haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war dann schon Oktober, November 2003; aber wir waren schon viel länger dabei.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, wie lange ungefähr hat diese Plattform ohne eine Geschäftsordnung funktioniert oder nicht funktioniert?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da war sie nur administriert. – Es ist darum gegangen: Wenn ich jetzt die einzelnen Offerte oder Gegengeschäfte bewerten muss – das sind relativ strenge Vorgaben –, dann kann ich diese oder jene Ansicht haben – und was lege ich als Empfehlung dem Minister vor? Ab diesem Zeitpunkt war sie notwendig.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte noch ein bisschen vorblenden, was die Gegengeschäfte zur Vertragswerdung betrifft. Waren Sie damit auch beschäftigt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Gegengeschäfte haben im Vertragswerk eigentlich mit meinem nichts zu tun gehabt. Ich habe hier schon einmal erklärt, ich glaube, bei meiner ersten Anhörung, dass bei der Draken-Beschaffung ein derartiges Tohuwabohu mit den Gegengeschäften, mit den Kompetenzen war – für mich ein Desaster –, dass ich später sowohl Vertreter des Verteidigungsministeriums als auch des Wirtschaftsministeriums zu mir gebeten habe, um ein geordnetes Ablaufszenario zu erarbeiten. Dabei ist auch vereinbart worden, dass die Gegengeschäfte ausschließlich in Kompetenz des Wirtschaftsministeriums erfolgen und in diesem Bereich führend angesiedelt sind und dass diese Vertragswerke völlig getrennt sind. – Das ist diesmal ordnungsgemäß so geschehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie mitgearbeitet bei den groben Strukturen? Man hat gesagt, die Gegengeschäfte müssen innerhalb von 15 Jahren erfüllt sein, müssen mit dem Grundgeschäft ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Natürlich war das Finanzministerium mit allen Bewertungskriterien und so weiter befasst. Wir konnten auch unsere Vorstellungen mit einbringen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Halten Sie die Erfüllungsfrist von 15 Jahren von der Dimension her für richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe ein Problem, ein persönliches: Erstens goutiere ich die Gegengeschäfte nicht so sehr, aus verschiedenen Gründen, und wenn man sich zweitens vorstellt – ich habe es nicht mehr genau im Kopf –, dass vom Jahr 1960 weg bis 1995 oder 1998 das gesamte Gegengeschäfts-Volumen bei allen Rüstungsgeschäften knapp über 20 Milliarden Schilling gelegen ist und ich jetzt in relativ kurzer Zeit, in zehn Jahren, womöglich 4 Milliarden € abwickeln muss, bei den strengen Vorgaben: Da ist die österreichische Industrie beziehungsweise Wirtschaft zum Teil überfordert. Daher halte ich einen längeren Zeitraum für durchaus sinnvoll, um da nicht etwas reinzuzwingen, das unter Umständen nicht sehr im Interesse oder im Sinne der Zielsetzungen ist. – Das ist ein ernsthafter Punkt, und aus diesem Grund habe ich keine Bedenken dagegen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Warum waren Sie grundsätzlich skeptisch, was Gegengeschäfte betrifft?

Dr. Herbert Hillingrathner: Gegengeschäfte sind in Wirklichkeit ein Subventionsfaktor und schlagen sich irgendwo im Preis nieder. Ich weiß nicht mehr genau, ich glaube, die Niederländer haben das einmal valediert und dann abgeschafft, weil zum Teil mit Gegengeschäft die Preise bis zu 60 Prozent höher waren als ohne Gegengeschäft. Wenn man sich das konsequent vorstellt: Wenn eine Firma, deren Hauptzweck es ist, ein Flugzeug zu produzieren, jedes Mal 200 Prozent oder noch mehr kompensieren muss, dann kann die Firma eigentlich nur eine Barter Trading-Firma mit dem Nebenzweck, ein Gerät herzustellen, sein.

Irgendwo ist das eine komische Situation, aber ich bin da nicht kompetent.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist es richtig, dass sich diese komische Situation dann in überhöhten Preisen niederschlägt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das sehen Sie nicht! Diese ganzen Gegengeschäfte kosten die Firma ein Schweinegeld. Es fahren hoch qualifizierte Teams von allen Firmen durch ganz Österreich, immer wieder zu denselben Firmen; das geht schon seit 20 Jahren so, weil es eben kaum andere gibt, die das Anforderungsprofil haben. Es ist auch schön, dass man KMU-Betriebe und so weiter fördern will, aber wenn dann jemand vorstellig wird und auch zum Zug kommen möchte, aber nicht einmal Englisch kann – in einer Firma mit fünf Leuten, was soll ich da machen? Das kostet wahnsinnig viel Zeit und auch Geld; sie sind monatelang unterwegs, und auch die Abwicklung kostet etwas. Verschenken kann die Firma nichts!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie erblicken in den Gegengeschäften offensichtlich in erster Linie ein großes Problem für die Firma EADS.

Dr. Herbert Hillingrathner: Die kann das machen, sie ist groß genug, aber allein die Markterforschung. – Stellen Sie sich vor, Sie kommen auf einen fremden Markt, den Sie nicht kennen, und sollen jetzt 4 Milliarden Gegengeschäfte auf sieben Wirtschaftsfeldern, automotiver Bereich oder Wissenschaft und Forschung oder sonst etwas oder KMU, möglichst lohnintensiv und möglichst forschungsintensiv machen! Ich kann mich noch erinnern: Nach einer Sitzung hat der berühmte Herr Dr. Kramer den Hut drauf'haut und ist gegangen. Er hat gesagt, er kann das nicht mehr verantworten und nicht qualifizieren. – Das müssen jetzt alles die Beamten im Wirtschaftsministerium machen oder wie auch immer, diese Plattform. Es ist nicht so einfach. Wir haben sehr hehre hohe Vorgaben, und es bemüht sich jeder redlich, das möglichst im Sinn der Sache durchzuführen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wer hat gesagt: Da hauen wir den Hut d'rauf, das können wir nicht mehr verantworten!?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe jetzt wieder einmal meinen Spruch gesagt. – Herr Dr. Kramer ist damals gegangen und hat gesagt, er kann da nicht mit, weil er kann das nicht alles so beurteilen; er ist meiner Erinnerung nach wieder einmal gekommen, bei der dritten, vierten oder einer weiteren Sitzung. Weil es eben sehr schwierig ist!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ihnen wäre es irgendwie lieber gewesen, wenn man ein bisschen fairer gewesen wäre und EADS keine so hohen Verpflichtungen zugemutet hätte?

Dr. Herbert Hillingrathner: Meine Ansicht wäre gewesen, generell mit 100 Prozent zu begrenzen. Aber ich spreche jetzt gegen die Wirtschaftsinteressen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Danke, das war ungemein aufschlussreich.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist meine persönliche Meinung.

Obmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Maria Theresia Fekter: Aber die Gegengeschäfte sind ein eigenes Kapitel und gehören momentan noch nicht zum Beweisthema.

Nächster Fragesteller? – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, ich komme zurück auf diesen Aktenvermerk für Herrn Staatssekretär Dr. Finz. Bezogen auf diesen Aktenvermerk meine Frage: Sind alle Infos dem Rechnungshof vorgelegt worden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Herr Abgeordneter Stadler, wir haben alles, was nur irgendwie möglich war, dem Rechnungshof vorgelegt, dass wir a) nicht vielleicht den schlechten Ruf haben, wir hätten etwas verschwiegen – wir haben nichts zu verschweigen gehabt –, und dass dann b) der Rechnungshof nicht gelackmeiert vor dem parlamentarischen Rechnungshofausschuss steht und mit Papieren von unserem Bereich konfrontiert wird, die er nicht hat. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen dem Rechnungshof alles zugänglich gemacht; der Prüfer ist wochenlang bei uns in einem Arbeitszimmer gesessen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bleiben wir bei diesem Problem, dass sich Eurofighter mit allen Vertragswünschen durchgesetzt hat.

Ich habe hier eine Übersicht von drei Positionen, die in der Angebotseinholung von der Republik Österreich verlangt wurden, und Eurofighter hat jedes Mal mit dem Hinweis darauf, dass das alles nicht – wie verlangt im Schriftverkehr und in der Angebotseinholung und im Angebot – Teil des Vertrages sein soll, sondern das ein eigenes Vertragskonvolut endverhandelt werden muss, abgetan. Haben Sie noch eine Vorstellung, wie viele Forderungen von Eurofighter auf diese Weise behandelt wurden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da habe ich überhaupt keine Vorstellung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Warum hat die Republik Österreich, vertreten durch Sie, das eigentlich akzeptiert, dass man von diesem ursprünglich durchaus sinnvollen Wunsch in der Ausschreibung der Angebotseinholung, dass ab Angebot diese Unterlagen integrierende Bestandteile des Vertrages sein und zur subsidiären Interpretation des Vertrages herangezogen werden sollen, eigentlich so leichtfertig abgegangen ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Erstens wurde der Vertrag nach der Ausschreibung führend vom Bundesministerium für Landesverteidigung verhandelt. Wir waren sporadisch bei Besprechungen dabei, und wir haben uns wirklich nur auf die Finanzierung und darauf, möglichst günstige Finanzierungsmöglichkeiten zu erforschen, konzentriert. Aber ob das jetzt als Anlage dabei ist oder nicht, weiß ich nicht. Die wesentlichen Bestimmungen sind meines Wissens im Vertrag. Ich kann dazu sonst keine Auskunft geben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es war ja gefordert, die Vertragsdokumente sind: die Angebotseinholung, das Angebot des Bieters, der gesamte Schriftverkehr, dass das alles integrierender Bestandteil des Vertrages sein soll und dass das alles zur Interpretation des Vertrages herangezogen werden soll. Und das wurde dann vom Tisch gewischt. – Hat man Sie da gefragt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Aber bitte *nicht* vom Finanzministerium. Darum habe ich mich gar nicht gekümmert; ich wäre auch nicht in der Lage gewesen, solche Berge an Papier durchzusehen. Das Heer hat einen Mitarbeiterstab dafür, und ich nicht. Es war auch nicht meine Aufgabe. Da muss ich passen, ich kann dazu keine Namen nennen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber hat man das Finanzministerium gefragt, warum man von diesem Punkt abgegangen ist? Diese Angebotseinholung ist ja vom Finanzministerium approbiert gewesen. Und ich stelle fest, dass in einer ganzen

Reihe von Punkten, ohne dass man das akkordiert hat, abgegangen wurde, und zwar immer zu Lasten der Republik Österreich.

Dr. Herbert Hillingrathner: Noch einmal: Die Angebotsunterlagen habe ich nie gehabt. Das sind Stöße von Papier, und es war Aufgabe des Heeres, das zu bereinigen, was in der Ausschreibung war und was nicht. Da sind ja sicher mehrere Punkte, wo man abgewichen ist, bei allen Firmen. Ich habe die Ausschreibung wirklich nicht mit den Packeln, die da waren, verglichen. Das wäre nicht meine Funktion gewesen und schon rein physisch gar nicht machbar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, man hat auch dieses Abgehen vom Modus mit Ihnen nicht besprochen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das war für mich kein Thema.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ein anderes Thema: Ich halte Ihnen hier eine Kostenübersicht vor, die von Herrn Bundesminister Platter an Sie und an Dr. Traumüller gefaxt wurde. Wenn Sie sich das bitte einmal anschauen. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war die Wiedergabe eines Verhandlungsstandes Traumüller/EADS; nur ein Zwischenschritt, das hat sich täglich geändert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich einmal fragen, warum man Ihnen das gefaxt hat? Was war der Grund, warum Ihnen das vom Herrn Bundesminister gefaxt wurde?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das Heer musste ja beginnen mit dieser wahnsinnigen bürokratischen Arbeit, die hinter jeder Änderung steckt, dass es das laufend integrieren kann und auch informiert ist, wie hier die Strukturen laufen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da geht es nicht um irgendwelche Vertragsentwicklungen, sondern da geht es um die Gegenüberstellung der Finanzierungsvariante, nämlich 18 Halbjahresraten gegenüber der Bar-Variante. Und das war alles bereits am 16. Mai 2003, das heißt wenige Wochen vor Unterfertigung des Vertrages, zwei Tage nachdem der Vertragsentwurf versiegelt im Panzerschrank des Finanzministeriums aufbewahrt wurde. Das haben wir anhand des Tagebuchs von Herrn Dr. Tomasch rekonstruiert.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, das waren die Ziffern, die im gesiegelten Vertrag dringestanden sind. *(Abg. Mag. Stadler: So ist es!)* Er hat uns das halt geschickt, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Für mich bemerkenswert ist Folgendes: Bei der Finanzierungsvariante V 1 plus V 2 sind die Kosten 1 969 400 000, bei der Bar-Variante 1 667 100 000. Bei der Finanzierungsvariante ist die Kompensation bei 203 Prozent, bei der Bar-Variante 240 Prozent. Wenn ich da draufschau, müsste ich doch sagen: Wunderbar! Wieso prüft man nicht, ob man eine Bar-Variante zustande bringt? Zumal – und jetzt kommt die Pointe – der Herr Vertreter der Bundesfinanzierungsagentur gesagt hat: Das hätten wir auch überlegen können, vielleicht wäre es sogar günstiger gewesen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe schon erklärt: Wir haben wirklich geprüft – endlos – die Barzahlung, wir haben geprüft, eine Anleihe aufzunehmen, wir haben sogar eine Zwischenfirmenkonstruktion geprüft, wir haben Cross-Border Financing und so weiter geprüft, es waren auch andere Ideen da, nur: Alles war unverträglich mit der absoluten politischen Forderung, keine Finanzschuld zu begründen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt – darf ich das unterm Strich festhalten –: Auf Grund dieser politischen Vorgabe, keine Finanzschuld zu begründen, haben wir 300 Millionen € mehr ausgeben müssen – das geht aus diesen zwei Zahlen hervor, die Differenz beträgt dann fast exakt 300 Millionen €–, und wir haben sogar noch auf eine höhere Kompensationsvariante verzichtet?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das kann so nicht stimmen. (*Abg. Mag. Stadler: Steht hier!*) Ich muss das Endprodukt anschauen. Meiner Erinnerung nach haben wir die Zinsenbelastung nahezu halbiert. Das waren früher, glaube ich, 419 Millionen, und dann sind wir runtergegangen auf 230, glaube ich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich rede jetzt nur von diesen zwei Zahlen, die da sind.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war wieder ein Zwischenstand.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das war der Stand nach Versiegelung.

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Siegelung war ja nichts anderes, als dass einmal der Verhandlungsstand zu diesem Zeitpunkt fixiert wurde. Aber nachher hat sich das geändert. Wir haben inzwischen einen anderen Preis, wie Sie feststellen können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die Differenz jedenfalls über 200 Millionen € beträgt. Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, dass es klar war; steht ja da geschrieben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also: Eine Differenz von mehr als 200 Millionen € an Mehrkosten und ein Verzicht auf etwa 37 Prozent Kompensationsvolumen nur wegen der politischen Vorgabe, keine Finanzschuld zu begründen. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wenn wir das, wie gewünscht, wieder über die Staatsschuldenaufnahme finanziert hätten, hätten wir zwar etwas weniger Zinsen bezahlt, wie Sie wissen, aber wir hätten auch finanzieren müssen über die Bundesschuld, daher kann ich da keine Bruttorechnung machen, sondern muss ich eine Netto-Vergleichsrechnung machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Irgendjemand hat ja diese Bar-Variante errechnet.

Dr. Herbert Hillingrathner: Wenn Sie alle unsere Unterlagen anschauen, war die Bar-Variante immer mit dabei, dass wir die Ausgangskalkulationsbasis haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist völlig klar. Aber wenn ich diese zwei Zahlen sehe, die Differenz errechne, dann großzügigerweise noch die Zinseinsparung, die man dann später herunterverhandelt hat – wobei das ein zweifelhafter Verhandlungserfolg ist; ich sage es noch einmal: Wenn man bei irgendeiner Wildwest-Bank nachgefragt hätte, hätte man noch ein höheres Zinsangebot bekommen, nur zu Vergleichszwecken, dann würde die Einsparung noch großartiger ausschauen!, also das sind für mich Luftschlösser-Vergleiche – ...

Wenn man also diese zwei Zahlen miteinander vergleicht und Ihre Aussage, dass die politische Vorgabe gelautet hat, es darf keine Finanzschuld begründet werden, dann heißt das unterm Strich, dass wir jedenfalls einen Mehraufwand von mehr als 200 Millionen € plus ein Minderkompensationsvolumen von etwa 37 Prozent in Kauf nehmen mussten wegen der politischen Vorgabe, keine Finanzschuld zu begründen. – Von wem kam diese politische Vorgabe?

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, nur ein kleiner Einwand: Das wird ein wunderschönes Protokoll, in dem wir lauter Feststellungen von Kollegem Stadler, aber keine Bestätigungen durch Herrn Hillingrathner haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er hat es ausgesagt!

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe das sehr genau verfolgt: Es ist auch jetzt kein Ja gekommen und nichts. Eine Bestätigung irgendeiner Art oder auch das Nennen einer eigenen Zahl wären für das spätere Protokoll hilfreich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Vorsitzender, da muss ich dich korrigieren: Er hat zu Beginn gesagt, es war die politische Vorgabe, keine Finanzschuld zu begründen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber er hat keine Zahl bestätigt!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe ihm die Zahlen vorgehalten – ob es dir gefällt oder nicht –, und er hat diese Zahlen bestätigt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat er nicht! Ich habe jetzt auch den Verfahrensanwalt gehört: Er hat nicht!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Fragen wir nach!

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein! – Mir geht es um einen ganz wichtigen Punkt, und ich bitte, das zu berücksichtigen. Mir ist bei vielen Fragestellungen aufgefallen, dass in den Fragestellungen meiner Meinung nach Zutreffendes behauptet wird, die Auskunftsperson ausweichend antwortet und sich der Fragesteller dann damit zufrieden gibt, in der Meinung, es sei ohnehin nicht wirklich widersprochen worden. Es hat keine Bestätigung gegeben! Das ist bis jetzt als Ergebnis möglicherweise wertlos.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich wollte dazu sagen, dieses gesamte Zahlenwerk ist in dem Zustand irrelevant. Ich kann nur sagen, durch unsere Verhandlungen ist die Finanzierung gegenüber der Ausgangsbasis des Verteidigungsministeriums im September 2002 um 127 Millionen € billiger geworden, und das ist immerhin ein schöner Erfolg.

Obmann Dr. Peter Pilz: So, die 10 Minuten des Abgeordneten Stadler sind schon lange vorbei – ich werde bei diesem Punkt fortsetzen.

Wenn wir, Herr Hillingrathner, diesen Finz-Brief vom 30. März 2004 – wir haben schon ausführlich über Punkt 3 gesprochen – hernehmen: Punkt 4 heißt: zusätzliche Zinsenbelastungen durch Nachverlegung von Liefer- und Zahlungensterminen. – Sie halten hier mit Frau Dr. Schwarzendorfer fest:

Den zusätzlichen Zinsbelastungen sind die fiktiven Zinsbelastungen des Bundes aus der Bereitstellung der Finanzmittel zu einem früheren Zeitpunkt gegenzurechnen, sodass die relativ geringe Netto-Belastung wegen der politischen Vorteile, Einhaltung der Regierungserklärung, in Kauf genommen werden konnte.

Die politischen Vorteile, also Einhaltung der Regierungserklärung ist gleich Verschieben der Finanzschuld auf die Zeit nach der nächsten Nationalratswahl, haben wir bereits ausführlich nicht nur mit Ihnen besprochen. Da gibt es auch keine Differenz, das war ein politischer Auftrag des Finanzministers. Das steht außer Streit.

Wie hoch waren diese zusätzlichen Zinsbelastungen? Versuchen wir, das jetzt festzustellen!

Dr. Herbert Hillingrathner: Es waren, glaube ich, 5,5 Millionen €, aber ich kann es nicht ... – Ich finde es jetzt (*in Schriftstücken blätternd*) nicht in den Unterlagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gehen wir es einmal Punkt für Punkt durch! Wir haben ein Zahlungsvolumen von etwa 1,9 Milliarden € – Ist das richtig? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Der Vorfinanzierungszeitraum wird durch eine politische Entscheidung um zwei Jahre verlängert. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das ist ein Faktum.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir haben 1,9 Milliarden €, zwei Jahre zusätzliche Vorfinanzierungszeit, und wir haben noch einen Zinssatz. Ich glaube, der beste, der erreicht worden ist, waren diese 4,888 Prozent. Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, aber der hat mit dem nichts zu tun.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sondern? Welcher Zinssatz ist da anzusetzen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich nicht. Der Lombardzinssatz plus – ich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Damit das ungefähr abschätzbar ist: In welcher Höhe bewegt sich der Zinssatz, mit dem wir hier zu kalkulieren haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es wird um 5 Prozent plus/minus gewesen sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Davon bin ich auch ausgegangen, dass es in der Größenordnung von 5 Prozent sein muss. Das heißt ohnehin in der Größenordnung, in der Sie sich bei diesem Zinssatz, der vertragsrelevant war, auch verhandlungsgemäß bewegt haben.

Wenn wir jetzt auf zwei Jahre mit etwa 5 Prozent eine Vorfinanzierung verzinsen, für eine Vertragssumme von 1,9 Milliarden, dann kommen wir auf etwas mehr als 190 Millionen €. Wir nähern uns also diesen 200 Millionen. (*Dr. Hillingrathner: Da stimmt etwas nicht, Herr Vorsitzender!*) – Dann korrigieren Sie mich, bitte.

Dr. Herbert Hillingrathner: Eurofighter hat ja später produziert, wir haben diese 31 oder 30 Monate Vorlaufzeit. Und da beginnt immer erst, zurückgerechnet, egal in welchem Jahr, eine Zahlungsleistung der Republik Österreich. Es ist nicht so, dass man, wenn man jetzt zwei Jahre verschiebt, zwei Jahre fiktiv Zinsen zahlt – für nichts. Also die Rechnung stimmt nicht, die Firma erbringt ja keine Leistung. Außerdem ist es üblich, überhaupt im Luftgeschäft, dass man etwa 30 Prozent Anzahlung macht – das ist bekannt –, und das ist das, was hier releviert wurde als Anteil der Produktionsfinanzierung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir müssen da ja irgendeine Antwort finden. Da gibt es einen politischen Vorteil, Einhaltung der Regierungserklärung, also dieses Verschieben der Finanzschuld ins Jahr 2007, und es gibt zusätzliche Kosten für die Republik Österreich. – Ich möchte nur wissen, wie hoch diese Kosten sind.

Dr. Herbert Hillingrathner: Die waren nicht so hoch. Ich habe irgendwie 5 bis 5,5 Millionen € in Erinnerung, aber ich finde es jetzt nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also Ihrer Erinnerung nach auf jeden Fall 5,5 Millionen €?

Dr. Herbert Hillingrathner: Etwa in der Größenordnung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Der Finanzminister hat gesagt, das ist es ihm wert, damit er in Bezug auf Nulldefizit besser dasteht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das ist alles politisch abgesegnet worden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer hat Ihnen mitgeteilt, dass Sie diese Mehrkosten aus politischen Gründen in Kauf zu nehmen haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das kann ich nicht so formulieren. Die Anordnung war, das war eine klare Weisung: Liefertermin ist Mai 2007.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und von wem ist diese Weisung gekommen? (*Dr. Hillingrathner: Minister Grasser!*) – Minister Grasser hat eine Weisung erteilt: Liefertermin erst Mai 2007. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist dokumentiert, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es geht darum, wie das jetzt konkret umgesetzt wird. Ich bin noch nicht dabei, ob das verwerflich ist oder nicht, ich möchte nur die Umsetzung wissen. – Okay, das haben wir jetzt.

Jetzt kommen wir zu Punkt 5. Da vermuten Sie, der Rechnungshof wird kritisieren, keine Unterlagen zu telefonischen Anfragen der Finanzierungsagentur an Banken, und, und, und dann kommt die Position, die Sie einnehmen und auch schriftlich festhalten: Zur Vermeidung auch nur des Anscheins der Begründung von Finanzschulden war es richtig, dass die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur in der Funktion, gute Dienste für EADS zu leisten, unbürokratisch und ohne kompromittierenden Schriftverkehr Informationen eingeholt hat.

Was wäre ein „kompromittierender Schriftverkehr“ gewesen? Wodurch hätte sich die Finanzierungsagentur durch einen Schriftverkehr kompromittieren können?

Dr. Herbert Hillingrathner: Schlicht und ergreifend, wenn ÖBFA mit der Bank, mit EADS eine tolle Korrespondenz sozusagen über das ganze Vergabeverfahren führt, welche Bank ausgesucht worden wäre, dann hätte ich auf politischer Ebene den Aufschrei nicht gesehen, das ist eine Staatsfinanzierung und nicht für Eurofighter; da gibt es dann einen kompromittierenden Schriftverkehr. – Das war es aber nicht, und das war auch nie so angedacht. Es ist vollkommen richtig, dass das so gemacht wurde.

Jeder Schriftverkehr ist eine Bestätigung, dass ich eigentlich mit der Bank den Vertrag gemacht habe. – Das ist es nicht. Das muss juristisch absolut sauber getrennt sein, und ich hoffe, das ist uns gelungen. Ich kann es nur so sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich verstehe den Punkt nicht ganz. Das heißt, um ein korrektes Geschäft als korrekt darstellen zu können, musste man alle Spuren verwischen? Das ist mir vollkommen neu. Normalerweise, wenn man sagt, ein Geschäft ist korrekt, ist es besonders gut, wenn man das auch durch Schriftverkehr dokumentieren kann. Warum mussten da alle Spuren verwischt werden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es ist ja nichts verwischt worden, sondern: von Anbeginn gar keine Spuren sehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Noch einmal, dieser Satz war mir wichtig. Ist es richtig: Man durfte von Anbeginn keine Spuren sehen!?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war keine Weisung, kein Befehl, aber das war ein **Gebot der Vernunft**, um nachher allfälligen (*Abg. Dr. Fekter: Spekulationen!*), ja, Spekulationen oder Kritiken zu entgehen (*Obmann Dr. Pilz: Frau „Anwältin Fekter“ wird Ihnen später eine Honorarnote legen, Sie wissen das, wenn Sie ihre Dienste in Anspruch nehmen!*) und eben den Auftrag, wirklich keine Finanzschuld zu begründen, sauber abzuwickeln.

Ich möchte noch betonen, Dr. Kocher ist ja ein Spitzenmann auf seinem Gebiet und hat nicht anders gehandelt, als er handeln würde, wenn er eine Bundesschuld aufnimmt; also sein tägliches Leben. Jetzt auf einmal andere Qualitätskriterien heranzuziehen halte ich für nicht gerechtfertigt und auch nicht notwendig. Er war nichts anderes für

das Finanzministerium als eine Beratungsfunktion und hat gesagt: Hier könnten wir einen günstigen Kredit haben. Alles andere, formal, hat dann genau genommen das Finanzministerium weitergemacht. So ist es.

Obmann Dr. Peter Pilz: Welchen Eindruck wollten Sie vermeiden? – Nur damit wir das ganz genau bei Protokoll haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Dass irgendjemand einen Konnex herstellt: Wir haben mit der Bank so intensive Verhandlungen geführt, dass aus diesem Titel eigentlich ein Finanzschuldverhältnis, also ein Kontraktverhältnis zur Bank entsteht, und dass dann der Vorwurf an den Finanzminister kommt, er habe eine Finanzschuld begründet, die nicht gemeldet wurde, nämlich dem Parlament, beziehungsweise in das Hauptbuch der Staatsschulden nicht eingetragen worden ist; eine Finanzschuld, die gemäß § 65 BHG oder so begründet wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ganz genau. – Das heißt, hätte es einen Schriftverkehr gegeben, dann hätten Sie befürchten müssen, dass das als eine Umgehung des Verursachens einer Finanzschuld gewertet wird. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, ich möchte das nicht so darstellen, sondern es hätte auch sein können, dass das nicht schädlich gewesen wäre im Sinne der Zielsetzung, aber bei diesem Klima des ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, welches Klima war denn da?

Dr. Herbert Hillingrathner: Bei diesem Umfeld-Klima wird ja alles, was man setzt, sofort gegen einen gerichtet aufgenommen. Und das musste man ja nicht unbedingt bieten, nicht?

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist möglicherweise im Finanzministerium so, aber in der Innenpolitik ist das, also im Parlament ist das mit Sicherheit nicht so.

Dr. Herbert Hillingrathner: Na ja, gut, okay.

Obmann Dr. Peter Pilz: Noch einmal: Sie haben kompromittierenden Schriftverkehr vermieden. – Das haben Sie jetzt erklärt. Der Rest ist wieder Bewertung; damit werden wir uns jetzt nicht aufhalten.

Aber was heißt der Halbsatz: dass die österreichische Bundesfinanzierungsagentur in der Funktion gute Dienste für EADS leistet?

Warum war die Bundesfinanzierungsagentur ein Dienstleister für EADS? – Ich habe geglaubt, sie hat gute Dienste für die Republik geleistet!

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, da sind wir jetzt wieder: Jetzt wird jeder Satz hier Jahre später exakt ausgelegt. Wir wollten zum Ausdruck bringen, dass es ja auch im Interesse der Firma war, eine Finanzierung zu finden, mit der sich die österreichische Republik einverstanden erklären kann. Und ohne Firma kann ich das auch nicht machen. Wir machen ja keinen Okroi, sondern es müssen alle Beteiligten einverstanden sein.

Daher wurde das ja auch abgestimmt, weil es hätten ja auch Sachen sein können, die die Firma aus Unternehmensgründen einfach nicht machen kann. So, wie wir keine Finanzschuld wollen, haben die vielleicht auch interne Vorschriften. Und insofern hat sich das da auch positiv mit eingefangen. Es hat ja auch Gespräche gegeben mit EADS.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir hatten das heute schon ein paar Mal, dass man der Meinung war, etwas für Eurofighter, für EADS tun zu müssen. Darauf werden wir

später noch zurückkommen. Lassen wir das einmal so stehen, meine 10 Minuten sind vorbei.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, es ist ja dann noch eine Reihe weiterer Verträge zwischen EADS und der Republik Österreich, zwischen dem Landesverteidigungsministerium und dem Lieferanten, notwendig geworden. Diese Verträge sind natürlich auch immer in das Finanzministerium eingebunden; das ist, glaube ich, logisch.

Ist Ihnen irgendwann bekanntgeworden, dass es bei diesen Verträgen, die sich um Administration, Ausbildung, IT-Systeme und so weiter, handeln, auch Zwischenvermittler gibt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Davon weiß ich nichts. Es war klar, dass nachher ein Teil des Pakets aus zweckmäßigen Gründen erst gesondert effektiert wird. Das Finanzministerium wird ja meines Wissens – ich bin ja nicht mehr dort – befasst mit jenen Geschäftsstücken, die der finanzielle Wirkungsbereich erfordert, dass sie dem Finanzministerium vorzulegen sind. Und ob da jetzt Zwischenfirmen sind, Provisionen, das weiß ich nicht – der Preis ist in der Regel ja fixiert.

Ich weiß ja nicht, welche Sachen Sie interessieren. Also die, die im EADS-Paket waren – Pilotenausbildung und so weiter –, da sind ja die Preise an sich fixiert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber Sie beschäftigen sich ja oder haben sich jahrzehntelang mit derartigen Verträgen aus Sicht des Finanzministeriums beschäftigt. Ich glaube, da ist doch allen Beteiligten klar, dass eben bei der Vermittlung von solchen Geschäften immer Zwischenvermittler tätig sind.

Dr. Herbert Hillingrathner: Immer nicht, aber sehr häufig. – Ich habe auch oft festgestellt, dass ein Kaufmann auch eine Funktion hat und wir Sachen billiger bekommen haben, als wir sie ohne bekommen hätten, weil er halt jemanden Besseren gewusst hat.

Noch einmal: Ob sich eine Firma jetzt eines Zwischenvermittlers bedient, der das Lokalkolorit kennt oder nicht, das ist Sache des Auftraggebers; ist natürlich zum Teil üblich, weil wenn ich mir vorstellen müsste, ich müsste jetzt im Ostblock ein Geschäft aufziehen, da komme ich auch nicht weiter, wenn ich nicht einen profunden Kenner der internen Szene des Landes hätte. Und daher halte ich das für legitim.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Klar ist, dass das in den allermeisten Fällen üblich ist, und das schlägt sich natürlich auch im Preis nieder, weil diese Vermittlungstätigkeit auf jeden Fall auch bezahlt werden muss.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, verschenken kann niemand etwas.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn dann sozusagen aus Sicht des Finanzministeriums solche Verträge geprüft werden, wie stellt man sich das dann vor?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da erscheint, bitte, keine ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Erkundigt man sich dann näher: Gibt es da irgendwelche zusätzlichen Kosten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Bitte, das ist überhaupt kein Thema, denn die meisten – überhaupt die größeren – Beschaffungen werden ja im Wettbewerb gemacht, und alle Firmen haben diese Kosten in der Regel. Und wenn sie einer nicht hat, dann wird er vielleicht Bestbieter sein, wenn das Produkt stimmt und er ist billiger.

Also, das ist eine Beschaffung im Wettbewerb, und da habe ich einen Preis, und der ist zu akzeptieren. Und was alles hineinkalkuliert ist oder nicht, interessiert mich als

Finanzministerium nicht mehr. Ich kann nicht der Firma schreiben: Du darfst das und das nicht machen!, weil da würden wir gegen jede freie Wirtschaft verstoßen. Da wäre Feuer am Dach.

Noch einmal: Ich habe einen Preis auf Grund eines Wettbewerbs, und den habe ich zur Kenntnis zu nehmen, weil sonst brauche ich kein Ausschreibungsverfahren, gar nichts machen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich verstehe ja, das Sie mit den Zwischenvermittlern nicht in Kontakt kommen, aber klar ist, dass die Zwischenvermittler natürlich – das sagt ja schon die Logik des Begriffs – eben vermitteln zwischen ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ich komme schon in Kontakt: Alle Fliegerfirmen sind zehn Minuten lang bei mir im Büro gewesen – mit dem österreichischen Vertreter – und haben die Herren vorgeführt, die aus Amerika oder aus England oder sonst wo kommen, und haben sich eben vorgestellt und vielleicht gefragt, wie eine Finanzierung aussieht, und dann sind sie wieder gegangen – aus.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Herr Steininger, Herr – was weiß ich – Wiederwohl, Herr Mensdorff-Pouilly, die sind auch immer wieder gekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Pouilly war überhaupt nie bei mir, Wiederwohl – ich weiß nicht, ob er einmal bei mir war –, Steininger ist einmal mit Herrn Aldag mitmarschiert; das waren drei oder fünf Minuten, wo die Leute vorgestellt worden sind – und, ja ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber in erster Linie haben die Zwischenhändler natürlich mit den Verhandlern vom Verteidigungsministerium zu tun gehabt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Na sicher! Fast ausschließlich. Weil es war mit den Vertretern überhaupt nie ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, verstehe schon. – Danke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, noch eine andere Frage. Es gab eine Einladung zu einer **Teamfeier**. Am 10. Oktober ging diese Einladung im Verteidigungsministerium ein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte das Jahr dazuzusagen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Pardon: 2002. – Die Einladung war terminisiert für 16. Oktober 2002 im Chorherrenstift Klosterneuburg, Römerkeller. Waren Sie bei dieser **Teamfeier** auch eingeladen? – Eine andere Auskunftsperson hat sie „Trauerfeier“ genannt. – Waren Sie dort dabei?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ehrlich gesagt, ich kann mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): 16. Oktober 2002, das war diese Zeit, als der erste Vertragsentwurf fertig gestellt wurde, der übrigens gar nicht so schlecht war.

Dr. Herbert Hillingrathner: 6. Oktober 2002?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): 16. Oktober 2002 im Chorherrenstift Klosterneuburg.

Dr. Herbert Hillingrathner: 2002 soll das gewesen sein?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war nach der Nationalratswahl oder nach dem Platzen der Regierung – so war es.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ehrlich gesagt, ich kann mich nicht erinnern, dass ich da dabei war. Ich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich würde gerne noch an einem Punkt weiterfragen. Wir haben jetzt über die Bundesfinanzierungsagentur, über die guten Dienste gesprochen. Da ging es doch darum, eine Bank zu finden. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, einen Financier – einen Financier, sagen wir so.

Obmann Dr. Peter Pilz: Na ja, was hätte es denn außer der Bank noch an Financiers gegeben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, es hat ja manches Mal Situationen gegeben: Lieferfirma: 2 Prozent, unser Zinsniveau war 7 Prozent.

Obmann Dr. Peter Pilz: In diesem Fall war es eine Bank. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Wie ist man auf die BAWAG gekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da möchte ich schon sagen, das ist alles dokumentiert und so weiter und vom Rechnungshof geprüft worden. Das hat die **ÖBFA** gemacht, und ich kann nur mehr sagen: Die ÖBFA-Leute haben die perfekte Marktkennntnis und haben auch gewusst: Wen kann ich hier einladen – das ist das Schwierigste –, der die Leistung a) zufrieden stellend erbringen kann und b) dass es möglichst im Wettbewerb neutral ist, aber alles in sehr kurzer Zeit abzuwickeln vermag. Und da ist man eben auf zwei ausländische und zwei österreichische Banken gegangen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Mir fällt da nur ein Satz auf, den Frau Dr. Schwarzendorfer gemeinsam mit Ihnen formuliert hat und der genauso für die Karibik-Geschäfte gelten könnte:

Ein Kriterium war – und ich zitiere sie da – zugunsten der BAWAG, dass das Institut andererseits unkompliziert im Vertragsabschluss sei: Genehmigung der Kreditvergabe durch Vorstand, Aufsichtsrat und von der Finanzmarktaufsicht.

Können Sie mir erklären, warum die BAWAG als besonders **unkompliziert** im Vertragsabschluss gegolten hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist natürlich eine interne Information an den Herrn Staatssekretär. Das ist schlicht und ergreifend so – ich habe das, glaube ich, schon einmal hier erklärt –: Die Amerikaner, wie die **Citibank**, um die es ja gegangen, da hat man gesagt, das sind Formalisten bis geht nicht. Und wir haben uns überzeugen lassen, dass man unter drei Monaten nicht zu einem klaren Ergebnis gekommen wäre. Da hätte ich Anwälte in London gebraucht, die wochenlang dort sitzen, agieren, das hätte ein Schweinegeld gekostet und was rausgekommen wäre, ist noch immer unsicher gewesen.

Wie gesagt, das wäre weit in die Zeit gefallen, wo der Vertrag schon unterschrieben hätte sein sollen. Das ist so, so muss man es zur Kenntnis nehmen. Daher war das, abgesehen davon, dass ich da diese niedere Verzinsung gesichert gehabt habe, eine nahezu kostenlose Akquisition.

So: Dass drei- oder viermal Vertreter der BAWAG bei uns waren und wir sind fertig, wäre mit London niemals machbar gewesen. Da wären dann wirklich auf beiden Seiten Anwälte aufmarschiert, wie das dort so üblich ist. Das war das, was das zum Ausdruck bringen sollte und sonst gar nichts.

Obmann Dr. Peter Pilz: Trotzdem: Warum sind Sie zu dem Eindruck gekommen, dass bei der BAWAG die Genehmigung der Kreditvergabe durch Vorstand, Aufsichtsrat, Finanzmarktaufsicht besonders **unkompliziert** sei?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das hat jetzt mit dem nichts zu tun, dass die schlecht beaufsichtigt, dass da Linke dabei sind, sondern das sind Österreicher, wir kennen die österreichischen Strukturen, wir sind in laufenden Geschäftsbeziehungen. Daher haben wir angenommen, dass es hier auch ein Wohlwollen gegenüber der Republik gibt und nicht von der Bank womöglich überzogene Forderungen gestellt werden – ich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt habe ich noch ein paar ergänzende, ganz kurze Fragen. Können Sie uns sagen, warum aus diesen ganzen Verhandlungen Ihr Vorgesetzter, Sektionschef Steger, ausgeschlossen worden ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube, das hat einen einfachen Grund. Erstens hat der Minister Traumüller, führend, und mich – ich war zum Schluss halt immer allein, weil die anderen keine Zeit gehabt haben für die Vertragsverhandlungen ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigen Sie, was heißt: „Sie waren allein, weil die anderen keine Zeit gehabt haben“?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es ist so, Kabinettsmitglieder – ist bekannt –, die zerreißen es Tag und Nacht und können oft nicht zu Verhandlungsterminen erscheinen, und dann ist es schon der zuständige Abteilungsleiter, an dem das hängenbleibt. Das ist so. Ich habe viele Gespräche allein als Hillingrathner geführt, ohne Traumüller, weil der physisch nicht konnte. Der hat ja auch die BUWOG am G'nack gehabt und andere Sachen auch, nebst Personalabteilung leiten – normalerweise auch schon ein tagesfüllender Job.

Und – jetzt ist mir der Faden gerissen – ja, zu Steger: Erstens hat ein Budgetsektionschef auch sehr wenig Zeit, zweitens habe ich ihm alle relevanten Sachen und Vorgänge wirklich mit Fax oder mit E-Mail oder aktenmäßig gegeben. Wir haben natürlich auch gesprochen, weil es immer haushaltsrechtliche und so weiter Fragen gegeben hat, wo er dann mit eingebunden war. Nur, ich weiß nicht, ob Dr. Steger eine Freude gehabt hätte, wenn er die Verhandlungen geführt hätte, weil er hat für so etwas eigentlich auch keine Zeit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Darüber könnte man ja nur spekulieren. Das bringt sowieso nichts.

Andere Frage: Herr Dr. Traumüller war zum damaligen Zeitpunkt, wie Sie richtig geschildert haben, ohnehin ziemlich ausgelastet, war für einige große Causen zuständig, BUWOG.

Können Sie sich an andere Dinge auch noch erinnern, die Dr. Traumüller damals betreuen musste?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, ich habe nicht ihn beauftragt mit diversen Sachen. Ich weiß nur, dass er wahnsinnig viel mit dem Verkauf der BUWOG zu tun gehabt hat. Er hat ja mehr Sachen noch am G'nack gehabt, aber die weiß ich nicht mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, und dazu hat er noch seine normale ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, er war Personalchef.

Obmann Dr. Peter Pilz: Er war Personalchef im Finanzministerium, musste die ganze BUWOG-Abwicklung organisieren. Wie viel Zeit hatte er eigentlich für die Verhandlungsführung Eurofighter?

Dr. Herbert Hillingrathner: Er ist ja ein gescheiter Mann und wir haben möglichst forsch und forciert verhandelt. Ich habe nicht die Stunden nachgerechnet, aber es hat ihn schon auch etliche Tage gekostet ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber Sie haben ja gesagt, er hat oft nicht Zeit gehabt. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Bei den Initialsitzungen war er im April fast bei den meisten Sachen immer dabei, aber es waren ja dann viele Nebensachen zu regulieren. Ab Mai dann weniger, aber er war immer sozusagen erreichbar und ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ab Mai hatte er weniger Zeit?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ich meine, ich kann da noch schauen ... (*Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, aber das war ja die heiße Vertragsverhandlungsphase.

Dr. Herbert Hillingrathner: April, wo die richtungweisenden Schritte gesetzt worden sind: Am 7. 4. war er dabei, am 8. 4., dann am 10. 4., am ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Sagen Sie mir, wann er nicht dabei war!

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, wenn das da stimmt, am 17. 4. nicht, dann – wie gesagt, da war er fast überall dabei – am 23. 4., das war Christls „Reich“, Finanzierungssachen, am 28. 4. nicht, da war dann Kocher da und nicht mit EADS, ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Was ist das für ein Verhandlungsleiter, der nur einen Teil der Termine wahrnehmen kann?!

Ist Ihnen aufgefallen, dass er an und für sich nicht die Zeit hatte, überhaupt alle Termine wahrzunehmen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das waren wir gewohnt, ein jahrelanges Leid, bitte. Die Herrschaften waren alle überfordert und zerrissen. Sie sehen, wie sparsam das Finanzministerium geriert. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) – Ja, es ist so, ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, Sie hatten einen Verhandlungsleiter, der öfter keine Zeit hatte, dann hatten Sie einen Abteilungsleiter, dem hat man nicht einmal zwei Schreibkräfte und zwei Vertragsjuristen gegeben. Ich kann mir vorstellen, wenn es um eine Investition von 2 000 € geht, lässt sich diskutieren, ob das so in Ordnung ist oder nicht, aber dass man einen Verhandlungsleiter wählt, der keinen Dunst von der Materie hat, der keine Zeit hat, der wesentliche andere Sachen zu betreuen hat, der Personalchef ist im Finanzministerium, der die BUWOG abwickelt, nebenbei die größte Investition der Zweiten Republik abwickeln soll, dann immer wieder sagt: Jessas Maria, ich habe ja gar keine Zeit, ich habe was anderes vor, ich muss ja gerade BUWOG oder Personal machen oder mit dem Minister wo hin, oder vielleicht gibt es – nein, lassen wir jetzt die Modeschau-Linie – etwas anderes in dieser Art und Weise, der keine Zeit hat, dann gibt es keine Unterstützung, dann gibt es keine Vertragsjuristen?!

Ich möchte jetzt wirklich Ihre persönlichen Qualitäten nicht unterschätzen, Sie haben sich ja heute höchstes fachliches und persönliches Vertrauen auch selbst ausgesprochen (*Heiterkeit des Dr. Hillingrathner*), aber war das wirklich ausreichend für Verhandlungen mit einem der größten Rüstungskonzerne Europas, mit etlichen der besten Vertragsjuristen Europas?! Ein Verhandlungsleiter, der keine Zeit hat, keine Schreibkräfte, keine Vertragsjuristen – und der arme Dr. Hillingrathner – also nicht der arme Dr. Hillingrathner, sagen wir lieber, der Dr. Hillingrathner –, der das oft allein ausfechten muss und sich selber dann noch alles Mögliche schreiben muss und etliches nicht schreiben kann, weil er keine Schreibkräfte hat? War das wirklich eine **professionelle Verhandlungsführung** von Seiten des Finanzministeriums?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte erstens widersprechen: Traumüller war **nicht ahnungslos** und er ist genügend gebrieft worden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Er hat uns selbst geschildert, dass er nicht viel mehr über Eurofighter am Beginn der Verhandlungen gewusst hat, als dass der Pilot vorne ist und die Düse hinten – viel mehr war ihm nicht klar.

Dr. Herbert Hillingrathner: Es stimmt, er hat sozusagen eine Management-Arbeit geleistet, und Sie wissen, es ist in der Privatwirtschaft üblich, dass einer von den Nahrungsmitteln zu Autoherstellern wechselt und auch seine Aufgabe wahrnimmt, das muss man zubilligen, dass er da rasch einsteigt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Er wird schon einiges dazugelernt haben, aber Verhandlungen für eine Investition über 2 Milliarden sind ja nicht dazu da, dass der Personalchef des Finanzministeriums Kampfflugzeuge kennenlernt. Das ist ja kein Einschulungskurs für Kampfflugzeug-interessierte Personalchefs, sondern das ist ja eine hoch komplizierte Verhandlungsmaterie.

Wie lange hat es überhaupt gedauert, bis sich Dr. Traumüller in der Materie ausgekannt hat? – Sie sind ja Experte, Sie können ja beurteilen, wie lange er gebraucht hat, bis er überhaupt gelernt hat, was er da verhandelt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Er war schnell lernfähig und ich habe mir manchmal erlaubt, in tiefer Bescheidenheit, auch wenn er unfair war, in die Verhandlungen einzugreifen, wo es danebengelaufen wäre, aber festzustellen ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, Sie haben ihn praktisch in der Materie ausgebildet?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das würde ich so nicht sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn er sich nicht auskennt: Irgendjemand muss ihm ja sagen, was er da überhaupt verhandelt. (*Dr. Hillingrathner: Das ist dokumentiert!*) War also praktisch die Fachausbildung des Verhandlungsleiters eine Ihrer Aufgaben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Dr. Traumüller hat die Strukturen einmal dargelegt: 18 Halbjahresraten, keine Finanzschuld, Lieferung da und dort, und so weiter – also wirklich die Ecksteine gesetzt –, und unter 2 Milliarden müssen wir kommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist mir schon alles klar (*Dr. Hillingrathner: Na ja, das waren ja die Sachen!*), aber war eine Ihrer Aufgaben, nachdem ja ... – Wirklich, Dr. Traumüller hat uns auch sehr konkret geschildert, dass er am Beginn des Ganzen von militärischer Luftfahrt nicht die geringste Ahnung hatte.

Sie waren ja offensichtlich der Einzige, der sich ausgekannt hat, nachdem andere nicht zur Verfügung gestellt worden sind oder zur Verfügung standen. War es also auch Ihre Aufgabe, dem Dr. Traumüller das notwendige Fachwissen für die Verhandlungen möglichst schnell beizubringen? – Das ist eine ganz ernsthafte Frage.

Dr. Herbert Hillingrathner: Natürlich, wenn er Wissensbedürfnisse gehabt hat, habe ich die erfüllt, so gut ich konnte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und hat er es gelernt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, er ist wirklich – ich muss sagen – höchst qualifiziert im Gegensatz zu mir, ist ja da schon festgestellt worden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie lange hat er eigentlich gebraucht, bis er sich in der Materie militärische Luftfahrt halbwegs ausgekannt hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Eigentlich hat ihn nur die Materie **Finanzierung** interessieren müssen, und das ist relativ rasch gegangen. (*Obmann Dr. Pilz: Das ist relativ rasch gegangen?*) In zwei Wochen oder früher hat er gewusst, wovon wir reden. So schwierig ist es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Na, wunderbar. Okay. Meine Zeit ist um. – Kollege Haimbuchner, bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Nur einige wenige kurze Fragen, Herr Ministerialrat, und zwar: Es hat sich im Zuge der Einvernahmen einmal ergeben, dass Dr. Christl und Mag. Kocher dann noch durch eine günstigere Finanzierung 26 Millionen lukrieren konnten oder sich sozusagen der Preis reduziert hätte. Aber wo haben sich dann diese 26 Millionen, diese Reduzierung letztendlich im Kaufpreis niedergeschlagen?

Wenn man sich das anschaut – bitte korrigieren Sie mich –: Ursprünglich waren ja 1,978 Milliarden vereinbart. Wenn man jetzt diese 26 Millionen subtrahiert, dann wären das 1,952 Milliarden. Letztendlich sind aber 1,959 Milliarden im Vertrag. Wo sind denn da die Millionen?

Es hat ja auch der Rechnungshof kritisiert, dass sich die Reduzierungen und auch die Preisreduktionen nicht wirklich dokumentieren lassen und nicht nachvollziehbar sind. Jetzt frage ich Sie als Experten: Wo hat sich diese Preisreduktion, diese 26 Millionen €, wo haben sich diese niedergeschlagen? Wo sind die geblieben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, meiner Erinnerung nach ist das kompensiert worden zum Teil mit Kosten, die noch nicht inkludiert waren – zum Beispiel diese Kreditsteuer –, da haben wir gegengerechnet, und da ist schon ein Brocken von nahezu 10 Millionen € kompensiert worden. Und das war ja auch Gesprächsgegenstand und ist dokumentiert und nachvollziehbar. Es ist halt sehr schwierig bei hundert Verhandlungsschritten.

Glauben Sie mir, es ist kein Cent unter den Tisch gefallen. Es geht immer nur darum: Was kostet uns die Finanzierung, also die Zinsenbelastung? Und das ist alles voll ein- und gegengerechnet worden.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ich will gar nicht behaupten, dass das unter den Tisch gefallen ist (*Dr. Hillingrathner: Ja!*), nur es ist nicht nachvollziehbar. Wenn Sie sagen, das ist alles dokumentiert worden, dann würde ich Sie nur kurz ersuchen, wenn Sie das wissen, wo?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war relativ schon in der Endphase. Ich habe den Punkt da jetzt nicht extra ...

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wir haben es nämlich nirgends gefunden, deswegen die Frage.

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Fragen wurden jedenfalls schon gestellt, und die haben wir klargestellt, nur ich habe keine Unterlage darüber mehr.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Zu dieser Reduzierung gibt es keine Unterlage?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, ich habe keine. Vielleicht gibt es irgendwo eine, ich habe sie nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Aber wir haben eh auch keine!

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist ja nicht nur Ihnen aufgefallen, sondern anderen auch. Über das Thema, weiß ich, ist gesprochen worden.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Na, gut. Herr Ministerialrat! Sie haben einmal, datiert mit 10. 4. 2003, gewisse Fragen an Herrn Mag. Wall gestellt.

Und zwar unter anderem ist es da um die Vergleichbarkeit der Kostenvarianten gegangen. Ich zitiere Sie:

Die von der LZW beantwortete Frage 3 Unterschied zwischen Kostenvariante Euro 1 791 Millionen und Euro 2 167 Millionen ist so nicht vergleichbar, da Barpreis mit 24 Stück und 18 Halbjahresraten mit 18 Stück verglichen werden. Die beigelegten Mengengerüste und Preistabellen für jeweils 18 Stück sind noch weniger vergleichbar, da abgesehen von den verschiedenen Mengengerüsten die Positionen nicht mehr übereinstimmen. – Das ist logisch. Da verstehe ich Ihre Frage. – Wie schaffen wir den Trapezakt der Vergleichbarkeit und der auch für einen Politiker verständlichen Darstellung der inhaltlichen Unterschiede? – Zitatende.

Welche Antwort haben Sie da von Herrn Mag. Wall bekommen? Auch das lässt sich aus den Akten nicht nachvollziehbar erklären.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube, ich habe da gar keine gesonderte Antwort bekommen, sondern wir haben halt Zahlenfriedhöfe bekommen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Sie haben da gar keine Antwort darauf bekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich jetzt nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Aus dem Akt geht jedenfalls nichts hervor, aus den Unterlagen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube, extra ist das nicht als Thema behandelt worden. Das ist mitgelaufen dann durch halbwegs konkludente oder nachvollziehbare Tabellen, die aufliegen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Aha. Aber, wie gesagt, wir haben nichts gefunden.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war eine Aufgabe, die das Verteidigungsministerium zu machen gehabt hat, dass man das halbwegs so darstellt.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Hat sich das Verteidigungsministerium wirklich damit beschäftigt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Sie haben uns ja Ziffern liefern müssen. Wie sie die erarbeitet haben und ob das dem entspricht, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Sind da wirklich Ziffern geliefert worden? Weil ansonsten lässt sich da überhaupt nichts vergleichen, auch mit diesen 18 Halbjahresraten. Das ist ja ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Welches Datum war das, bitte?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Das war vom 10. 4. 2003. Ich kann es Ihnen auch gerne nach vorne bringen.

Dr. Herbert Hillingrathner: 10. 4. ja, da waren wir ja mitten in den Gesprächen. Ich weiß nicht, ob wir da noch etwas gesondert gekriegt haben oder nicht. Ich kann es jetzt nicht sagen – zu diesem Punkt, ausdrücklich auf die Frage. Ich glaube eher nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ausnahmsweise zur Verteidigung der Auskunftsperson: Wir hatten das schon einmal, und in Wahrheit ist ja das Ergebnis dieser Übung gewesen, dass Sie in verschiedenen Tabellen die Herleitung der 1,791 Milliarden über viele Stationen überführt haben. Da sind verschiedene beschrieben. Das war möglicherweise ein bisschen verwirrend. Ob das plausibel war oder nicht, müssen wir jetzt ja nicht diskutieren. Die 1,79 waren jedenfalls falsch im

Ministerratsvortrag und haben heftige Kritik ausgelöst. Deshalb hatten Sie ja nachher die Probleme, das gleichzurechnen.

Nun etwas anderes: Ich habe mittlerweile den Karfreitag des Jahres 2003 identifiziert, und ich habe gesehen, Sie haben kalendarische Aufzeichnungen. Es war der 18. April 2003. Ich erinnere an die Frage, ob außer Kocher, der dazu gestoßen sein will, und Ihnen und einem Vertreter von EADS noch jemand bei diesem Gespräch war, wenn jetzt überhaupt ein 18. April auftaucht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war ein Finanzierungsgespräch (*in schriftlichen Unterlagen blätternd*); habe ich hier: BMF: Traumüller, Hillingrathner; ÖBFA: Kocher; EADS: Faltlhauser, Löbbert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. (*Unruhe im Saal.*) Es ist akustisch gerade ein bisschen schwierig. Jetzt haben wir alle beisammen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ruhe, sonst lasse ich den Saal räumen!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir halten also noch einmal beim 18. April. Herr Kocher hat sich offensichtlich perfekt erinnert. Und jetzt war er selber dabei. Die Vertreter von EADS waren Faltlhauser und (*Dr. Hillingrathner: Löbbert!*) – Ja. Und seitens des BMF waren es ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Traumüller und Hillingrathner.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und Christl nicht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, der hat ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Dann haben wir das. – Nur zur Erinnerung: Das ist jenes Gespräch, wo Kocher hier ausgesagt hat, dass er bereits mit dieser Einredeverzichtsvariante konfrontiert wurde.

Ein Letztes eigentlich schon: Seit der gestrigen Befragung gibt es nunmehr endgültig Klarheit über das Öffnen der Preise in Teilen des Anbots, und lange hat uns beschäftigt, wann Preise auch an das Finanzministerium gegangen sind.

Da uns jetzt bekannt ist, dass Teilpreise für Unterkommissionsmitglieder und die Kommission schon vor der Kosten-Nutzwert-Zusammenführung eine maßgebliche Rolle gespielt haben, und da ich Ihnen die Frage schon einmal gestellt habe, stelle ich sie jetzt noch einmal:

Wann haben Sie Ihrer Erinnerung nach im BMF von Preisen aus den Angeboten der Bieterfirmen erfahren? – Urgiert haben Sie ja ständig. (*Dr. Hillingrathner: Ja, freilich!*) – Wissen Sie dazu noch etwas?

Dr. Herbert Hillingrathner: Urgiert haben wir schon.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wann haben Sie, Ihrer Erinnerung nach, Preise oder Teilpreise erfahren?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube, ich habe das schon einmal gesagt; ich habe die Unterlagen nicht mehr bei mir. War das der 28. Mai, als wir übers Kabinett die Preise bekommen haben? Kann das stimmen?

Ich habe das hier schon einmal zu Protokoll gegeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich glaube, Sie meinen vermutlich den 28. Juni.

Dr. Herbert Hillingrathner: Oder war es der 28. Juni? – Darum sage ich ... – Dann war es im Juni (*Abg. Mag. Kogler: Okay, nur dass Sie da nicht falsch interpretiert*

werden!) – Entschuldigung! –, 28. Juni, worauf der Einlaufstempel im Kabinett lautet, und dann habe ich es bekommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, ich kann es noch direkter fragen: Sie können sich jedenfalls nicht daran erinnern, vor der Kosten-Nutzwert-Zusammenführung Teilpreise genannt bekommen zu haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Die haben mich auch gar nicht interessiert. Teilpreise – was hätte ich damit anfangen sollen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann schauen Sie einmal nach, was die Kollegen im Kabinett seitens des Bundesministers für Finanzen von Ihnen alles wissen wollten. – Okay.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich schaue in die Runde und sehe keine weiteren Fragewünsche mehr. Damit ist die Befragung geschlossen. Ich danke wieder für die geduldige und genaue Beantwortung der Fragen und wünsche gute Heimreise!

(Die Auskunftsperson Dr. Hillingrathner verlässt den Sitzungssaal.)

Wir haben jetzt noch eine kurze Geschäftsordnungssitzung.

12.22

*(Fortsetzung: 12.23 Uhr bis 12.39 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; Sitzungsunterbrechung: 12.39 Uhr bis 13.25 Uhr; s. **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.**)*

13.26

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt – um 13.26 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf**, begrüßt Herrn **Sektionschef Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger** als nächste **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Sektionschef Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger (Bundesministerium für Finanzen): Mein Name: Sektionschef Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger; geboren am 14. Oktober 1957; wohnhaft in 1100 Wien; Beruf: Beamter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe schlagend werden, werden Sie sich an den Verfahrensanwalt oder mich wenden, und wir werden alles Notwendige miteinander besprechen.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie das Recht, eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie von diese Recht Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Dann werde ich ein paar einleitende Fragen stellen.

Können Sie sich erinnern, wer eigentlich Verhandlungsleiter vom Bundesministerium für Finanzen mit der Firma Eurofighter war?

Dr. Gerhard Steger: Das war Herr Dr. Traumüller.

Obmann Dr. Peter Pilz: Welche fachlichen Qualifikationen hat Dr. Traumüller für diese Verhandlungsführung gehabt?

Dr. Gerhard Steger: Er ist Jurist. Er war insbesondere im Personalbereich vor seiner Berufung zum Kabinettchef des Finanzministers tätig, galt als Personalist, war dann Kabinettchef des Finanzministers und dann wieder Personalist.

Obmann Dr. Peter Pilz: War die Eurofighter-Beschaffung eine Frage, die besondere Kenntnisse im Personalwesen verlangt hat?

Dr. Gerhard Steger: Das würde ich nicht unbedingt behaupten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer waren die Beamten oder die Personen im Finanzministerium – es müssen ja nicht unbedingt Beamte sein –, die zum Zeitpunkt des Beginns der Vertragsverhandlungen mit der Eurofighter GmbH über sachliche Kenntnisse in der Causa verfügten?

Dr. Gerhard Steger: Das war Kollege Hillingrathner insbesondere mit Dr. Tomasch. Die beiden waren hauptsächlich befasst mit der Geschichte. Es gab dann, wie ich schon zu Beginn meiner ersten Anhörung ausführen durfte, noch einige Kolleginnen und Kollegen, die zu spezifischen Sachaspekten – zum Beispiel Kollege Sailer, der schon mehrfach in diesem Ausschuss erwähnt worden ist, in Vergaberechtsgeschichten – entsprechende Kenntnisse hatten, aber es hat sich sehr stark auf die Abteilung Hillingrathner konzentriert.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie über das Kabinettsmäßige hinausgehende Kenntnisse gehabt?

Dr. Gerhard Steger: Kenntnisse worüber jetzt?

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben auch schon länger mit der Beschaffung zu tun gehabt. Ich gehe davon aus, dass Sie auch zu dem Kreis qualifizierter Personen im Finanzministerium gehört haben.

Dr. Gerhard Steger: Davon gehe ich auch aus.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Können Sie sagen, wer die Vertragsrechtsspezialisten im Finanzministerium sind?

Dr. Gerhard Steger: Es ist so, dass einerseits Herr Dr. Hillingrathner und Herr Dr. Tomasch, soweit ich weiß, Juristen sind. Und es wurde auch immer wieder gesagt, dass die Finanzprokurator, die gleichsam der Anwalt des Bundes ist, in diese Vertragsverhandlungen eingeschalten war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es irgendwelche Spezialisten für internationales Vertragsrecht im Finanzministerium?

Dr. Gerhard Steger: Für internationales Vertragsrecht in dem Sinn generell würde mir jetzt niemand Spezifischer einfallen. Es mag sein, dass es in einer anderen Sektion als meiner, nämlich in der Sektion III, im Hinblick auf bestimmte internationale Institutionen

Leute gibt, die ein spezielles Vertragswissen haben. Generell fällt mir dazu jetzt im Moment niemand ein.

Obmann Dr. Peter Pilz: War Dr. Traumüller ein Spezialist für *Vertragsrecht*?

Dr. Gerhard Steger: Als solcher ist er mir bisher nicht aufgefallen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie mir sagen, welche Zuständigkeiten – Projekte, allgemeine Zuständigkeit – Dr. Traumüller zu Beginn und im Verlauf der Verhandlungsführung hatte?

Dr. Gerhard Steger: Er war prinzipiell einmal zuständig als Abteilungsleiter für das Personalwesen, innerhalb des Präsidiums des Finanzministeriums für den Personalbereich. Das war sozusagen seine ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Um wie viele Beamte geht es da ungefähr?

Dr. Gerhard Steger: Nach dem jetzigen Stand sind wir in der Zentrale, glaube ich, rund 800 mit sinkender Tendenz – wie das den Einsparungsbemühungen der Bundesregierung auch entspricht. Insgesamt im Ressort sind wir ungefähr 13 000, salopp formuliert. Dr. Traumüller war meines Wissens damals der Bereichsleiter für den ganzen Personalbereich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, Herr Dr. Traumüller war zuständig als Personalchef für etwa 13 000 Beschäftigte. – Ist das richtig?

Dr. Gerhard Steger: Nachdem er Bereichsleiter Personal insgesamt war, drängt sich dieser Schluss auf, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt ist man als Personalchef von 13 000 Mitarbeitern natürlich nicht ausgelastet. Was hat er sonst noch zu tun gehabt?

Dr. Gerhard Steger: Das müsste man seinen vorgesetzten Sektionschef fragen. Ich habe eben die Wahrnehmung, dass er befasst war mit der Eurofighter-Vertragsführung. Auch in einem zweiten Fall, der aber nicht zum Mandat dieses Ausschusses gehört, ist mir bekannt, dass er speziell befasst war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Was war dieser zweite Bereich?

Dr. Gerhard Steger: Der Verkauf der Wohnungsgesellschaften des Bundes.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das hat uns auch Dr. Hillingrathner berichtet. Aus Ihrer sachlichen Kenntnis, was man zu tun hat, was man leisten kann: Ist es möglich, als Personalchef über 13 000 Beamte, Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen, nebenbei auch noch die Abwicklung BUWOG et cetera sachlich kompetent zu leiten?

Dr. Gerhard Steger: Ich bin bewusst vorsichtig in der Antwort, weil ich nicht vorhabe, einem Kollegen nahezutreten. Formulieren wir es so: Es kommt sehr darauf an, wie viel Freizeit man sich noch gönnt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn dann aber noch die Abwicklung der Eurofighter-Vertragsverhandlungen dazukommt, ist das Ihrer Erfahrung nach möglich, alle diese drei Aufgaben, also Personalchef über 13 000 Mitarbeiter, BUWOG-Abwicklung und Eurofighter-Vertragsverhandlungen, zufriedenstellend und ausfüllend nebeneinander in einer Hand durchzuführen? Ist das möglich?

Dr. Gerhard Steger: Wenn es möglich wäre, würde es jedenfalls eine außerordentliche Effizienz in der Arbeit und ein unglaubliches Maß an Fleiß und Verzicht auf Privatzeit voraussetzen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir werden ja heute noch die Gelegenheit haben, ihn zu fragen, wie ihm das alles gelungen ist – oder was ihm dabei nicht ganz so gelungen ist.

Herr Dr. Hillingrathner hat uns erzählt, dass er Unterstützung wollte. Man muss sich das so vorstellen: Auf der einen Seite steht der EADS-Eurofighter-Komplex mit zwei internationalen und einer doch gewichtigen und hoch spezialisierten österreichischen Kanzlei an der Seite mit den ganzen juristischen und kaufmännischen Kapazitäten eines großen Konzerns, auf der anderen Seite steht der ausgelastete Dr. Traumüller, der sich gerade erste Kenntnisse des militärischen Flugzeugwesens aneignet, und Dr. Hillingrathner.

Jetzt hat uns Dr. Hillingrathner erzählt, er hat um Unterstützung ersucht durch die Beistellung von Vertragsjuristen und durch die Beistellung von Schreibkräften. Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Dr. Gerhard Steger: Ja, das ist mir bekannt, dass er immer wieder gesagt hat, dass er Personal benötigen würde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wann hat er begonnen, darauf hinzuweisen, dass er dringend Mitarbeiter verschiedener Qualifikationen braucht?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann Ihnen jetzt wirklich keinen präzisen Zeitpunkt aus der Erinnerung sagen, aber es war mir bekannt, dass er diesen Wunsch gehabt hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wem gegenüber hat er diesen Wunsch geäußert?

Dr. Gerhard Steger: Mir hat er es gesagt, und ich nehme an, er wird es auch bei der Ressortleitung deponiert haben. – Das kann ich aber nicht behaupten, weil ich nicht dabei war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer hätte über diesen Wunsch entscheiden müssen?

Dr. Gerhard Steger: Im Prinzip ist es eine Frage, wie viel Planstellen eine Sektion bekommt. Das ist eine Frage, die von der Ressortleitung beziehungsweise vom Präsidium des Bundesministeriums für Finanzen zu entscheiden wäre.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist das auch mit zu entscheiden oder die Entscheidung vorzubereiten vom Personalchef? (*Abg. Dr. Fekter: Das Parlament entscheidet die Personalstellen!*)

Dr. Gerhard Steger: Ich korrigiere mich auf Grund des Einwurfs der Frau Abgeordneten Fekter, die natürlich recht hat, dass das Hohe Haus über die Planstellen entscheidet. Ich erlaube mir nur den Hinweis, dass meistens nicht alle ausgenützt sind und man daher eine gewisse **Planstellenreserve** zurückbehält. Insofern, glaube ich, haben wir beide recht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und wer verfügt über diese Planstellenreserven?

Dr. Gerhard Steger: Über die Planstellen, soweit sie zur Besetzung anstehen und dem Ressort zur Verfügung stehen, verfügt die Ressortleitung beziehungsweise die Präsidialsektion.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer war jetzt dafür verantwortlich, dass Dr. Hillingrathner keine Personalunterstützung bekommen hat?

Dr. Gerhard Steger: Die Entscheidung oblag, wie gesagt, der Ressortleitung beziehungsweise dem Präsidium. Ich weiß nicht, ob er sich an das Präsidium gewendet hat, ob er sich an die Ressortleitung gewendet hat. Wenn er sich an die Ressortleitung gewendet hätte, dann hätte es sozusagen einen direkten Kontakt diesbezüglich gegeben.

Ich möchte allerdings fairerweise eines sagen: Ich weiß, dass das sozusagen jetzt eine besonders anstrengende Geschichte für den Kollegen Hillingrathner war, dem ich auch meinen vollen Respekt und meine volle Bewunderung für seinen Arbeitseinsatz zolle,

den er hier geleistet hat, genau so wie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich möchte aber schon dazusagen – und verstehen Sie das nicht falsch, Herr Vorsitzender –, dass man in der Budgetsektion des Bundesministeriums für Finanzen generell, nicht nur in der Abteilung, die für die Sicherheitsressource zuständig ist, enorm viel arbeiten muss, enorm gefordert ist und einem enormen Arbeitsdruck unterliegt. Und bei uns halten das auch nur Leute aus, die bereit sind, entsprechend viel zu arbeiten und nicht auf die Uhr zu schauen. Das ist keine singuläre Geschichte, dass jemand extrem viel arbeitet. Das kommt bei uns immer wieder vor und beschränkt sich nicht auf den Kollegen Hillingrathner.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt zu dem Komplex noch das Letzte. Warum sind Sie in die Verhandlungen nicht mit einbezogen worden?

Dr. Gerhard Steger: Das hat mir niemand gesagt. Man bekommt als jemand, der lange im Geschäft ist – wenn ich das so salopp formulieren darf –, sehr schnell mit, wenn man sozusagen nicht gewünscht ist. Und als Kollege Traumüller die Verhandlungsführung übernommen hat, hatte ich das zur Kenntnis zu nehmen, weil es natürlich dem Minister freisteht, so zu entscheiden. Ich habe mir meinen Teil dabei gedacht – wie ich das letzte Mal schon gesagt habe. Mehr kann ich dazu eigentlich nicht sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum hatten Sie den Eindruck, dass Sie nicht erwünscht sind?

Dr. Gerhard Steger: Es war bekannt, dass ich erstens ein Gegner der Abfangjägerbeschaffung und speziell nicht für den Eurofighter votiert habe. Vielleicht ist das ein Grund, aber das ist eine Vermutung. – Eine diesbezügliche Wahrnehmung habe ich nicht, weil es mir niemand gesagt hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, mit Ihnen hat man einen zwar in der Hierarchie zuständigen, aber Eurofighter-kritischen Beamten aus den Vertragsverhandlungen ausgeschaltet.

Dr. Gerhard Steger: Ob das der Grund war, kann ich nicht behaupten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich frage Sie nach einem Faktum.

Dr. Gerhard Steger: Faktum ist, ich wurde nicht eingesetzt als Verhandlungsleiter, ja. Die Gründe dafür, darüber kann man spekulieren. Ich habe meine persönliche Meinung dazu geäußert, kann das aber nicht als Wahrnehmung titulieren, weil es mir sozusagen niemand formell gesagt hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie das jemals informell mit dem Finanzminister oder mit Dr. Traumüller besprochen?

Dr. Gerhard Steger: Nein, weil ich versuche, als Beamter Entscheidungen zur Kenntnis zu nehmen, die getroffen worden sind. Und ich muss auch sehr, sehr offen sagen: Wenn man glaubt, ein so wichtiges Dossier, wie das die Entscheidung über die Flugraumüberwachung in Österreich ist, außerhalb der Budgetsektion zu besetzen, dann ist das ein relativ klares Signal. Da mache ich mir meinen Reim darauf.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie den Ausschuss über Ihren „Reim“ informieren?

Dr. Gerhard Steger: Der Reim ist, dass ich offensichtlich nicht gewünscht war, und das habe ich zur Kenntnis genommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt: Der zuständige Sektionschef, von dem man annehmen könnte, dass er eigentlich mit der Verhandlungsleitung betraut wird, der wird überhaupt ausgeschieden. Der zuständige Abteilungsleiter bekommt null personelle Unterstützung und wird, wie er selbst formuliert hat – das ist nicht meine

Formulierung –, im Stich gelassen. Ein in der Sache ahnungsloser Verhandlungsführer, der sich durch ein persönliches Naheverhältnis zum Finanzminister auszeichnet, wird eingesetzt.

Und das sind die internen Voraussetzungen, mit denen das Finanzministerium in die Verhandlungen geht. Ich weiß schon, dass Sie einzelnen Kollegen nichts Negatives nachsagen wollen, deswegen frag ich Sie gar nicht, ob Sie dieser Qualifikation zustimmen. Das ist jedenfalls für mich eine vorläufige Zusammenfassung.

Sind Sie jemals darüber informiert worden, dass Hillingrathner und Schwarzenborfer ihre Erfahrungen mit den Vertragsverhandlungen wörtlich so zusammengefasst haben – ich zitiere –: Die Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche des Bundes scheiterte am absoluten Widerstand des Vertragspartners!? Sind Sie da jemals über ein Verhandlungsergebnis dieser Art informiert worden?

Dr. Gerhard Steger: Ich könnte mich nicht erinnern, dass das der Fall war. Ich schließe nicht aus, dass ich diese von Ihnen genannte Formulierung schon irgendwo gehört habe. Ob ich sie wo gelesen habe oder ob man es mir irgendwann später gesagt hat, weiß ich jetzt nicht. Im Zuge des Verhandlungsprozesses ist es mir erinnerlich nie so zur Kenntnis gebracht worden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es hat ja eine Reihe von Informationen gegeben, von Briefings gegeben, auch natürlich von Akten gegeben. Sagen Sie, das ist ja unüblich, dass hier überall der Dienstweg nicht eingehalten wird. Wissen Sie etwas darüber, ob die Beamten, die in der Hierarchie Ihnen untergeben waren, in diesem Zusammenhang angehalten worden sind, an Ihnen vorbei direkt mit dem Verhandlungsleiter beziehungsweise dem Kabinett zusammenzuarbeiten und von dort ihre direkten Anweisungen entgegenzunehmen?

Dr. Gerhard Steger: Erstens ist mir so etwas nicht bekannt, zweitens gibt es unterschiedliche Aktenverläufe, formulieren wir es einmal so, oder Unterlagenverläufe. Bei einigen Akten stehe ich sehr wohl drauf auf dem Aktendeckel, das ist wahr, es gibt auch eine ganze Reihe von Schriftstücken, die ich auch erst jetzt gesehen habe im Zuge der Vorbereitung auf den Ausschuss, wo klar ist, dass es eine direkte Kommunikation zwischen meiner Abteilung II/14 und dem Dr. Traumüller gegeben hat, zum Beispiel Informationen, die direkt an Traumüller und nicht zumindest in Kopie an mich gehen. Es gibt Anforderungen von Traumüller direkt an die II/14. Also da gab es sozusagen eine gewisse Doppelgleisigkeit, formulieren wir das einmal so, im Entscheidungsablauf. Überall dort, wo Eurofighter im Spiel war, hat der Kollege Traumüller sehr selbständig, um es einmal so zu sagen, mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kooperiert und ihnen auch zum Teil entsprechende Hinweise gegeben, wie das ja auch in den Akten aufscheint.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wodurch hatte er das Recht dazu, an Ihnen vorbei direkt den Beamten, Ihren Beamten Anweisungen zu geben?

Dr. Gerhard Steger: Wenn der Bundesminister ihn als Verhandlungsleiter benennt und ihm sozusagen für diese eine Frage die Kompetenz dafür gibt, ist das aus meiner Sicht eine konkludente Änderung der Geschäfts- und Personaleinteilung des Bundesministeriums für Finanzen und ist grundsätzlich zulässig. Ob es schön ist, ist eine andere Frage, aber hier geht es ja nicht um Ästhetik.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber das ist der wesentliche Punkt, und mit dem möchte ich jetzt einmal schließen. Sie haben gesagt: eine konkludente Änderung der Geschäfts- und Personaleinteilung, also eine stillschweigende, letzten Endes eine stillschweigende, von allen zur Kenntnis genommene Änderung der Geschäfts- und

Personaleinteilung des Bundesministeriums für Finanzen. Das ist ja keine Kleinigkeit. Und Ihrer Meinung nach ist genau das passiert?

Dr. Gerhard Steger: Es ist ja völlig unwidersprochen. Ich habe ja festgehalten, dass der Dr. Traumüller mit der Verhandlungsführung beauftragt war, nach mir, auf dem Aktendeckel steht er selber drauf bei diesem berühmten Akt. Er schreibt auch noch „vorgetragen“ hin. Also er hat es dem Finanzminister vorgetragen. Es hat niemand widersprochen. Es war für alle klar, dass das so war. Ich habe das zur Kenntnis genommen, weil es dem Minister zusteht. Ich sage das noch einmal: Es steht ihm zu. Es ist sehr ungewöhnlich, aber es ist zulässig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, danke.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, fürs Protokoll: Um 13.03 Uhr ist eine APA-Aussendung hinausgegangen mit dem Untertitel: „Hillingrathner: Vertrag hätte anders ausgeschaut, wenn wir Professoren dabei gehabt hätten“.

Dieser Untertitel ist insofern falsch, als Herr Dr. Hillingrathner wörtlich gesagt hat: „Ich bin überzeugt, der Vertrag hätte **nicht** anders ausgeschaut, wenn wir ein paar Professoren dabei gehabt hätten ..“

Herr Dr. Hillingrathner hat auch nicht „nach Professoren urgiert“, sondern nach Schreibkräften, die Maturantinnen sind, diesbezüglich stimmt dann die APA wieder, aber der Untertitel und das Zitat „Vertrag hätte anders ausgeschaut, wenn wir Professoren dabei gehabt hätten“, ist falsch! Und das möchte ich so als APA eben nicht stehen lassen (*Abg. Dr. Kräuter: Sind Sie die APA?*), sondern man kann das im Protokoll nachlesen, dass Hillingrathner wörtlich gesagt hat, „der Vertrag hätte **nicht anders ausgeschaut**“. – Dr. Hillingrathner war im Übrigen stolz auf seine Leistungen, die er dort erbracht hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, haben Sie einen konkreten Vorschlag, was wir mit den Verdächtigen der APA jetzt tun sollen?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich glaube, es genügt, wenn wir das hier korrigieren. Tatsache ist, wir werden demnächst das Protokoll bekommen. Ich weiß nicht, ob die Protokollführung in der Lage ist, genau diesen Passus von Hillingrathner auf kurzem Wege zu recherchieren. Aber ich halte es doch für sehr eigenartig, wenn sich ein Falsch-Zitat sozusagen im APA-Untertitel findet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, ich glaube nicht, dass es Aufgabe des Untersuchungsausschusses ist, die Medien darauf hinzuweisen, in welcher Art sie zu berichten und wie ihre Formulierungen auszusehen haben. (*Abg. Dr. Fekter: Nein, Herr Kollege, aber nur...*) Ich ersuche Sie, das auf kurzem Wege, möglicherweise durch eine OTS, selbst in Ihrem Sinne klarzustellen. Ich glaube nicht, dass das das erste Mal ist, dass Sie das tun. Ansonsten wird der Ausschuss weiterhin seine starke, schützende Hand über die Medienfreiheit halten.

Bitte in der Befragung fortzusetzen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Mir geht es darum, dass sich dieser Fehler nicht multipliziert.

So, Herr Sektionschef Steger, Sie haben sehr eindrucksvoll kundgetan, und wir wissen, die Kompetenz der Beamten des Finanzressorts ist unbestritten. Das muss man einfach hier sagen, das ist so, die Arbeit im Finanzressort ist eine aus meiner Erfahrung her sehr kompetente. Sie haben angeführt: ausgelastet, teilweise überlastet, stark unter Druck, nicht jeder hält das aus im Finanzressort, das ist Ihr tägliches Arbeitsleid.

Gilt das auch für Sie als Sektionschef, oder haben Sie sich schon ein bisschen freispielen können?

Dr. Gerhard Steger: Erstens ist es nicht meine Art, mich freizuspielen, Frau Abgeordnete, sondern wenn ich etwas mache, mache ich es zu 100 Prozent. Zweitens ist es so, dass ich versuche, auch meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ein Vorbild zu sein und mich selbstverständlich ebenso einzuklinken, wenn es einen entsprechenden Bedarf gibt, sie auch entsprechend zu unterstützen. Also ich versuche sehr – Und ich rede nicht von Arbeitsleid, denn man muss ja nicht in der Budgetsektion des Finanzministeriums arbeiten, wenn man nicht möchte. Es gibt – bei allem Respekt vor dem, was in anderen Dienststellen des Bundes geleistet wird, es wird sehr viel dort geleistet – sicherlich nicht ganz so anstrengende Jobs wie die in der Budgetsektion des Finanzministeriums.

Bei uns muss man, wie gesagt, ein sehr hohes Maß an Arbeitseinsatz mitbringen. Und ich sage ganz offen: Wenn meine Leute nur das arbeiten würden, was sie bezahlt bekommen, dann könnte ich zusperrern. Das gilt generell für alle Abteilungen meiner Sektion, das gilt nicht nur für den Kollegen Hillingrathner. Ich schätze es sehr, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben, die ein sehr hohes Arbeitsethos haben, die nicht auf die Uhr schauen, die immer dann, wenn der Staat sie braucht, da sind. Ich wollte nur den Eindruck zurechtrücken, wie gesagt, bei allem Respekt vor dem, was der Kollege Hillingrathner geleistet hat, da zolle ich ihm hundertprozentig den gesamten Respekt, aber er ist nicht der Einzige, der viel gearbeitet hat in der Budgetsektion.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Kann es sein, dass der Herr Finanzminister genau diese Situation im Detail kannte und aus diesem Grund Dr. Traumüller beauftragt hat, Sie zu unterstützen, und Ihnen nicht auch noch die Detailverhandlungen für so einen Vertrag umzuhängen in der Federführung? Das heißt, wenn Ihre Sektion dermaßen ausgelastet, überlastet war, dann liegt es doch auf der Hand, dass der Ressortchef sich bemüht, Sie zu entlasten und dadurch Dr. Traumüller zu beauftragen.

Dr. Gerhard Steger: Das glaube ich nicht, weil der Finanzminister bei heiklen Dossiers nie gezögert hat, mich einzusetzen, wenn er es für richtig gefunden hat. Also ich glaube, das war nicht der Grund. Es ist ja auch üblich, darf ich Ihnen sagen, in anderen Fällen durchaus heikler Natur, dass die Verhandlungsführung grundsätzlich bei der jeweiligen Abteilungsleitung liegt und der Sektionschef immer dann, wenn es besonders heikel wird, wenn es besonders eng wird, die jeweilige Abteilungsleitung unterstützt – dafür bin ich ja da.

Es wäre eigentlich logisch gewesen, dass Hillingrathner selbst die Verhandlungen mit dem entsprechenden Support von mir, wenn er ihn braucht in bestimmten heiklen Fragen, mit dem Support von Externen, wie der Finanzprokurator, geleitet hätte. In anderen Fällen leiten auch Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter des Finanzministeriums heikle und wichtige Verhandlungen. – Ich glaube nicht, dass es notwendig gewesen wäre, jemanden außerhalb der Sektion damit zu betrauen.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dr. Hillingrathner hat massiv den Wunsch nach Schreibunterstützung geäußert. – Warum haben Sie ihm die nicht gewährt?

Dr. Gerhard Steger: Weil, geschätzte Frau Abgeordnete, ich nicht darüber entscheide, welches Personal den einzelnen Sektionen zugeteilt wird. – Und im Übrigen: Wenn Kollege Hillingrathner in einem Verhandlungsprozess ist, bei dem ich aus genannten Gründen nicht involviert bin – präzise gesagt: kaum involviert bin –, kann ich im Detail auch nicht beurteilen, wie stark die Arbeitsbelastung wirklich ist.

Was ich vom Kollegen Hillingrathner weiß, ist, dass er ein sehr fleißiger und sehr gewissenhafter Beamter ist, der sich sehr viel Zeit für seine Aufgaben nimmt. Daher glaube ich, dass er entsprechend stark unter Druck war. Und wenn er das dort deponiert hat, wo die Verhandlungsführung im gegenständlichen Fall gelegen ist – vielleicht auch bei der Ressortspitze, was ich nicht weiß –, dann wäre das die richtige Stelle gewesen.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie sind der Vorgesetzte des Herrn Hillingrathner gewesen, Sie hatten die Verantwortung für die Abteilung. Ihnen obliegt es, dass dort die Tätigkeit, die abzuwickeln ist, abgewickelt werden kann. – Warum haben Sie ihm die Schreibkräfte nicht bewilligt?

Dr. Gerhard Steger: Dr. Hillingrathner hatte mich in der Frage der Verhandlungen zum Eurofighter-Vertrag nicht als Vorgesetzten, geschätzte Frau Abgeordnete. Die Verhandlungsführung lag bei Dr. Traumüller.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber die Abteilung! Sie haben ja die Verantwortung für die gesamte Sektion – und somit auch für die Abteilung des Herrn Hillingrathner!

Dr. Gerhard Steger: So einfach ist das nicht. Man kann nicht so spielen, dass man sagt: Immer dann, wenn es um den Eurofighter-Vertrag geht und die Steuerung des Verhandlungsprozesses, ist es Traumüller, und immer, wenn es um andere Geschichten im Zusammenhang mit dem Eurofighter-Vertrag geht, ist es Steger. – So geht es nicht!

Entweder ...

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber die Organisation der Abteilung und die Organisation in der Sektion obliegt doch ausschließlich Ihnen!

Dr. Gerhard Steger: Ich lasse mich gerne von Ihnen unterbrechen, Frau Abgeordnete. Es ist mir immer ein Vergnügen, mit Ihnen zu diskutieren.

Ich sage Ihnen noch einmal ganz klar: ...

Obmann Dr. Peter Pilz: In diesem Ausschuss wird nicht diskutiert.

Dr. Gerhard Steger: Gut, ich nehme das zurück. – Ich freue mich immer, auf Ihre Fragen zu antworten.

Mir ist wichtig, noch einmal festzuhalten: In dem Moment, wo jemand anderer mit diesem Dossier beauftragt ist, ist er der Ansprechpartner in diesen Dingen. Und ich gehe davon aus, dass Dr. Hillingrathner das dort auch entsprechend deponiert hat.

Im Übrigen ist es so, dass, wenn man der Budgetsektion zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt hätte, das nicht meine Entscheidung gewesen wäre, sondern die der Ressortleitung oder des Präsidiums.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Was haben Sie unternommen, nachdem Hillingrathner den Wunsch bei Ihnen deponiert hat, um diesem Wunsch von Hillingrathner nachzukommen? – Immerhin waren Sie der Verantwortliche für diesen Bereich.

Dr. Gerhard Steger: Ich darf Ihnen noch einmal antworten, dass ich nicht der Verantwortliche für diesen Bereich war, weil ich nicht die Verhandlungsführung bezüglich des Eurofighter-Vertrages hatte.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hatten Sie etwas unternommen?

Dr. Gerhard Steger: Frau Abgeordnete, noch einmal: Wenn Dr. Hillingrathner Personal in einer Frage braucht, in der ich nicht der Verhandlungsführer bin und in der jemand von außen – außerhalb der Budgetsektion – mit diesem Dossier beauftragt ist, dann muss sich Dr. Hillingrathner dorthin wenden – erstens – oder direkt an die Ressortleitung.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber er hat sich an Sie gewandt. – Und was haben Sie dann unternommen?

Dr. Gerhard Steger: Dr. Hillingrathner hat mir davon erzählt, dass er entsprechendes Personal brauchen würde, und ich habe ihm vermutlich – ich habe mir darüber keine Aufzeichnungen gemacht, aber vermutlich – gesagt, dass er das mit den Verantwortlichen für dieses Projekt klären muss.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Derzeit keine weiteren Fragen mehr.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Dr. Steger, noch einmal zurück zur Doppelfunktion von Herrn Dr. Traumüller: Er war also einerseits – neben anderen Aufgaben dann auch noch, aber hauptsächlich – für 13 000 Bedienstete zuständig, und Verhandlungsleiter, was den Eurofighter-Vertrag betrifft.

Wäre es für Dr. Traumüller ohne größere Schwierigkeiten möglich gewesen, zwei Personen auf Matura-Niveau für Schreibarbeiten für diese Aufgabe umzuschichten?

Dr. Gerhard Steger: Wenn es im Bereich des BMF – was ich fast vermute, denn 13 000 Menschen sind eine große Anzahl – Planstellen gegeben hätte, dann hätte man das natürlich tun können. Ich habe aber jetzt keinen präzisen Beweis dafür, dass just zum damaligen Zeitpunkt genau diese Anzahl an freien Planstellen da war. Ich vermute das jetzt nur, weil bei einer solchen großen Menge an Personal natürlich immer eine gewisse Anzahl nicht besetzt ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Damit wäre natürlich noch nicht eine Art Augenhöhe mit den Verhandlern von Bieterseite gegeben gewesen. Da wäre einmal die notwendigste administrative Arbeit abgedeckt gewesen.

Jetzt ist es ja so, dass renommierte Anwaltsbüros aus Deutschland und Österreich auf Seiten von EADS verhandelt haben. – Wäre es nach Ihrer Einschätzung für Dr. Traumüller möglich gewesen, um hier – noch einmal mit dieser Formulierung – „auf Augenhöhe“ verhandeln zu können, Ähnliches vonseiten der Republik zu installieren?

Dr. Gerhard Steger: Ich versuche jetzt einfach, einen Analogieschluss zu anderen Projekten zu ziehen, die ich kenne:

Es war des Öfteren der Fall, dass sich das Finanzministerium in Fragen, wo es sich um bestimmte rechtliche Spezialaufgabenstellungen oder -einschätzungen gehandelt hat, **externer Anwälte** bedient hat. – Das ist die eine Möglichkeit, die es gibt und die in anderen Fragen auch da oder dort wahrgenommen worden ist.

Es gibt darüber hinaus ja die von mir bereits genannte Finanzprokuratur, die als Anwalt des Bundes sowieso – auf der Hand liegend – für solche Aufgaben zur Verfügung steht und die meines Wissens in diesen Fragen auch einbezogen worden ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Hat sich der Finanzminister grundsätzlich – und Sie haben ja den Überblick über Jahrzehnte – in seiner Amtszeit sehr oft externer Berater bedient?

Dr. Gerhard Steger: Es ist so, dass es immer wieder vorgekommen ist, dass ... – Also, ich nenne Ihnen ein Beispiel:

Bei der Ausschreibung von bestimmten Beraterverträgen, etwa im Zusammenhang mit der Etablierung der Bundesbeschaffungsgesellschaft, hat sich das Finanzministerium – wie ich glaube, aus guten Gründen, weil da eine spezielle Kenntnis im Bereich des Vergabewesens notwendig war – externer Anwälte bedient. – Ich habe das, wie gesagt, selbst miterlebt, und daher ist das nicht etwas völlig Ungewöhnliches.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Über parlamentarische Anfragen ist ja bekannt, dass sich Finanzminister Grassler einer Unzahl externer Berater bedient hat, zu den verschiedensten Themen. – Können Sie das bestätigen?

Dr. Gerhard Steger: Es ist in einer ganzen Reihe von Projekten immer wieder vorgekommen, dass wir Externe hatten. – Das entspricht auch meiner Wahrnehmung, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Daher müsste man eigentlich davon ausgehen – bei solch einem bedeutenden Projekt, das derartige gravierende Auswirkungen auf die Gebarung hat –, dass es eher ungewöhnlich ist, dass in diesem Fall nicht externe Berater beigezogen wurden?

Dr. Gerhard Steger: Das ist eine Entscheidung der jeweiligen Verantwortlichen für dieses Dossier, die man da fragen müsste.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es ist im August 2003 ein Bericht des Bundesrechnungshofes über den Sachstand des Rüstungsvorhabens Eurofighter aufgetaucht – also, der deutsche Bericht, der ziemlich viel Aufregung verursacht hat, um das noch einmal dazuzusagen; die SPÖ hat das dann im Rahmen einer Anfrage thematisiert. – Ich komme dann noch einmal darauf zurück.

Herr Dr. Hillingrathner hat sich jetzt nicht erinnern können: Hat er vom Kabinett diesen Bericht mit Beilagen bekommen, oder hat er ihn bekommen und an das Kabinett weitergeleitet. – Haben Sie da eine Erinnerung, wie dieser Weg dieses Berichtes gewesen ist?

Dr. Gerhard Steger: Tut mir leid, Herr Abgeordneter, da habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Bestimmt ist ja diskutiert worden über den Bericht. Minister Platter hat sich darüber auch öffentlich geäußert und hat dazu gemeint, das würde dem Ansehen Österreichs schaden, wenn diese katastrophale Einschätzung des Projektes eben jetzt veröffentlicht wird.

Ist Ihnen irgendetwas in Ihrer Wahrnehmung untergekommen, wie der Finanzminister auf diesen Bericht reagiert hat?

Dr. Gerhard Steger: Nein, weil die Kontakte diesbezüglich ja in der Regel über Traummüller direkt zu meiner Fachabteilung gekommen sind. Und ich habe versucht, immer dann, wenn der Finanzminister mit mir in dieser Frage Kontakt hatte – zumindest in den meisten Fällen –, das auch irgendwie zu notieren, und da ist mir in meinen Mitschriften nichts untergekommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es ist heute bekannt geworden, dass Dr. Hillingrathner den Punkt 4 der Verhaltensregeln erst **seit gestern** kennt, und da wollte ich Sie fragen: Gibt es irgendeinen vergleichbaren Vorgang, wo über Verträge verhandelt worden ist, wo dann so maßgebliche Personen, wie es Dr. Hillingrathner war, aus welchen Gründen jetzt auch immer, über so entscheidende Punkte von der Textierung her überhaupt nicht Bescheid gewusst haben?

Dr. Gerhard Steger: Mir ist da jetzt aus dem Gedächtnis kein Vergleichsfall bekannt. Es war so, dass das alles offensichtlich unter sehr starkem Zeitdruck abgewickelt

worden ist. – Also, ich könnte da jetzt keinen Vergleichsfall nennen, wenn das Ihre Frage war.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Eine weitere sehr bemerkenswerte Aussage des Herrn Hillingrathner hat sich auf den Einredeverzicht bezogen. Er hat gesagt, der ist mit der Bank verhandelt worden. – Haben Sie da irgendein vergleichbares Modell, wo über so entscheidende Punkte zwischen Vertragspartnern eigentlich mit Dritten verhandelt wird?

Dr. Gerhard Steger: Es kann schon sein, wenn dritte Partner im Spiel sind – das war offensichtlich dort der Fall –, dass diese Dritten dann auch schon in einem gewissen Stadium des Verhandlungsprozesses einbezogen werden, um die Dinge so aufzugleisen, dass das Ding dann auch fliegt, um es salopp zu sagen. Also das ist, glaube ich, nicht nur in dem Fall so gewesen, sondern das kann schon öfters vorkommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dr. Hillingrathner hat von einer gewissen Präferenz für die BAWAG gesprochen und formuliert, dass man sich da ein gewisses Wohlwollen – das waren seine Worte – erwartet hat. Haben Sie da irgendeine Wahrnehmung?

Dr. Gerhard Steger: Nein, habe ich keinerlei Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gibt es eine Wahrnehmung dazu, dass die Aussage von Dr. Hillingrathner gekommen ist, dass die Lieferung im Mai 2007 aufgrund einer Grasser-Weisung zustande gekommen ist, dass das politisch abgesegnet war – so war die Formulierung –?

Dr. Gerhard Steger: Wie gesagt, im damaligen Verhandlungsprozess war ich kaum involviert und habe meiner Erinnerung nach das damals auch nicht speziell zur Kenntnis gebracht bekommen – es sei denn, es wäre in einem Akt gestanden, den ich abgezeichnet habe, was ich jetzt von hier aus im Moment nicht auf die Schnelle rekonstruieren kann. Ich habe dann später alle diese Unterlagen auch entsprechend nachgelesen für die Befragung hier im Ausschuss, und da habe ich natürlich gelesen, was dazu in den Unterlagen steht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ein letzter Punkt – denn mir ist klar, dass, da Sie, aus politischen Gründen, vollkommen von den Vorgängen getrennt wurden, natürlich kaum Wahrnehmungen vorhanden sein können. Aber ganz grundsätzlich: Zu der Bankgarantie über 1,9 Milliarden, die abgeschlossen worden ist, da ist sozusagen der Ausschuss auch auf der Spur, ob es da irgendwelche Vermittlungstätigkeiten gegeben hat. Die wollte oder konnte Herr Wall nicht vollkommen ausschließen, auch Hillingrathner letztlich nicht – er sagt zwar, das hätte keinen Sinn, aber er kann es nicht ausschließen.

Wenn so große Bankgeschäfte vorgenommen werden, ist es da eigentlich eher plausibel und wahrscheinlich, dass es Vermittlungstätigkeiten gibt, oder ist das eher unwahrscheinlich?

Dr. Gerhard Steger: Da will ich mich nicht auf Spekulationen einlassen. Da müsste man diejenigen fragen, die operativ diese Geschäfte konkret betreiben. Das wäre in dem Fall Mag. Kocher.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist es eher gewöhnlich, dass bei so bedeutenden Bankgeschäften auch auf Vermittlungstätigkeiten zurückgegriffen wird, oder ist es eher die Ausnahme?

Dr. Gerhard Steger: Entschuldigen Sie, ich habe akustisch jetzt ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist es eher die Ausnahme, dass bei solchen Bankgeschäften auch Vermittlungstätigkeiten zwischengeschaltet werden, oder ist es eigentlich eher die Übung?

Dr. Gerhard Steger: Was meinen Sie jetzt mit „Vermittlungstätigkeit“, bitte?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, dass irgendjemand noch zusätzlich zwischen der Bank und in dem Fall dann der Republik Österreich durch eine Dienstleistung auch einen Honorar- oder Provisionsanspruch erwirbt.

Dr. Gerhard Steger: Auch da würde ich bitten, die in diesem Bereich operativ Tätigen zu befragen, also zum Beispiel den Mag. Kocher.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Sektionschef Dr. Steger, ich möchte das jetzt ein bisschen eingrenzen, wie weit Sie jetzt wirklich da eingebunden waren, erstens in dem Zeitraum vor Vertragsabschluss und dann auch in dem Zeitraum, den das Beweisthema 4 umfasst, der also für uns jetzt wesentlich ist. Wenn ich es richtig verstanden habe, sind Sie in dem Zeitraum der Vertragsverhandlungen bis zum Vertragsabschluss hin nicht wirklich eingebunden gewesen. – Stimmt das so weit?

Dr. Gerhard Steger: Wie ich das letzte Mal deutlich zu machen versucht habe, bin ich in – erinnerlich – zwei Detailfragen einbezogen worden. Das eine war diese Geschichte der grundsätzlichen Einschätzung des Einredeverzichts, diese Sitzung am 30. April 2003. Und die zweite Geschichte war ziemlich am Schluss dieses ganzen Verhandlungsprozedere, wo ich, damals als Aufsichtsratsvorsitzender der Bundesfinanzierungsagentur, mit der Frage konfrontiert war, ob man dieses Geschäft über die Bundesfinanzierungsagentur abwickeln könne. Und da haben wir uns die Rechtsbestimmungen angeschaut, der Vorstand, mein Stellvertreter Mag. Lejsek und ich, und sind zur Auffassung gekommen, dass das nicht möglich ist. Das haben wir der politischen Ebene auch entsprechend zurückgespiegelt.

Also, das waren erinnerlich die zwei operativen Geschichten, wo ich im Detail einbezogen war. Ansonsten habe ich ein paar Akte gesehen, die an mir vorbeigelaufen sind. Die eigentliche Verhandlungsführung, das eigentlich operative Geschäft lag aber federführend bei Dr. Traumüller.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Weitere Wahrnehmungen haben Sie praktisch, so gesehen, nicht gehabt bis zum Vertragsabschluss?

Dr. Gerhard Steger: So war es. Also meine Rolle beschränkt sich auf das, was ich vorher deutlich zu machen versucht habe.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Gut, das haben wir schon behandelt. – Und jetzt nach Vertragsabschluss, inwieweit waren Sie da eingebunden?

Dr. Gerhard Steger: Da ist es auch so, dass die Dinge über Dr. Traumüller gelaufen sind – das lässt sich ja auch anhand der Unterlagen, die dem hohen Ausschuss vorliegen, zeigen. Auch da habe ich den einen oder anderen Akt gesehen, stehe ich bei dem einen oder anderen Akt mit der Paraphe drauf, aber die konkrete operative Ausgestaltung ist ebenfalls sehr stark über Dr. Traumüller gelaufen. Wie gesagt, das ergibt sich auch aus den Unterlagen, die dem Ausschuss vorliegen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, mit den für den Ausschuss wichtigen persönlichen Wahrnehmungen können Sie nach Vertragsabschluss auch nicht aufwarten?

Dr. Gerhard Steger: Ich fürchte, das ist so, Herr Abgeordneter, ja.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Dann möchte ich mit einer letzten Frage enden. Sie haben gerade vorhin gesagt, dass Sie zur Kenntnis nehmen haben müssen, dass Dr. Traumüller die Verhandlungen leiten sollte, Sie haben das nicht wirklich verstanden, aber Sie haben das zur Kenntnis genommen. – Habe ich das so richtig wiedergegeben?

Dr. Gerhard Steger: Es ist richtig, dass der Minister das Recht hat, jemand anderen mit der Verhandlungsführung zu beauftragen, und als Beamter weiß ich, dass ich das zur Kenntnis zu nehmen habe.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben dann auch gesagt, dass Sie nicht unbedingt ein – ich möchte es einmal vorsichtig formulieren – Freund der Abfangjäger-Nachbeschaffung waren und auch nicht des Eurofighters. – Ist das auch korrekt wiedergegeben von mir?

Dr. Gerhard Steger: Das ist korrekt, ja.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ist es dann so abwegig – weil Kollege Pilz versucht hat, das so ein bisschen als Skandal darzustellen –, dass Herr Dr. Traumüller Verhandlungsführer wird und nicht Sie das geworden sind? Ist es so abwegig, dass man in eine Vertragsverhandlung eine Person schickt, von der nicht unbedingt von vornherein schon zu erwarten ist, dass sie gegen den Verhandlungspartner arbeiten wird – und Verhandeln heißt ja, miteinander auch Sachen ausdiskutieren, auszuverhandeln, und nicht unbedingt von vornherein negativ auf den anderen zuzugehen –?

Dr. Gerhard Steger: Ich würde ganz im Gegenteil sagen, Herr Abgeordneter: Wenn jemand eine gewisse innere Distanz zu dem Gegenstand des Verhandeln hat, dann ist er besonders gut in der Lage, die Interessen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu vertreten.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Eine gewisse Distanz wird gut sein. Ich möchte jetzt, wie wir gerade vorhin gesagt haben, nicht in eine Diskussion eintreten, nur: Wenn man vorweg sagt, dass man gegen einen bestimmten Flugzeugtyp ist und dann mit diesem Verhandlungspartner einen Vertrag ausverhandeln soll, dann ist man doch voreingenommen, oder?

Dr. Gerhard Steger: Wissen Sie, Herr Abgeordneter, wie ich schon das letzte Mal gesagt habe: Wenn die Preisdifferenz – Stand Typenentscheidung Mitte 2002 – zwischen F-16 MLU – für die ich für den Fall, dass Abfangjäger zu beschaffen wären, optiert habe, schriftlich, wie dem Ausschuss vorliegt –, zwischen F-16 MLU mit life update und Eurofighter 1,6 Milliarden € Steuergeld beträgt, dann ist das für mich keine Frage, ob ich für Eurofighter bin oder nicht für Eurofighter bin – nämlich jetzt zu sagen: als Produkt –, sondern dann ist es eine Frage: Was ist für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler das Günstigste?

Ich habe damals für die kostengünstigere Möglichkeit optiert, nämlich für F-16 MLU, und ich glaube, dass das keine Frage von Emotionen gegenüber einem Produkt oder einer Firma ist, sondern meine Aufgabe ist es, mitzuhelfen, dass Steuergelder möglichst effizient eingesetzt und möglichst wenig verausgabt werden. Daher ist es keine Frage, ob mir jetzt Eurofighter sympathisch ist oder nicht sympathisch ist, sondern was für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die günstigste Lösung ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zwei kurze Fragenkomplexe: Herr Sektionschef! Sie waren, wenn auch nur mit einer Paraphe eingebunden, aber, so nehme ich an, doch ein bisschen mehr informiert über die Erstellung dieses Business Codes. – Erinnern Sie sich? (*Dr. Steger: Ja!*) – Nun wissen Sie aus den Medien, dass es hier eine eigenmächtige Ergänzung dieses Business Codes durch Eurofighter gab

und dass dann in dieser Variante der Business Code Eingang in den Vertrag gefunden hat.

Herr Wall hat hier im Ausschuss ausgesagt, er hat sich die Zustimmung des Finanzministeriums geholt, und hat dann auf Nachfrage erklärt, wie diese Zustimmung ausgesaut hat: Er hat mit dem Herrn Hillingrathner telefoniert.

Jetzt in Kenntnis des Aktenstandes, dass das Finanzministerium einen bestimmten Text approbiert hat: Hätte ein Abgehen von diesem Text der Zustimmung durch das Finanzministerium bedurft? – Oder, anders gefragt: War Herr Hillingrathner befugt, eine so weitreichende Erklärung abzugeben, von dem approbierten Text des Finanzministeriums abzugehen, ohne dass darüber ein Aktenvorgang existiert?

Dr. Gerhard Steger: Gestatten Sie mir, dass ich durch eine andere Tür ins selbe Zimmer komme: Es obliegt dem Finanzministerium, eine so genannte **Einvernehmensherstellung** über bestimmte Vorhaben von bedeutender finanzieller Größenordnung abzugeben oder nicht abzugeben. Das heißt, dieser Vertrag bedurfte des Einvernehmens des Finanzministeriums, und selbstverständlich hätte das Finanzministerium die Möglichkeit gehabt, nein zu sagen, wenn bestimmte Vertragsbestandteile nicht dem entsprechen, was man sich vorstellt.

Die Frage, ob der Kollege Hillingrathner da zugestimmt hat oder nicht, kann ich einfach nicht beantworten, weil ich dazu keine Wahrnehmung habe. Dazu kann ich nur sagen, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jetzt in Kenntnis der Weisungshierarchie des Finanzministeriums: Nachdem Sie das als Sektionsleiter abgezeichnet haben, das Ministerbüro es abgezeichnet hat – die ursprüngliche Textierung, die approbierte Textierung –, ist es dann zulässig, dass ein einzelner Beamter am Telefon eine derartige weitreichende Abweichung signalisieren kann, dass das damit saniert wäre?

Dr. Gerhard Steger: Also wenn das Finanzministerium einem bestimmten Vertragsentwurf oder einer bestimmten Vertragsfassung zugestimmt hat, dann bedarf natürlich, oder dann bedürfte – weil ich ja dem Kollegen Hillingrathner in keiner Weise irgendetwas unterstellen möchte – ein Abgehen von einer solchen Vertragsfassung selbstverständlich wieder eines entsprechenden Prozedere und auch einer entsprechenden Festhaltung. Ich unterstelle dem Kollegen Hillingrathner aber nicht, dass er das eigenmächtig abgeändert hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, hat er auch nicht. Das behauptet nur Herr Wall; Hillingrathner selber behauptet es eh nicht.

Daher meine nächste Frage: Hätte das – nach den langjährigen Erfahrungen des Verhältnisses zwischen Verteidigungsministerium und Finanzministerium – dem Verteidigungsministerium bekannt sein müssen, dass ein derartiges Abgehen von einem approbierten Text ein förmliches Verfahren nach sich ziehen hätte müssen?

Dr. Gerhard Steger: Da bin ich sicher, dass das bekannt hätte sein müssen, weil natürlich die Kollegen des Verteidigungsministeriums auch die haushaltsrechtlichen Vorschriften so weit kennen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jawohl. Danke. – Der zweite Fragenkomplex ist etwas problematischer. Ich muss Ihnen den Vorgang schildern:

Eurofighter wurde, von wem auch immer, aufgefordert, eine Finanzierungsvariante auf die Beine zu stellen und auch Alternativangebote in Deutschland bei Banken einzuholen. Daraufhin hat Eurofighter gesagt, für den Fall, dass der Vertrag nicht zustande kommt, muss die Republik die Kosten übernehmen, und hat dazu dem Herrn Wall einen Brief geschickt. Der Herr Wall telefoniert daraufhin mit dem Herrn

Hillingrathner und fragt ihn, ob dieser Text, dieser Briefinhalt so in Ordnung ist. Daraufhin bekommt der Herr Wall von Herrn Hillingrathner ein Fax, wo ihm der Herr Hillingrathner den Textentwurf durchfaxt, den offensichtlich er oder jemand anderer aus der Verwaltung für Eurofighter erstellt hat.

Das heißt, die advokatorische Aufgabe, das, was normalerweise Rechtsanwälte machen und dafür auch teures Geld verlangen, hat die österreichische Verwaltung übernommen. – Kommt so ein Vorgang häufiger vor?

Dr. Gerhard Steger: Ich versuche nur nachzufragen, damit ich die Frage präzise verstehe: Was Sie sagen, ist, Hillingrathner habe einen Text für Eurofighter gemacht (*Abg. Mag. Stadler: Entworfen!*) – entworfen –, damit Eurofighter den wieder gegenüber seiner Bank – oder habe ich das ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, gegenüber der Republik, und zwar adressiert an die Republik, ans Verteidigungsministerium, damit die Republik eine Kostenzusage übernimmt.

Dr. Gerhard Steger: Es kann sein, dass solche Fälle vorkommen, wenn es vorher ... – Ich sage das hier abstrakt, ohne jetzt auf den konkreten Fall zu rekurrieren: Es kann sein, wenn es ein Einverständnis mit dem Bundesministerium für Finanzen gibt, dass wir bestimmte Kosten übernehmen, dass wir dann auch hilfreich sind in konkreten Formulierungen. Das kann vorkommen. – Ob das im gegenständlichen Fall der Fall war, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das ist etwas anderes, dass man hilfreich ist bei der Formulierung einer Vereinbarung. Aber es ist doch, so nehme ich an – korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege! –, gänzlich ungewöhnlich, dass ein Organwalter der Republik einem Geschäftspartner einen Brief konzipiert, den der dann an die Republik schickt, damit die Republik eine Kostenübernahmeerklärung abgibt, wo dort drinnen erst sozusagen das Anliegen an die Republik formuliert wird.

Dr. Gerhard Steger: Wenn es so wäre, wie Sie das hier sagen, wäre es ungewöhnlich. Ich möchte nur ausdrücklich sagen, dass ich das dem Kollegen Hillingrathner nicht unterstelle, weil ich diese Sache nicht kenne.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, ein derartiger Vorgang ist absolut ungewöhnlich? Sind Ihnen ähnliche Vorkommnisse schon einmal untergekommen?

Dr. Gerhard Steger: Wenn es keine vorherige Vereinbarung gibt zwischen dem Finanzministerium und einem Dritten, dass es eine bestimmte Kostenübernahme gibt, und wir sozusagen nur hilfreich sind, das in die richtige Form zu gießen, dann ist das absolut ungewöhnlich. Und ich sage noch einmal, dass ich das dem Kollegen Hillingrathner nicht unterstelle.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, er hat es hier nicht einmal in Abrede gestellt. Er war sich nur nicht mehr ganz sicher, ob er den Text entworfen hat oder nicht, aber er steht zu dem Vorgang – was ich für bedenklich genug erachte. – Danke.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur eine kurze Nachfrage zu Ihrer letzten Aussage hier: Die Vertragskonfiguration in V1 und V2 aufzutrennen, da haben Sie in Ihren Aufzeichnungen drinnen, dass Sie sich schon am 5.9.2002 damit beschäftigt haben. Da war aber der endgültige Entwurf vor Auf-Eis-Legung, September 2002, noch nicht fertig. – War diese V1/V2-Geschichte damals Ihre Idee? Oder ist die woanders hergekommen?

Dr. Gerhard Steger: Nein, die ist nicht von mir gekommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Von wem ist die gekommen?

Dr. Gerhard Steger: Keine Ahnung. Weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. – Was es damit auf sich hatte, haben wir ja ausführlich erörtert. – Danke.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Sektionschef, eine Frage nur: Sie haben gesagt, dass Sie im Nachhinein noch einmal mit dem Vertrag beziehungsweise mit dem Geschäft zu tun hatten, und zwar in der Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden der Bundesfinanzierungsagentur, und dass eine Finanzierung dieses Geschäftes über die Bundesfinanzierungsagentur nicht möglich war, und das haben Sie der Politik zurückgespiegelt. – Warum war das nicht möglich?

Dr. Gerhard Steger: Das steht im Bundesfinanzierungsgesetz – das ist das Gesetz, das die Grundlage für die Tätigkeit der Bundesfinanzierungsagentur bildet – sehr genau drinnen: was darf die Bundesfinanzierungsagentur und was darf sie nicht. Und ich sage jetzt einmal sehr zugespitzt: Abfangjäger kaufen fällt da nicht darunter. Sehr wohl, dass man die Finanzierung aufstellt – damit wir da kein Missverständnis haben.

Also die ÖBFA stellt die Finanzierung für den Bund, für seine verschiedensten Vorhaben auf. Aber die Frage war damals: Kann die ÖBFA die Flieger formal beschaffen, tatsächlich beschaffen? – Und da haben wir nachgesehen in den Rechtsgrundlagen, und da war ein klares Nein von unserer Seite.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Die tatsächliche Beschaffung wurde ja durchgeführt von den beiden Ministerien, Verteidigung und Finanzen!

Dr. Gerhard Steger: Die kurzfristige Idee damals, Herr Abgeordneter, die es zu prüfen galt, war: Kann die ÖBFA als Käufer auftreten?

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und können Sie sich erklären, warum man nicht zur Finanzierung genau dieses Institut herangezogen hat, das ja bis hin zu den Gemeinden immer wieder als Finanzierungsmöglichkeit empfohlen wird?

Dr. Gerhard Steger: Nun, man hat sie ja herangezogen, um die kostengünstigste Bank für diese Konstruktion zu finden. Da war der Kollege Kocher als Geschäftsführer der ÖBFA ja einbezogen und hat auch diese Recherche bei den Kreditinstituten durchgeführt.

Obmann Dr. Peter Pilz erklärt, da keine Fragewünsche mehr vorliegen, die Befragung von Dr. Steger für beendet und dankt diesem für sein Erscheinen.

(Die **Auskunftsperson Dr. Gerhard Steger** verlässt den Sitzungssaal.)

14.20

Obmann Dr. Peter Pilz ersucht nun darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Alexander Tomasch** in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Dr. Alexander Tomasch** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

14.21

Der Obmann begrüßt die Auskunftsperson, dankt für deren Erscheinen, erinnert an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288

Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Dr. Alexander Tomasch (Bundesministerium für Finanzen): Mein Name: Alexander Tomasch; Geburtsdatum: 11.4.1963; Anschrift: 1050 Wien; Beruf: Beamter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Dr. Tomasch, Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Wird einer dieser Gründe schlagend, wenden Sie sich an den Verfahrensanwalt oder an mich, und wir werden dann die weitere Vorgangsweise besprechen.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie nach der Verfahrensordnung das Recht, eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Der Obmann erteilt als erstem Fragesteller Abg. Kogler das Wort.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie vorab schildern, wie Sie in den Verhandlungsprozess integriert waren und welche Rolle Sie da gespielt haben?

Dr. Alexander Tomasch: Ich bin Referent in der damaligen Abteilung II/14, jetzt II/7, und bin mit Agenden der Landesverteidigung betraut. Zum konkreten Beschaffungsfall war das so, dass ich als Referent die Akten gemacht habe.

Die Verhandlungen selbst sind so gelaufen, dass ab Juli 2002, wo die Typenentscheidung war, im Herbst, im August, die Verhandlung begonnen hat. Da habe ich unter anderem an diversen Sitzungen teilgenommen. Nachdem die Regierung im September 2002 geplatzt ist, ist das Ganze unterbrochen worden und erst im März – oder wann – sind die Verhandlungen aufgenommen worden. Wieder an Sitzungen teilgenommen habe ich erst ab Ende April. In der Sitzungszeit, bei dem, was von März bis April passiert ist, war ich nicht anwesend.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sind dann wieder beigezogen worden? (*Dr. Tomasch: Ja!*) – Wie war die Verhandlungskonfiguration seitens der Republikvertreter, und zwar zunächst im Sommer und dann ab April?

Dr. Alexander Tomasch: Es waren Vertreter vom Verteidigungsministerium, Leute von EADS, von der Eurofighter GmbH und ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich meine jetzt nur die Vertreter der Republik. Wie haben Sie das wahrgenommen, wer da welche Rolle eingenommen hat?

Dr. Alexander Tomasch: Es waren Dr. Wall und Dr. Hillingrathner, die die Verhandlungen geführt haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau, da ist ja auch eine Gruppe eingerichtet worden. – Und wer ist darüber hinaus im BMF beauftragt worden?

Dr. Alexander Tomasch: Erst im Frühjahr 2003 war es Dr. Traumüller, der noch vom Kabinett aus als Verhandler zugezogen wurde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es hat sich bei den Befragungen der anderen Auskunftspersonen herausgestellt, dass Traumüller mit der Verhandlungsleitung dieser kaufmännischen Teile eigentlich letztendlich direkt vom Finanzministerium betraut war. Wie haben Sie das wahrgenommen?

Dr. Alexander Tomasch: Eigentlich nicht. Ich habe gewusst, dass er Verhandlungen führt, aber bei konkreten Verhandlungen, an denen er teilgenommen hat, kann ich mich nicht erinnern, dass – da war ich nicht anwesend.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sind Ende April selber dazugestoßen. (*Dr. Tomasch: Ja!*)

Haben Sie durch Gespräche oder durch Einschau in Unterlagen dann einen Eindruck gewonnen, ob der Dr. Traumüller im März oder im April eine aktivere Rolle gespielt hat?

Dr. Alexander Tomasch: Das schon. Ich kann mich erinnern, dass er mit Dr. Hillingrathner oft telefoniert hat, und dann, wenn Dr. Hillingrathner nicht da war, bei mir angerufen hat. Aber ich habe da auch nicht weiterhelfen können, weil ich vom aktuellen Stand nichts gewusst habe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben vom aktuellen Stand nichts gewusst? (*Dr. Tomasch: Ja!*) Aber Sie haben sich so weit ein Bild machen können, dass Hillingrathner vom Anfang an welchen Teil in den Verhandlungen erfüllt hat?

Dr. Alexander Tomasch: Er war der BMF-Vertreter.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und welche Rolle hat Traumüller gespielt?

Dr. Alexander Tomasch: Ich würde sagen, die der Kabinettssebene hat er gespielt. Ich weiß, dass er bei Verhandlungen teilgenommen hat und dass die zum Teil im Landesverteidigungsministerium stattgefunden haben. Soweit sie im BMF stattgefunden haben, habe ich Dr. Traumüller nicht gesehen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zu ein paar inhaltlichen Punkten dieser Verhandlungen: Die rekurrieren wir vielleicht am ehesten auf die Besprechungen, die es dann schon mit den Vertretern des Rechnungshofes gegeben hat. Da waren Sie meistens dabei. – Ist das richtig? (*Dr. Tomasch: Ja!*) – Es ist da eine Information vorbereitet worden, für den Herrn Staatssekretär Finz in diesem Falle, gezeichnet von Dr. Schwarzendorfer und Dr. Hillingrathner, und da waren bestimmte Erwartungen bezüglich der möglichen Kritikpunkte des Rechnungshofes; sie werden auch so bezeichnet.

Ein großer Teil davon bezieht sich auf die Abfolge der Vertragsentwürfe bis hin zu den Textänderungen, im Speziellen offensichtlich auf die Bereiche Einredeverzicht, Haftung, Schadenersatz. Dann wird Folgendes ausgeführt, nämlich als Gegenargument für etwaige Vorhalte:

„Die Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche des Bundes scheiterte am absoluten Widerstand des Vertragspartners.“ – Zitatende.

So ist es als Papier an den Staatssekretär Finz vermerkt.

Wie haben Sie diese Verhandlungsabfolgen in Erinnerung, wenn es etwa um den Vertragswunsch des Bundes bei der Haftungsfrage zum Beispiel gegangen ist?

Dr. Alexander Tomasch: Die Haftungsfrage kenne ich eigentlich nur aus den Papieren selbst.

Was ich glaube, was im Zusammenhang mit dem Rechnungshof gestanden ist, war das Problem mit der Haftungsreduktion, und da gab es irgendeinen Versicherungsmathematiker, der ein Gutachten erstellt hat oder eine Stellungnahme verfasst hat, und der hat ungefähr gesagt, dass um rund 49 Millionen € die Kaufpreissumme reduziert werden müsste. Und effektiv ist es 32 Millionen ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nicht die Haftungssumme, sondern der Gegenwert ... (Dr. **Tomasch:** *Dieser Betrag!*) – Genau!

Dr. Alexander Tomasch: Man hat sich dann auf 32 Millionen geeinigt. Und das wurde vom Rechnungshof kritisiert, da hätte man mehr herausholen können. Und da hat es meiner Erinnerung nach geheißen, dass man nicht alles durchsetzen konnte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Offensichtlich! Dieser Vertragsbestandteil ist aber ab April in der Verhandlungsführung nicht mehr angegriffen worden. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Dr. Alexander Tomasch: Ich kann mich nicht mehr erinnern, dass das

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zum prominenteren Teil des Einredeverzichts: Sie sind Ende April dazugekommen. War diese Konstruktionsweise, die mit anderen Dingen zusammenhängt, dann schon auf dem Tapet?

Dr. Alexander Tomasch: Genau beim Einredeverzicht bin ich dann wieder dazugekommen. Da hat eine Sitzung bei uns in der Abteilung stattgefunden, wo die Prokuratur auch anwesend war, Frau Dr. Duffek-Stanka. Und da ist auf einmal der Einredeverzicht da gewesen. Ich habe vorher von dem nichts gehört.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War das zufällig der 18. April 2003?

Dr. Alexander Tomasch: Es muss irgendwann im April gewesen sein, ich kann es nicht mehr sagen. Da habe ich das erste Mal den Einredeverzicht gehört.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie ist das dort diskutiert worden? Was waren die Vorteile, etwaige Nachteile?

Dr. Alexander Tomasch: Die Nachteile hat man dann eh in jeder Zeitung gelesen, nämlich, dass Österreich in jedem Fall zahlen muss, auch wenn nicht oder schlecht geliefert wird. Im Gegenzug hat es eben geheißen, dass durch den Einredeverzicht der ganze Kaufpreis um rund 100 Millionen € billiger wird.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau! Aber – nicht, was die Medien nachher geschrieben haben – wie ist das damals diskutiert worden, oder wie ist die Idee auf die Welt gekommen?

Dr. Alexander Tomasch: Er war auf einmal da, der Einredeverzicht. Die Prokuratur hat Bedenken geäußert (Abg. Mag. **Kogler:** *Aha!*) und

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war der Mag. Kocher? – damit wir vorankommen.

Dr. Alexander Tomasch: Der Einredeverzicht war auf einmal da. Ich weiß nicht, von wo der hergekommen ist. Erst nachher habe ich irgendwo gelesen, dass die Bundesrepublik Deutschland beim Ankauf des A 400 M dieselbe Konstruktion gewählt hat, dass es von dort kommen soll.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist dann irgendwann als Argument aufgetaucht, das stimmt. – Aber ich habe jetzt selber falsch dazwischengekeppelt. Herr Mag. Kocher war natürlich von der Finanzierungsagentur. (Dr. **Tomasch:** *ÖBFA!*) – Genau!

Welche Bedenken hat es von der Finanzprokuratur gegeben?

Dr. Alexander Tomasch: Die hat vertragsrechtliche Bedenken gehabt. Sie hat Angst gehabt, dass die Republik durch diesen Einredeverzicht schlechter gestellt werden könnte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wer hat diese Meinung für die Prokuratur geäußert?

Dr. Alexander Tomasch: Das war Frau Dr. Duffek-Stanka, die zuständige Abteilungsleiterin der Prokuratur.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das hat in den innerministeriellen Besprechungen schon eine Rolle gespielt? (*Dr. Tomasch: Ja!*) – Wie waren die Reaktionen derer, die das vertreten wollten?

Dr. Alexander Tomasch: Die Kaufpreisreduktion und dass österreichisches Recht anwendbar ist, dass österreichische Gerichte zuständig sind. Und sollte wirklich etwas passieren, gibt es eine Bankgarantie, die sofort gezogen werden könnte, dass Österreich dadurch kein Schaden entsteht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben den „zuordenbaren Vorteil“ – unter Anführungszeichen –, den finanziellen Gegenwert mit zirka 100 Millionen € beziffert? (*Dr. Tomasch: Ja!*) – Warum hat, aus der Diskussionsabfolge heraus, so eine zwingende Notwendigkeit bestanden, diesen Einredevorzicht haben zu müssen?

Dr. Alexander Tomasch: Ja ich meine, 100 Millionen € ist ein sehr hoher Betrag.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, nein, das ist ja der Gegenwert! Aber warum kommt man überhaupt auf diese Konstruktion? Man hätte ja auch als Bund einen Kredit nehmen können.

Dr. Alexander Tomasch: Man wollte keine Staatsschuld eingehen. Wenn Österreich selbst den Kredit aufgenommen hätte, wäre eine Staatsschuld entstanden, und das wollte man vermeiden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber man hat nicht diskutiert darüber, dass es zwar vielleicht in den ausgewiesenen Büchern des Staates – wenn Sie so wollen –, in den Kriterien der Finanzschuld beziehungsweise in ähnlichen Darstellungen eine Rolle spielt, aber letztendlich es immer noch billiger kommt, wenn die Republik den Kredit selbst nimmt? Das hat keine Rolle gespielt?

Dr. Alexander Tomasch: Nein. Was ich hinterher in den Unterlagen gesehen habe – es wurden ja alle möglichen Finanzierungsvarianten evaluiert –, war diese Konstruktion, wie sie eben zum Tragen gekommen ist, für die Republik die günstigste.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, gemessen an dem, was vorher lag.

Aber wie hat Mag. Kocher dort argumentiert? Können Sie sich noch erinnern?

Dr. Alexander Tomasch: Kann ich mich eigentlich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da hat er nämlich ausgeführt, dass die Kreditaufnahme des Bundes selbst, die ja aus politischen Gründen ausgeschieden wurde, immer noch um 10 bis 15 Millionen € billiger gekommen wäre. Hat er das dort irgendwann einmal argumentiert?

Dr. Alexander Tomasch: Ich kann mich an eine derartige Sitzung nicht erinnern, daran, dass ich das von ihm gehört hätte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Dann lassen wir es einmal.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Dr. Tomasch! Herr Dr. Traumüller war der Verhandlungsverantwortliche? Das war doch so, oder? (*Dr. Tomasch: Ja!*) – Und Dr. Sailer, wer ist das?

Dr. Alexander Tomasch: Einen Dr. Sailer kenne ich nicht, ich kenne einen ***Mag. Sailer.***

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Oder Mag. Sailer?

Dr. Alexander Tomasch: Es hat bei uns im Haus eine Abteilung II/3, Haushaltsrechtliche Abteilung, gegeben, und da war er Mitarbeiter.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Mag. Sailer hat Sektionschef Steger genannt und gesagt, dass er in die Vertragsverhandlungen mit involviert war.

Dr. Alexander Tomasch: In die Vertragsverhandlungen selbst nicht, nur zu diesem generellen Punkt Einredeverzicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dann Dr. Reidinger von der Finanzprokurator. Wer noch von der Finanzprokurator? Sie haben zuvor eine Dame genannt.

Dr. Alexander Tomasch: Herr Dr. Reidinger war der Vorgänger von Frau Dr. Duffek-Stanka, und der ist irgendwann einmal im Herbst 2003 in Pension gegangen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dann Mag. Kocher.

Dr. Alexander Tomasch: Mag. Kocher von der ÖBFA.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dann Sie (*Dr. Tomasch: Teilweise, ja!*) mit Herrn Dr. Hillingrathner. (*Dr. Tomasch: Mit Herrn Dr. Hillingrathner, ja!*) Noch jemand aus dem Finanzbereich, der sozusagen immer wieder in dem ganzen Team mit dabei war, wenn Einzelfragen für Einzellösungsansätze aufgetaucht sind?

Dr. Alexander Tomasch: Aus der Finanz ist mir sonst eigentlich niemand mehr erinnerlich.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, für so einzelne Fragen haben die Personen die einzelnen Elemente des Vertrages abgeklärt? (*Dr. Tomasch: Ja!*) – Hat sich Sektionschef Steger um einzelne Elemente gekümmert?

Dr. Alexander Tomasch: Nur sehr punktuell.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): So wie eben vorher beim Beschaffungsvorgang auch? (*Dr. Tomasch: Ja!*) – Das heißt, Ihre Abteilung war nicht das große Steckenpferd des Herrn Sektionschefs Steger? Ihr habt immer selbständig arbeiten können?

Dr. Alexander Tomasch: Dr. Hillingrathner hat sehr selbständig gearbeitet, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nämlich über die Jahre hinweg schon? Da war das nicht irgendwie anders als sonst auch? (*Dr. Tomasch: Nein!*) – Ihr habt dann kritisiert, oder Dr. Hillingrathner hat angemerkt, dass ihm Schreibkräfte abgehen. Er hätte sich mehr Schreibkräfte gewünscht, weil doch der Arbeitsaufwand so groß war. – An wen hat man sich da gewandt?

Dr. Alexander Tomasch: Ich nehme an, dass er sich wahrscheinlich an das Präsidium gewandt hat, die für die Infrastruktur zuständig ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und haben Sie jemanden in Aussicht gestellt bekommen?

Dr. Alexander Tomasch: Nein, es war nichts. Es war Dr. Hillingrathner eigentlich eine „One-Man-Show“ vom März bis Juli 2003. Und erst dann im April/Mai, hat er mich wieder beigezogen, so, dass ich teilweise mehr oder weniger niedere Dienste gemacht habe.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, Sie waren sozusagen der Assistent von Herrn Hillingrathner?

Dr. Alexander Tomasch: Kommt so hin, ja. – Ich meine, es ist zu bedenken, dass wir noch zwei andere Ressorts, das Justizministerium und das Innenministerium, budgetär zu betreuen gehabt haben, und auch das BMLV. Es sind ja laufend andere Beschaffungsvorgänge und sonstige Zuständigkeiten zu erledigen gewesen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, neben der Standard-Tagesarbeit ist dieser große Beschaffungsvorgang nebenher gelaufen?

Dr. Alexander Tomasch: Kann man sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, dass die Generalprokuratur – ich entschuldige mich für diesen Versprecher –, die Finanzprokuratur Vertragsentwürfe von Professoren gehabt hat?

Dr. Alexander Tomasch: Darüber weiß ich nichts. Ich weiß nur, dass irgendwelche Gutachten gegeben hat, aber dass es professorale Vertragsentwürfe gegeben hat, weiß ich nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die sind ja ohnehin verworfen worden, sind ohnehin nicht zum Tragen gekommen, weil sie als viel zu kompliziert bewertet worden sind.

Bezüglich der Diskussionen mit dem Verteidigungsressort, waren die im gleichen Maße so intensiv, sage ich jetzt einmal kontroversiell, wie vor der Typenentscheidung, vor den Vertragsverhandlungen, als man noch darum gerungen hat, ob überhaupt Flieger beschafft werden?

Dr. Alexander Tomasch: Hauptansprechpartner war wieder Mag. Wall, der Leiter der Kaufmännischen Abteilung, und mit dem ist das Einvernehmen immer sehr gut gewesen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, da sind die Vertragsverhandlungen mit dem Finanzressort zügig vorangeschritten?

Dr. Alexander Tomasch: Ja, kann man so sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Was war der größte, sage ich jetzt einmal, Knackpunkt aus der Sicht des Finanzressorts?

Dr. Alexander Tomasch: Die Finanzierungsfrage, kann man sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Varianten?

Dr. Alexander Tomasch: Die Varianten, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie sich mit den Varianten befasst?

Dr. Alexander Tomasch: Nein, habe ich mich nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wer hat das gemacht?

Dr. Alexander Tomasch: Der Dr. Hillingrathner gemeinsam mit Herrn Dr. Traumüller und der ÖBFA.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, Herr Mag. Kocher?

Dr. Alexander Tomasch: Herr Mag. Kocher, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Dr. Tomasch, Sie waren zuständig für die Akten? (*Dr. Tomasch: Ja!*) – Dann glaube ich, dass Sie bestimmt die Frage beantworten können, wie das mit dem Bericht des Bundesrechnungshofes aus

Deutschland war. Der ist im August 2003 gekommen und hat erhebliche Aufregung verursacht, und der Herr Dr. Hillingrathner hat sich einfach nicht erinnern können.

Ist dieser Bericht vom Ministerium an ihn beziehungsweise an Ihre Dienststelle gegangen oder ist, umgekehrt, dieser Bericht an den Dr. Hillingrathner gegangen und von dort weg dann in das Kabinett? Wissen Sie das noch einzuordnen?

Dr. Alexander Tomasch: Mir ist der Rechnungshofbericht nur aus den Medien bekannt und im Zusammenhang mit irgendeiner parlamentarischen Anfrage an unseren Minister, aber ob es den Bericht bei uns gegeben hat oder nicht, das kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, den hat es gegeben. Der Dr. Hillingrathner hat zu Protokoll gegeben, dass er zugegangen ist, er sich aber nicht erinnern kann, woher. Und da wollte ich Sie eben fragen, weil das doch ein sehr bedeutendes Dokument ist, ob Sie das wissen?

Dr. Alexander Tomasch: Nein, das weiß ich nicht. Ich wollte ihn selbst dann anschauen, auf irgendeiner Parteihomepage soll er gewesen sein, nur, als ich nachschauen wollte, ist er dort schon gelöscht gewesen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber Sie waren ja für die Akten zuständig. Wenn also dieser Bericht bei Ihnen war, wie kann Ihnen das entgehen, wenn Sie für die Akten zuständig sind?

Dr. Alexander Tomasch: Ja offiziell ist der Akt nicht ... – Ich kann mich nicht erinnern, dass der Rechnungshofbericht gekommen wäre.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Doch! Herr Dr. Hillingrathner hat gesagt, er ist ihm zugegangen. Er hat sich nur nicht mehr erinnern können, ob er aus dem Kabinett gekommen ist oder von woanders.

Dr. Alexander Tomasch: Das weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na, wenn Sie es nicht wissen.

Dr. Alexander Tomasch: Der Einlauf ist täglich in der Früh mit dem Boten gebracht worden, und der Dr. Hillingrathner hat dann die Geschäftsstücke zugeteilt, und ich weiß nicht, ob der dabei war oder nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kann sein, dass das an Ihnen vorbeigelaufen ist?

Dr. Alexander Tomasch: Das kann sein, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Okay! – Hinsichtlich dieser Verhaltensregeln betreffend die Geschäftstätigkeit, die viel diskutiert worden sind: Der Dr. Hillingrathner hat darüber nicht Bescheid gewusst. Nur über den Inhalt ist er mündlich informiert worden, und hat dann sinngemäß gesagt: Das ist berechtigt, das wird schon passen! – Haben Sie den Text eigentlich zu Gesicht bekommen?

Dr. Alexander Tomasch: Ich habe ihn im Rücklauf beim Akt gesehen, 2001, als er an das BMLV gesendet wurde. Und dann ist er in irgendeinem Vertragsentwurf wieder drinnen gelegen. Und dann war er bei der Zustimmung wieder drinnen. Erst **jetzt** habe ich durch Recherchieren gesehen, dass dieser **Punkt 4** dazugekommen ist. Aber im Zuge der Amtsbehandlung der Geschäftsstücke ist mir das nicht aufgefallen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ihnen ist nicht aufgefallen, dass einmal der Punkt 4 dabei war – und einmal nicht dabei war?

Dr. Alexander Tomasch: Erst jetzt ex post, also als das im Zuge des Ausschusses angekommen ist, habe ich nachgeschaut, und da habe ich das gesehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Führen Sie das auch auf Arbeitsüberlastung und so viele Zuständigkeiten und darauf, dass Sie dieses Projekt nur nebenbei haben betreuen können, zurück, dass Punkte einfach einmal übersehen werden oder dass das gar nicht registriert worden ist? Es hat ja zwei Varianten gegeben.

Dr. Alexander Tomasch: Ja, es hat zwei Varianten gegeben. Was ich mich erinnern kann, war das die ursprüngliche Variante, wo ich es wirklich gesehen habe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber eine Variante **ohne Punkt 4**, die unterschrieben war, haben Sie nie gesehen?

Dr. Alexander Tomasch: Es hat eine Variante ohne Punkt 4 unterschrieben gegeben. Lassen Sie mich einmal nachschauen, weil ich mir das herausgeschrieben habe.

(Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.)

24.9.2001, da ist die Erledigung an das BMLV gegangen, diesen Code of Business Conduct aufzunehmen.

Dann gibt es einen Vertragsentwurf im April 2003, wo dieser Code of Business Conduct mit drei Punkten von der EF GmbH gefertigt ist, am 12.9.2002.

Dann hat es die erste Einvernehmensherstellung gegeben. Da waren die drei Punkte wieder drinnen, aber ohne Fertigung, nur das rohe Formular.

Und am 30. Juni, beim endgültigen Zustimmungsakt, war dieser Code of Business Conduct als Anlage mit vier Punkten drinnen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, mit dem vierten Punkt. – Haben Sie sich darüber gewundert?

Dr. Alexander Tomasch: Damals, bei der Bearbeitung, ist es mir nicht aufgefallen, erst jetzt im Zuge ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber diese Klausel war Ihnen durch Ihr Aktenstudium schon geläufig? *(Dr. Tomasch: Ja!)* – Wie kann es sein, dass das am Dr. Hillingrathner vorbeigelaufen ist? Hat er sich um solche „Details“ – unter Anführungszeichen – gar nicht gekümmert? Haben Sie mit ihm einmal über die Klausel gesprochen?

Dr. Alexander Tomasch: In der heißen Phase sind die Verhandlungen von früh bis spät und feiertags und sonstwann gewesen. Also, ich habe ihn nur sporadisch zu Gesicht bekommen, und da hat es oft so Punkte gegeben, wo er geglaubt hat, dass ich das weiß, und ich dann eine Frage an ihn gestellt habe, und er erst dann gemerkt hat, dass ich das gar nicht mitbekommen habe. Also es hat schon solche Punkte gegeben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber in diesem Fall ist es umgekehrt: Da haben ja Sie Kenntnis gehabt von den Umständen und von den verschiedenen Klauseln ...

Dr. Alexander Tomasch: Aber erst nachher! Nein, nein, nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): In dieser Phase ist das auch an Ihnen spurlos vorbeigelaufen?

Dr. Alexander Tomasch: Ja! Ich habe bei der Bearbeitung des Aktes nur geschaut: Stimmen alle Zahlen, die da drinnen sind, und sind auch alle Beilagen da?, sah das

sporadisch durch, aber den Punkt ... – Ich habe gesehen, aha!, der Anhang ist drinnen, und habe mich nicht weiter darum gekümmert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie auch nicht! Das heißt: Weder Herr Dr. Hillingrathner noch Sie haben sich überhaupt um den Punkt kümmern können.

Zum **Einredeverzicht**: Sie haben gesagt, die Finanzprokurator hat sich negativ geäußert, die eine Dame mit dem Doppelnamen. (*Dr. Tomasch: Ja!*) – Wie war das formuliert? Woran können Sie sich da erinnern, und können Sie das wiedergeben? Hat sie da gesagt: Das ist ja ein Wahnsinn, so einen Einredeverzicht!? Wie muss man sich das vorstellen?

Dr. Alexander Tomasch: Sie hat nur gesagt: Das ist schädlich für die Republik, und im Falle einer Leistungsstörung kann das für die Republik nachteilig sein! – So ungefähr ist das rübergekommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist mündlich deponiert worden?

Dr. Alexander Tomasch: Das hat sie im Zuge irgendeiner Besprechung, die im BMF stattgefunden hat, gesagt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben dann erklärt, wie das dann weiter verlaufen ist, mit Bankgarantie und so weiter. War dann die Juristin von der Finanzprokurator mit dieser Argumentation restlos zufrieden, oder ist sie bei ihrer kritischen Meinung geblieben?

Dr. Alexander Tomasch: Ich glaube, sie hat es dann zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, neutral?

Dr. Alexander Tomasch: Neutral, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie ist nicht gerade in Jubel ausgebrochen (*Dr. Tomasch: Nein!*), aber hat gesagt: Was soll ich machen?, oder so irgendetwas. (*Dr. Tomasch: Ja!*)

Dieser Einredeverzicht ist laut Dr. Hillingrathner ja gar nicht mit Eurofighter selbst verhandelt worden, sondern mit der Bank; so hat er das dargestellt. – Können Sie sich daran erinnern? Wie muss man sich das vorstellen?

Dr. Alexander Tomasch: Das Problem ist so: Die Eurofighter GmbH hat den Kredit aufgenommen, um ihre Produktion vorfinanzieren zu können. Es besteht ja kein Vertragsverhältnis zwischen der Republik und der Bank. Sobald da ein Vertragsverhältnis da wäre, wäre ja eine Finanzschuld schlagend geworden. Und die Eurofighter GmbH tritt ihre Forderung an die Bank ab, und die Republik zahlt an die Bank.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, das ist schon alles klar, aber die Verhandlungspartner haben sich da urplötzlich verschoben, und auf einmal war nicht mehr zwischen EADS und der Republik Österreich, sondern zwischen der Republik Österreich und einer Bank eine Verhandlungssituation da.

Dr. Alexander Tomasch: Ich war bei keinem Gespräch mit der Bank anwesend. Ich kann mich nicht erinnern, dass dort, wo ich anwesend war, mit einem Vertreter der Bank verhandelt worden wäre.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): War man eigentlich zufrieden damit, dass es dann die BAWAG geworden ist?

Dr. Alexander Tomasch: Ich glaube, das war die Bank, die die günstigsten Konditionen gehabt hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja und ein gewisses Wohlwollen. Der Dr. Hillingrathner hat gesagt, das Wohlwollen ist da von der BAWAG erwartet worden. – Wie hat sich das dargestellt?

Dr. Alexander Tomasch: Ich glaube nur, dass es eben durch die PSK, die ja die Hausbank des Bundes war, da wahrscheinlich eine leichtere Gesprächsbasis gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ein Letztes: Zur Lieferung Mai 2007 hat es eine Weisung vom Finanzminister gegeben. Das ist heute zu Protokoll gegeben worden.

Dr. Alexander Tomasch: Ja, das ist irgendwo in einer Akte, da habe ich das gefunden, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie sich da an die näheren Umstände erinnern?

Dr. Alexander Tomasch: Nein, kann ich mich nicht. – Es hat geheißen, Lieferung und Zahlungen erst im Jahr 2007.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Und da waren keine Begründungen dabei, sondern einfach die lapidare ...?

Dr. Alexander Tomasch: Ich habe das zur Kenntnis genommen. Es waren dann Maastricht-Auswirkungen und die politische Vorgabe, keine Belastungen in der letzten Legislaturperiode.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber ist Ihnen klar gewesen, dass das Mehrkosten bedeutet?

Dr. Alexander Tomasch: Es waren, glaube ich, um die 233 000 € Mehrkosten, die die Verschiebung gebracht hat, habe ich irgendwo gelesen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, und das hat niemanden gestört?

Dr. Alexander Tomasch: Das wurde für vertretbar gehalten, weil es geheißen hat, das Fluggerät wird geschont und die Nutzbarkeit wird verlängert – in dieser Art. Aber Konkretes kann ich Ihnen da nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): War das für Sie eine plausible und stichhaltige Erklärung, dass man jetzt als Finanzministerium einfach Mehrkosten in Kauf nimmt?

Dr. Alexander Tomasch: Ja, man hat die Vorteile dem entgegengehalten, die damit verbunden sind. Ich habe das einfach zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Doktor! Nur eine kurze Frage: Sie haben vorhin gesagt, dass Sie eine Assistenz von Herrn Dr. Hillingrathner waren. – Ist das so weit korrekt?

Dr. Alexander Tomasch: Ja, ein normaler Referent in der Abteilung.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Würden Sie sagen, dass Sie als sein Assistent im Zeitraum der Vertragsverhandlungen wie auch nach Vertragsabschluss wesentlich mehr Einblick zu irgendeinem Zeitpunkt hatten als Herr Dr. Hillingrathner selbst?

Dr. Alexander Tomasch: Nein, so kann ich das nicht sagen. Ich habe nur im Zuge der Aufbereitung der Unterlagen für den Rechnungshof-Unterausschuss, für den Bundesrat jedes Mal die Unterlagen durchforstet und entsprechend aufbereitet und dadurch ein umfassendes Bild ex post bekommen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, Sie haben sie aufbereitet und die Unterlagen dann auch Herrn Dr. Hillingrathner zur Verfügung gestellt, ihn praktisch auch gebrieft und informiert?

Dr. Alexander Tomasch: Nein, nein, das war eigentlich für die politische Ebene dann im Zuge des parlamentarischen Geschehens: Rechnungshof-Unterausschuss, Bundesratsausschuss und so weiter, wo das behandelt worden ist, nachher, ex post.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Dr. Tomasch, mich würde jetzt noch interessieren: Wer war jetzt tatsächlich der Vertragsverhandlungs-Leiter? – Sie haben gesagt, Traumüller war es eigentlich nicht. Wer hat die Verhandlungen seitens des Bundesministeriums für Finanzen geleitet? – Steger hat uns gesagt, er war hier nicht mehr involviert. (*Abg. Dr. Fekter: Der hat sich nie für die Abteilung interessiert!*) Traumüller war nach Ihren Aussagen dabei, aber auch nicht Verhandlungsleiter. – Wer war das dann

Wer war verantwortlich seitens des Finanzministeriums für diese Vertragsverhandlungen?

Dr. Alexander Tomasch: Bis – wie soll ich sagen – Herbst 2002, also nach der Typenentscheidung, für den ersten Verhandlungsteil, der dann unterbrochen worden ist, war es Dr. Hillingrathner selbst, und dann – irgendwann im Frühjahr 2003 – ist Dr. Traumüller vom Minister beauftragt worden mit den Verhandlungen. Nur zu diesem Zeitpunkt, als Dr. Traumüller die Verhandlungen geführt hat, war ich nicht anwesend, also ich habe das nicht mitbekommen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Aber Traumüller war Verhandlungsleiter.

Dr. Alexander Tomasch: Das kommt so hin, ja.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Noch eine Frage, die mich interessieren würde: Herr Dr. Hillingrathner hat uns heute erzählt, dass er unter einem derartigen Arbeitsdruck gestanden hat, er hat das des Öfteren betont. Und dann hat er die Aussage getätigt, er hat eigentlich für den 1 600 Seiten umfassenden Vertrag nur drei Stunden Zeit gehabt, ihn zu überprüfen. – Haben Sie dazu eine Kenntnis, dass das tatsächlich so war, oder haben Sie dabei mitgeholfen, oder was wurde denn da überprüft? Ich kann mir nicht vorstellen, 1 600 Seiten in drei Stunden zu überprüfen und festzustellen, was da stimmt oder nicht stimmt.

Dr. Alexander Tomasch: Den technischen Teil haben wir uns natürlich nicht so angeschaut, weil die Zahlen und irgendwelche technischen Details interessieren uns nicht. Uns war wichtig der rechtliche Teil, Vertragsrücktritt, Vertragserfüllungs... – und ob die Zahlen stimmen, ob die Termine stimmen, die da drinnen sind. Diese Sachen sind geprüft worden.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und dieser Business Code ist Ihnen dabei natürlich auch nicht aufgefallen?

Dr. Alexander Tomasch: Ja, das ist mir schon aufgefallen, dass er drinnen ist, aber das mit diesem Punkt 4 ist mir erst *ex post* bewusst geworden.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Also in diesen drei Stunden haben Sie diesen Punkt 4 nicht wahrgenommen?

Dr. Alexander Tomasch: Das habe ich nicht wahrgenommen, nein.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ist das üblich, dass man doch nicht so kleine Geschäfte wie dieses in drei Stunden kurz einmal überfliegt und sagt, das ist okay?

Dr. Alexander Tomasch: Das war eine Ausnahme! Die Eurofighter-Beschaffung ist wirklich ein Ausnahmefall gewesen – in jeder Beziehung.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Die Eurofighter-Beschaffung war ein Ausnahmefall in jeder Beziehung? – Auch in der Bearbeitung seitens des Ministeriums?

Dr. Alexander Tomasch: Auch in der Bearbeitung, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da es keine weitere Fragen gibt, danke ich Herrn Tomasch für das Kommen und für die Auskunftsbereitschaft!

(Die Auskunftsperson Dr. Alexander Tomasch verlässt den Sitzungssaal.)

14.56

Obmann Dr. Peter Pilz: Da Herr Dr. Traumüller angekündigt hat, dass er erst ab 17 Uhr hier sein kann, **unterbreche** ich die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 14.57 Uhr unterbrochen und um 17.37 Uhr wieder aufgenommen.)

17.37

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt – um 17.37 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Traumüller** in den Saal zu bitten.

(Die Auskunftsperson Dr. Heinrich Traumüller wird von einem Parlamentsbediensteten in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann dankt **Herrn Dr. Traumüller** für dessen Erscheinen als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Dr. Heinrich Traumüller (Finanzmarktaufsicht) gibt diese wie folgt an: Dr. Heinrich Traumüller; geboren am 26. Dezember 1957; Anschrift: 1230 Wien; Vorstandsdirektor der Finanzmarktaufsicht.

Obmann Dr. Peter Pilz weist Dr. Traumüller, der öffentlich Bediensteter ist, darauf hin, dass er sich bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen dürfe. Seine vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, sei von der Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurde bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe auf eine konkrete Frage hin schlagend werden, könne Dr. Traumüller sich an den Verfahrensanwalt oder an den Vorsitzenden wenden.

Darüber hinaus habe er auch diesmal das Recht, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, und der Obmann fragt, ob er von diesem Recht Gebrauch machen möchte.

Dr. Heinrich Traumüller: Nein. Ich möchte mich allerdings beim Hohen Ausschuss dafür entschuldigen, dass ich offenbar für eine gewisse Verzögerung gesorgt habe. Ich komme allerdings unmittelbar aus einer Aufsichtsratssitzung der FMA und bin unmittelbar mit dem Taxi hier angereist.

Da ich den Gegenstand der Befragung in weiterer Folge nicht einschätzen kann, sehe ich davon ab, eine zusammenhängende Erklärung abzugeben. – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. – Frau Kollegin Fekter ist die erste Fragestellerin. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Dr. Traumüller, Sie waren im Finanzressort hauptverantwortlich für die Vertragsgestaltung.

Dr. Heinrich Traumüller: Das ist korrekt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wer hat Sie dabei unterstützt?

Dr. Heinrich Traumüller: Wie ich das letzte Mal schon darstellen durfte, Frau Abgeordnete: im Prinzip die Beamtenschaft, speziell in Form von Dr. Schwarzendorfer, Dr. Hillingrathner und Dr. Tomasch, natürlich auch Unterstützung seitens des Kabinetts, HBM persönlich dort, wo es notwendig war, Sepp Christl dort, wo es um Gegengeschäfte und dergleichen gegangen ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sektionschef Steger hat heute angeführt, dass Sie aus der Personalabteilung kommen und er sich sozusagen „übergangen“ gefühlt hat – unter Führungszeichen. – Wurde er dezidiert ausgegrenzt?

Dr. Heinrich Traumüller: Davon ist mir nichts bekannt. Ich bitte, wie gesagt, meine Aussage vom letzten Mal zu nehmen. Ich habe mit einer hoch korrekten Beamtenschaft gearbeitet, von der ich angenommen habe, dass sie jederzeit und umfassend ihren Sektionschef informiert.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie haben Sie sich eigentlich vorbereitet auf so ein – sage ich jetzt einmal – komplexes Vertragswerk, das ja der größte Beschaffungsvorgang der Republik war? Das ist ja nicht etwas Alltägliches. Wie geht man an so ein Vertragskonstrukt heran? Wie informiert man sich?

Dr. Heinrich Traumüller: Zunächst darf ich grundsätzlich festhalten, dass ich seit 1984 dem öffentlichen Dienst angehöre. Ich habe meine Karriere im Verwaltungsgerichtshof begonnen und dort bereits im Präsidium Verhandlungen, etwa mit IT-Anbietern, geführt. Ich habe daher Verhandlungspraxis über lange Jahre, insbesondere während der zweieinhalb Jahre, in denen ich Kabinettschef des Bundesministers Karl-Heinz Grasser war, gewonnen. Ich habe, wie Sie wissen, auch ganz große Projekte, etwa das Sicherheitspaket und dergleichen mehr, abgehandelt, und natürlich – um auf Ihre Frage präzise einzugehen – habe ich mich sehr, sehr bemüht, mir gewissenhaft und korrekt vor Aufnahme der Verhandlungen ein umfassendes Bild über die Situation zu machen.

Ich habe selbstverständlich sofort Kontakt zu Sepp Christl aufgenommen, von dem Sie wissen, dass er die Gesamtprojektverantwortung getragen hat. Ich habe mir von Herrn Bundesminister Grasser, auch von Minister Platter und seiner Beamtenschaft, entsprechende Auskünfte geholt, und ich habe mir von der Beamtenschaft des BMF, im Speziellen wieder von Dr. Hillingrathner, jede nur mögliche Information geben

lassen, insbesondere war mir dabei ein Anliegen, dass ich über vorherige Beschaffungsvorgänge bestmöglich informiert werde und allenfalls auch Fehler daraus vermeiden kann.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie haben Sie sich über Fehler aus vorherigen Beschaffungsvorgängen informiert?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe nach wie vor in meinen Unterlagen einen Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über das Verwaltungsjahr 1988, in dem sehr detailliert das gesamte Beschaffungs- und Vertragsgestaltungsprocedere im Zusammenhang mit dem Draken abgehandelt ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dieser Rechnungshofbericht war ja ziemlich kritisch, hat ja ganz gravierende Mängel aufgezeigt.

Dr. Heinrich Traumüller: Es gibt eine seitenlange Fehlerliste, die ich mir extra habe exzerpieren lassen: eben mit der Zielsetzung, jene Fehler, die damals begangen wurden, nach Möglichkeit bei den Vertragsverhandlungen mit Eurofighter GmbH zu vermeiden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Können Sie uns da ein paar Beispiele nennen?

Dr. Heinrich Traumüller: Gerne. Was die Beschaffung betrifft, entnehme ich meiner damaligen Unterlage Folgendes – und ich bitte um Verständnis, das sind jetzt keine sozusagen Originalzitate aus dem Bericht, den ich natürlich auch mit habe und nachlegen könnte, das ist der Sukkus dessen, was mir aufbereitet wurde für die Verhandlungen –: Einerseits wird in Bezug auf die Beschaffung ausgesagt:

Durch die damalige Fakturierung des Kaufpreises in österreichischen Schilling und nicht in schwedischen Kronen kam es bereits bei den Anzahlungen und beim Haftrücklass zum Verzicht auf eine Ersparnis von rund 135 Millionen Schilling, das sind rund 10 Millionen €. Auch zum Fälligkeitszeitpunkt des Restkaufpreises war ein günstiger Schwedenkronen-Wechselkurs laut Rechnungshof zu erwarten, und daher wäre das laut Rechnungshof in seiner Tendenz abschätzbar gewesen.

Das ist eine seitenlange Information, die ich Ihnen jetzt natürlich nicht vollständig vorlesen möchte. Sie ist gravierend, sie enthält substantielle Fehler, die gemacht wurden, und ich war strengstens bemüht, diese Fehler nicht ein zweites Mal zu begehen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der damaligen massiven Kritik, ist das dann auch zu sehen im Zusammenhang mit dem Finanzierungsmodell, das man gewählt hat, dass man gewisse Kritikpunkte, die der Rechnungshof damals, wie beispielsweise bei der Anzahlung ...

Dr. Heinrich Traumüller: Selbstverständlich. Ich darf jetzt zum Punkt Vertragsangelegenheiten kommen, wo mir Folgendes berichtet wurde:

Zum damaligen Zeitpunkt –

wie gesagt, Draken-Ausschreibung –

sahen die Ausschreibungsbedingungen des BMLV eine Anzahlung von fünf von Hundert, drei weitere von je zehn vom Hundert sowie einen Haftrücklass von drei vom Hundert des Gesamtkaufpreises vor. Für den restlichen, nach vollständiger Leistungserbringung fälligen Kaufpreis hatten die Bieter einen Lieferantenkredit anzubieten. Im Kaufvertrag mit dem Auftragnehmer wurde hingegen eine Erhöhung der ersten Anzahlung von fünf auf zehn vom Hundert vereinbart, wodurch diesem – im Vergleich zum Zahlungsplan laut Ausschreibungsbedingungen – ein Betrag von

120 Millionen Schilling für mehr als dreieinhalb Jahre zusätzlich unverzinslich zur Verfügung gestellt wurde. Weiters wurden die Zahlungstermine für die erste und die dritte Anzahlung um je einen Monat vorverlegt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat man auf Grund dieser sehr ungünstigen Formulierung oder Klausel beim Draken-Vertrag, nämlich im Hinblick auf die Anzahlungen und die vorzeitigen Geldflüsse, beim Eurofighter-Vertrag auf Anzahlungen verzichtet?

Dr. Heinrich Traumüller: Selbstverständlich. Das alles ist, wie gesagt, unter strenger Beobachtung und Mitgestaltung durch die Bundesfinanzierungsagentur – ich denke, vollkommen korrekt – eingetaktet worden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Können Sie sich erklären, wie es damals zu so gravierenden Mängeln gekommen ist? Und wie hat man sich bemüht, die jetzt zu vermeiden?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe keine Erinnerung, weil ich in der damaligen Zeit eben mit diesen Dingen nicht befasst gewesen bin. Mehr kann ich eigentlich dazu nicht sagen. – Selbstverständlich haben wir jeden einzelnen Punkt analysiert und zu vermeiden versucht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Man hat damals im Hinblick auf die Begünstigungen, die SAAB entstanden sind, massive Kritik geübt. Ist das irgendwie vergleichbar mit dem, was jetzt an Kritik geübt wird, dass Eurofighter begünstigt wäre?

Dr. Heinrich Traumüller: Das ist für mich absolut nicht nachvollziehbar.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Vertragsangelegenheiten: Wie waren dann die vertraglichen Bausteine aufgeschlüsselt? Da wird es ja technische Bereiche gegeben haben, dann hat es diese NATO-restricted gegeben, dann hat es den kommerziellen Teil gegeben. Wer hat diese Vertragsentwürfe jeweils geliefert? Wer hat sie rechtlich kontrolliert?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe das letzte Mal schon grundsätzlich gesagt, der Vertrag wurde durch das BMLV abgeschlossen. Ich selbst habe ja nur in einem sehr, sehr eingegrenzten Bereich, nämlich in der Finanzierung, überhaupt Kenntnis vom vorläufigen Vertragsinhalt gehabt und dann jeweils dafür gesorgt, dass die Finanzprokurator und die Beamtenschaft an den Stellen nachhakt und sauber zu Ende verhandelt, wo ich gezwungen war, in die Vertragsarchitektur einzugreifen, sprich bei der Finanzierung, bei den Haftungsreduktionen und dergleichen mehr.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es war ja die Finanzprokurator auch mit eingebunden. In einer Unterlage finde ich, dass man einen Entwurf diskutiert hat aus einem früheren Beschaffungsvorgang, wobei die Vertragsgestaltung durch Universitätsprofessoren vorgenommen worden ist. Der ist aber verworfen worden, weil er viel zu kompliziert war. – Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Dr. Heinrich Traumüller: Keine persönliche Wahrnehmung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat die Finanzprokurator größere Bedenken geäußert im Rahmen der Vertragsgestaltung?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann mich erinnern, dass das letzte Mal hier einige Aktenvermerke von Frau Dr. Duffek-Stanka zirkuliert sind, an die ich mich nur mehr sehr rudimentär erinnern konnte. Es hat tatsächlich meiner Erinnerung nach ein sehr intensiver Diskussionsprozess stattgefunden auf der Beamtenebene zwischen der damaligen Abteilung II/14 des BMF, teilweise auch der ÖBFA, aber letztendlich auch verschiedenen Stellen der Prokurator. Ich selbst habe da keine Wahrnehmung, weil ich

mich auf diese Detailebene, wie schon mehrfach dargestellt, **nicht** begeben habe. Ich selbst war nur behilflich im Wege des damaligen Präsidenten der Prokuratur, Dr. Sawerthal, sozusagen die korrekte Einbindung der Prokuratur sicherzustellen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist ja dann zu sehr erheblichen Reduzierungen vom erstverhandelten Konvolut gekommen, das im September fertig war. Dann ist ja die Nationalratswahl gekommen, und dann hat man noch einmal nachverhandelt, da ist es insgesamt, verglichen mit dem Anbot, zu erheblichen Reduktionen gekommen. Können Sie uns diese erläutern, insbesondere die Eskalation? Sie wissen ja, wir haben relativ gravierende Verschiebungen durchgeführt, die sich aber nicht im Preis niedergeschlagen haben.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich darf vielleicht an der Stelle das aushändigen, was ich das letzte Mal schon in Kopie mithatte, wo sich aber die Gelegenheit der Aushändigung leider nicht ergeben hat. Das ist das von mir erwähnte Dokument der Abteilung II/14 vom 9. Juni 2003, von dem ich nicht weiß, ob es veraktet ist. Es existiert allerdings und bescheinigt ein endgültiges Verhandlungsergebnis BMF – Eurofighter GmbH im Ausmaß von 305 Millionen €.– Ich darf es hiermit dem Herrn Vorsitzenden zur Verteilung geben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie schreiben genau dort – der Kollege Kogler kennt ja inzwischen die Akten auch auswendig –, wo es um die Eskalation geht, in einem Klammerausdruck wegen dieser Liefertermine: Ursprünglich Jänner 2006, aus produktionstechnischen Gründen halten wir mittlerweile bei einer ersten Lieferung Mai 2007. – Können Sie uns die Worte „produktionstechnische Gründe“ im Zusammenhang mit Mai 2007 erklären?

Dr. Heinrich Traumüller: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich gebe zu, ich habe durchaus erwartet, dass diese Frage noch einmal gestellt wird, und ich habe die Zeit seit meiner letzten Befragung wirklich zu einem intensiven nochmaligen Nachdenken sowie zu einer nochmaligen Durchsicht meiner vorhandenen Unterlagen genützt. Ich versichere Ihnen, dabei sind keinerlei Hinweise auf „Lieferschwierigkeiten“ – unter Anführungszeichen – oder „Lieferverzögerungen“ – unter Anführungszeichen – aufgetaucht. Nach meiner besten Erinnerung sind diese Worte auch bei den Verhandlungen mit der Firma Eurofighter GmbH nie gefallen. Auch in meiner umfassenden Information für den Herrn Bundesminister vom Frühjahr 2003 – ich bin mittlerweile sicher, es war Karfreitag, der 18.4.2003 – werden diese Worte, wie Sie selbst nachlesen können, vollkommen bewusst und korrekt **nicht verwendet**. – Mehr kann ich dazu eigentlich gar nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wir wissen inzwischen, dass Eurofighter eine Umstellung in der Produktion, sozusagen eine Umstellung von Tranche 1 auf Tranche 2 genau jetzt, also Jänner bis Mai, durchführt und aus diesen Gründen gesagt hat, in diesem Zeitraum Jänner bis Mai soll keine Lieferung erfolgen, sondern entweder vorher oder nachher.

Dr. Heinrich Traumüller: Genau das war immer meine Wahrnehmung. Ich habe das letzte Mal – und Sie können es dem Protokoll, glaube ich, entnehmen – auch klar zum Ausdruck gebracht, die Firma war lieferfähig, war lieferbereit, man hat sie nur nicht liefern **lassen**. Gerade die Eskalation, die ich mehrfach erklärt habe, ist nur vor diesem Hintergrund verständlich. Wenn sie als Firma sagen, sie wollen liefern, aber man lässt sie nicht liefern, dann haben sie legitimerweise den Anspruch darauf, dass man mit ihnen darüber verhandelt, dass eine Form der **Inflationsabgeltung** gefunden wird. Diese war ursprünglich auf 4,5 Prozent terminisiert. Daraus lässt sich zeitlich wahrscheinlich auch etwas ablesen.

Ich habe Ihnen ein Protokoll vom 18.4.2003 vorgelegt, wo ich damals stolz darauf war, dass ich es bereits damals auf 2,5 Prozent reduziert hatte. Aber das sind immer noch Forderungen der Firma als Abgeltung dafür, dass sie **nicht** zu dem von ihr ursprünglich gewünschten und gekonnten Termin liefern **durfte**.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Welche Preiserhöhungen hat das nach sich gezogen? Wenn man einen Fixpreis vereinbart hat, dann aber hinauszögert, ist es normalerweise doch üblich, dass der Zinsnachteil dann verrechnet wird. So eine Art Verzugszinsen.

Dr. Heinrich Traumüller: Meine Wahrnehmung ist, dass versucht wurde, den Inflationsnachteil zu erreichen. Ich glaube – ich bin mir nicht ganz sicher –, am Ende ist es gelungen, die Eskalation zur Gänze zu verhandeln oder – ich bin mir nicht sicher, im Detail müsste ich erst nachschauen – auf 1 Prozent zu reduzieren.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Hinblick auf die großen Fehler, die beim Draken-Beschaffungsvorgang passiert sind, die ja allesamt bekannt sind: Ist Ihnen etwas ganz wichtig gewesen, zu vermeiden, damit man nicht in dieselbe Kritik des Rechnungshofes kommt, die damals passiert ist?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich denke, mir ist das Wichtigste – und das wird ja laufend auch in diesem Ausschuss thematisiert –, dass die Vergabeentscheidung als solche **korrekt** und **nachvollziehbar** erfolgt. Ich entnehme in dem Punkt meiner Information eine wirklich dramatische Aussage, nämlich dass damals die endgültige Entscheidung zugunsten der Firma SAAB Scania gefallen ist, und zwar **gegen** den von der Bewertungskommission in einem aufwendigen Verfahren mit knappem Vorsprung ermittelten Bestbieter. Ich entnehme dieser Information, dass der Draken offensichtlich **nicht** Bestbieter gewesen ist.

Diesem Rechnungshofbericht können Sie weiter entnehmen, dass damit jenes Unternehmen den Auftrag erhalten hat, das bereits lange vor der Ausschreibung, am 2. August 1983, durch seinen neubestellten Generalvertreter dem damaligen Bundesminister persönlich ein Angebot über 24 Stück vorgelegt hatte und in der Folge vielfältige Aktivitäten setzte. So wurde im September 1983 die Abdeckung der Zahlung durch ein österreichisches Bankenkonsortium angeboten und seitens des Generalvertreters die Zusage gegeben, dass er – Anführungszeichen – „versuchen werde, eine günstige politische Basis bei seinen Parteiländern zu erwirken“. – Anführungszeichen, Punkt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, diese damaligen Verflechtungen der SPÖ mit SAAB waren so offensichtlich, dass der Rechnungshof sich darum gekümmert hat – und jetzt hat man versucht, bewusst derartige Fehler zu vermeiden?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja. Auch was Betriebskosten betrifft, entnehme ich dem Rechnungshofbericht eine Feststellung vom 21. Mai 1985 ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das gehört aber jetzt schon alles zum Draken-Untersuchungsausschuss, für den es seinerzeit **keine** parlamentarische Mehrheit gegeben hat.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nein, Herr Kollege Pilz, heute Vormittag ist in eigentümlicher Weise die Kompetenz des Herrn Dr. Traumüller in Frage gestellt worden, wie er als aus der Personalabteilung Kommender die Vertragsverhandlungen führen könne Und da ist eine Frage, wie er sich auf diese Vertragsverhandlungen vorbereitet und versucht hat, korrekt die Vertragsverhandlungen zu führen und Fehler zu vermeiden, doch legitim. Oder?

Obmann Dr. Peter Pilz: Nicht in der 19. Minute.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das nächste Mal.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bevor uns Herr Dr. Traumüller jetzt noch in Kopie ein Strategiepapier, wie in der Frage Abfangjägerbeschaffung mit der SPÖ umzugehen ist, vorlegt, bitte ich den Kollegen Kräuter, seine Fragen zu stellen. (*Abg. Dr. Fekter: Wie vorgegangen wurde, braucht man nur im Rechnungshofbericht nachzulesen!*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Der war gut, Herr Vorsitzender. (*Abg. Dr. Fekter: So wie die SPÖ es gemacht hat, macht man es nicht!*) Frau Fekter, wenn Sie erlauben! Jetzt sind Sie **nicht** dran!

Herr Dr. Traumüller, Finanzminister Grassler war dafür bekannt – das wissen wir aus parlamentarischen Anfragen –, dass er sehr oft sehr viel Geld für Beratungsleistungen ausgegeben hat. Also wenn ich jetzt sehr, sehr vorsichtig schätze, sind es mindestens 50 juristisch-wirtschaftliche Beratungsleistungen, die er außer Haus gegeben hat, mit zumindest 20 Millionen € dotiert.

Jetzt möchte ich Sie fragen: Warum hat man eigentlich angesichts der Tatsache, dass auf Seiten EADS eine renommierte deutsche Kanzlei, eine renommierte österreichische Kanzlei ist, darauf verzichtet?

Dr. Heinrich Traumüller: Noch einmal: Der Bundesminister für Finanzen hat nicht die Vertragsverhandlungen zu verantworten.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe Sie jetzt gefragt, warum man nicht versucht hat, eine Waffengleichheit – was sehr gut passt bei diesem Thema – herzustellen, indem man den sehr kompetenten Teams, die sich mit international renommierten Kanzleien in die Verhandlungen begeben haben, nicht auch eine professionelle Beratung gegenübergestellt hat.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich verstehe die Frage nicht ganz, Herr Abgeordneter. Wie Sie wissen, wurden die Verhandlungen durch das Bundesministerium für **Landesverteidigung** geführt – und nicht durch mich. Ich habe nur punktuell **zugearbeitet**. Da hat es sehr wohl Gutachten gegeben. Ich durfte das letzte Mal schon die Gutachten Aicher und Holoubek erwähnen, die für mich sehr wichtig als Verhandlungsrichtschnur waren und mir klar den Weg gezeigt haben, wie man Leistungsreduktionen **ohne** Gefährdung der Ausschreibung durchführen kann.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gutachten sind keine laufende Beratung in einer Vertragsverhandlung. Das ist ja etwas vollkommen anderes! Haben Sie sich mit der Lektüre des Rechnungshofberichtes über die Draken-Beschaffung – wollen Sie das allen Ernstes hier so darstellen? – ausgerüstet und in der Lage gefühlt, diese Verhandlungen zu führen?

Dr. Heinrich Traumüller: Noch einmal: Mein Punkt war, die Finanzierung und zentrale Eingriffe ins Mengengerüst im Sinne einer budgetverträglichen Lösung darzustellen. Ich denke, die Informationen, die ich erhalten habe, waren im äußersten Maße hilfreich.

Ich kann Ihnen auf Nachfrage gerne noch zehn weitere Punkte nennen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner hat gesagt, er hat Ihnen gewissermaßen zwei Wochen lang eine Einschulung zukommen lassen, weil Sie absolut keine Ahnung davon gehabt hätten, wie man so etwas verhandelt. Was sagen Sie dazu?

Dr. Heinrich Traumüller: Dass ich unter anderem die Bundeswohnungsgesellschaften privatisiert und dabei ein Transaktionsvolumen von 2,8 Milliarden € bewegt habe, dass

ich in meiner zweieinhalbjährigen Zeit als Kabinettschef auch an Budgetverhandlungen teilgenommen und eine jahrzehntelange Erfahrung auf dem Gebiet als Beamter habe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist es richtig, dass Ihnen Dr. Hillingrathner zwei Wochen Einschulung hat angedeihen lassen?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, was das Militärische betrifft. Nur: Ich musste nicht festlegen, ob der Eurofighter in der Spezifikation X oder Y ausgerüstet ist. Ich musste schlicht und einfach das **Mengengerüst**, sozusagen nach Hausverstand, **reduzieren**.

Sie können zum Beispiel entnehmen, dass die Streichung der zweiten Basis einfach eine Frage des politischen Willens ist. Dazu brauchen Sie **kein Militärexperte** zu sein, dazu genügt Ihr Hausverstand. Wenn Sie – wie ich – in der Steiermark sind und wissen, dass zwei Basen im Abstand von, in der Luftlinie, 150 Kilometern geplant sind, wenn Sie dann das Hintergrundwissen der Beamtenschaft haben, dass das offensichtlich nur aufrechterhalten werden soll, um gewissen Kostenstrukturen weiter aufrechtzuerhalten, dann haben Sie das Argument an der Hand, warum Sie das im Bestellmengengerüst **herausstreichen**.

Allein diese Ersparnis hat 25 Millionen € gebracht. – Dazu brauchen Sie aber absolut null von Landesverteidigung zu verstehen!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn Dr. Hillingrathner Sie in so rührend väterlicher Art in die Geheimnisse des Verhandeln eingeführt hat: Warum haben Sie ihm dann immer wieder seinen Wunsch nach mehr Personal verwehrt? Wie oft ist er zu Ihnen gekommen mit dem Ersuchen, dass er wenigstens eine Sekretärin bekommt?

Dr. Heinrich Traumüller: Da muss ich wirklich schmunzeln, weil die Sekretärinnenfrage eine des ganzen BMF ist und auch er da ein bisschen in der Pflicht gewesen wäre, ich sage einmal, seine Vorgesetztenpflicht zu erfüllen: Man kann nicht jedes Personalproblem, das man hat, auf den Personalchef abwälzen und nach neuem Personal schreien, wenn man gleichzeitig nicht die Maßnahmen trifft, die das Dienstrecht in solchen Fällen vorsieht.

Mehr darf ich hier aus Gründen der Amtsverschwiegenheit nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Warum haben Sie als Verhandlungsleiter nicht dafür gesorgt, dass Ihr wichtigster Beamter entsprechend ausgerüstet ist, wenn er mehrfach mit dieser Sorge zu Ihnen kommt?

Dr. Heinrich Traumüller: Bitte, es gibt einen Stellenplan ... (*Abg. Dr. Fekter: Warum hat ihm Sektionschef Steger keine gegeben?*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe nicht **Sie** gefragt, Frau Kollegin Fekter, überhaupt nicht! Ich frage die **Auskunftsperson**. Und Sie sind keine!

Dr. Heinrich Traumüller: Noch einmal: Da gab es Differenzen in der Abteilung, die zum Teil auf der persönlichen Ebene lagen. Manchmal neigen Führungskräfte dazu, ihre Pflichten nicht zu erfüllen und nach mehr Personal zu schreien, dort, wo sie selbst in ihrer Vorgesetztenfunktion gefordert wären.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sind Sie davon überzeugt, dass Dr. Hillingrathner unter diesen Umständen – dass er nicht einmal eine Sekretärin zur Verfügung hatte – bestmöglich seine Aufgabe hat wahrnehmen können?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann das nachträglich wirklich nicht beurteilen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber genau darum geht es ja! Darum sitzen wir zusammen, um jetzt nachträglich ...

Dr. Heinrich Traumüller: Ich bin nicht sein Sektionschef gewesen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wir sitzen jetzt zusammen, um nachträglich zu beurteilen, wie die Vorgänge waren. Ich habe Sie gefragt, ob Sie die Überzeugung haben, dass Dr. Hillingrathner seine Aufgabe ohne Infrastruktur, ohne Sekretärin, wahrnehmen können. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Dr. Heinrich Traumüller: Ich bitte, diese Frage an Herrn Sektionschef Dr. Steger zu richten. Er ist ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich würde Sie einmal bitten, mich immer ausreden zu lassen. Das ist nämlich eine Spielregel bei uns.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Traumüller, zum Ersten: Bitte, den Kollegen Kräuter nicht zu unterbrechen! Er hat das Recht, auch wenn ein Direktor der Finanzmarktaufsicht anwesend ist, trotzdem ganze Fragen zu stellen.

Das Zweite ist: Bitte, ihn nicht darauf aufmerksam zu machen, an wen er seine Fragen zu richten hat. Das entscheidet er selbst. – Bitte, Kollege Kräuter.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte jetzt eine weitere Frage an Herrn Dr. Traumüller stellen.

Sie haben bei einigen Sitzungen aus Zeitmangel gefehlt. Können Sie das ungefähr in Prozentwerten schildern? – Es ist von Herrn Dr. Hillingrathner zu Protokoll gegeben worden, dass Sie bei manchen Verhandlungen aus Zeitgründen **nicht** anwesend waren.

Dr. Heinrich Traumüller: Da tue ich mir wirklich schwer. Beim besten Willen kann ich das nicht in seiner vollen Komplexität überblicken.

Noch einmal: Ich war punktuell am Werken dort, wo es um die **zentralen Punkte** gegangen ist. Aber ich habe mich auf die Beamtenebene und deren Gespräche – schon aus Zeitmangel, da haben Sie Recht – nicht jederzeit einlassen können.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie hatten ja jede Menge Aufgaben: Sie waren für 13 000 Bedienstete verantwortlich, BUWOG, einiges mehr. Wie viel Prozent haben Sie sozusagen absparen können für die Verhandlungsleitung, was den Eurofighter-Deal betrifft?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe jetzt den Kalender leider nicht mehr mit, den ich das letzte Mal mitgehabt hätte. Ich glaube, damals hätte ich es Ihnen wirklich präzise beantworten können.

Ich habe natürlich danach getrachtet, in dieser heißen Phase der Verhandlungen diesem Projekt größtmöglichen Zeiteinsatz zu widmen. Ich darf Ihnen versichern, dass ich bereits am ersten Tag, als ich in der Karwoche leider aus meinem Urlaub zurückkehren musste, bis Mitternacht gesessen bin, um mich mit diesem Thema zu beschäftigen. Ich habe am Karfreitag, an dem ich das Ihnen bekannte Dokument erstellt habe, auch bis spät in die Nacht hinein gearbeitet, um mich mit diesen Dingen zu beschäftigen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich kann jetzt wirklich nicht in Tränen ausbrechen. Wenn da so viele Tätigkeiten miteinander verschachtelt sind, wird es sich nicht vermeiden lassen.

Warum haben Sie eigentlich Herrn Dr. Steger mit seiner Erfahrung nicht eingebunden?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe das bereits das letzte Mal beantwortet. – Muss ich das beantworten, Herr Vorsitzender? (*Obmann Dr. Pilz: Ja!*) – Noch einmal: Es gab in der damaligen Zeit zwischen mir und Dr. Steger ein persönliches Thema. Im Übrigen

hätte er als Sektionschef jederzeit kommen und bei mir alle Informationen abholen können. Meine Tür war jederzeit offen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ihnen ist bestimmt der Bericht des Bundesrechnungshofes vom 8. August 2003 bekannt. Wann ist dieser von wem ans Kabinett ergangen?

Dr. Heinrich Traumüller: Das kann ich von hier aus nicht beurteilen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber Sie kennen diesen sehr kritischen Rechnungshofbericht, in dem sich der Verteidigungsminister ...?

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es da irgendetwas, was man Herrn Traumüller vorlegen kann?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Dr. Heinrich Traumüller: Das ist ein mir völlig unbekanntes Schriftstück.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner hat dazu ausgesagt, dass er das empfangen hat. Entweder hat er es vom Kabinett empfangen, oder er hat es dem Kabinett weitergeleitet; das hat er nicht gewusst. Das muss Ihnen ja irgendwie untergekommen sein. Oder haben Sie das ...?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, das ist mir absolut unbekannt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn ich mir die Zwischenbemerkung erlauben darf: Sehr viel Zeit können Sie nicht gehabt haben. Denn dieses Dokument hat wochenlang die Öffentlichkeit beschäftigt.

Ihnen ist der vernichtend kritische Bericht des deutschen Rechnungshofes überhaupt nicht bekannt?

Dr. Heinrich Traumüller: Damals vielleicht aus den Medien. Aber nicht in der mir eben vorgelegten Form.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Sie haben sich als Verhandlungsleiter mit dem besorgniserregenden, äußerst kritisch dargestellten Zustand des kompletten Eurofighter-Projektes überhaupt nicht beschäftigt?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich muss mich darauf verlassen, dass mir die Beamtschaft derartige Dokumente, von denen sie Kenntnis erlangt, vorlegt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich halte das ja für kaum zu fassen, dass Sie sich mit den Entwicklungen beim Hersteller, beim Bieter, nicht auseinandergesetzt haben, wenn Sie auf der anderen Seite im Interesse der Republik Österreich die Verhandlungen leiten sollten!

Dr. Heinrich Traumüller: Noch einmal: Ich bin darauf angewiesen, dass mir die Beamtschaft korrekt zuarbeitet.

Ich habe sicher dieses Dokument in dieser Form nicht gekannt.

Hinweise sachdienlicher Natur von Dr. Hillingrathner, auch von Dr. Tomasch und Dr. Schwarzendorfer, hat es garantiert gegeben, die auf dieses Thema, so es kritisch war, Bezug genommen haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kommen wir zu den Hinweisen. Wann hat Dr. Hillingrathner Sie auf den Punkt 4 der Klausel bei den Verhaltensregeln hingewiesen? *(Dr. Traumüller: Nie!)* – Sie haben ja soeben gesagt, Sie haben sich auf die Hinweise der Beamten verlassen. Andererseits haben Sie wieder den Beamten die Infrastruktur nicht zur Verfügung stellen können oder wollen. Auf eine Beratung professioneller Art, einen Zukauf von Know-how, haben Sie verzichtet.

Jetzt sagen Sie, Sie sind nie über diesen Punkt informiert worden. Wann ist Ihnen dieser Punkt das erste Mal untergekommen?

Dr. Heinrich Traumüller: Gar nie! Ich habe Ihnen gesagt, dass mir der Vertrag in seiner Gesamtheit überhaupt nie vorgelegen ist, auch nicht zum Zeitpunkt der Paraphierung; da war ausschließlich Dr. Hillingrathner, glaube ich, im Hintergrund tätig. Ich habe mich mit diesem Punkt inhaltlich nie auseinander gesetzt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie das Gefühl, dass Sie Ihre Aufgabe als Verhandlungsleiter erfolgreich gemeistert haben, wenn Sie sich mit entscheidenden Punkten nicht einmal befasst haben?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe Ihnen soeben eine Information austeilen lassen, die zeigt, dass am Ende der von mir geführten Verhandlungen ein Verhandlungserfolg von 305 Millionen € steht. Daher glaube ich, diese Frage mit gutem Gewissen beantworten zu können.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben sich also nicht mit kritischen Berichten über den Zustand der Produktion beschäftigt. Sie haben sich nicht mit entscheidenden Klauseln beschäftigt, die in den Vertrag eingehen. Können Sie einmal aufzählen, womit Sie sich als Verhandlungsleiter eigentlich beschäftigt haben?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja. Ich habe zunächst den Draken-Bericht studiert, wie ich Ihnen bereits sagen durfte. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, danke.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Dr. Traumüller! Sektionschef Steger hat heute – einmal unter Anführungsstrichen – „leichte“ Kritik an Ihrer fachlichen Kompetenz anklingen lassen. Sie haben eben wieder ausgeführt – wie schon zuletzt –, dass es in der Vergangenheit persönliche Probleme zwischen Ihnen gegeben hat. Ich gehe einmal davon aus, dass es auch darauf zurückzuführen sein wird, dass es immer wieder diese kritischen Stellungnahmen gibt.

Was mich aber sehr wohl interessiert, ist, nachdem auch Herr Vorsitzender Pilz – Herr Vorsitzender, korrigieren Sie mich, wenn ich das falsch bringe – festgestellt hat, dass Sie gerade einmal ein Cockpit von einem Triebwerk haben unterscheiden können: Ist das so weit richtig, Herr Vorsitzender?

Obmann Dr. Peter Pilz: Nicht am Ende des Beschaffungsvorganges. Herr Dr. Hillingrathner hat uns erklärt, dass er einiges an Zeit in das Entstehen fachspezifischer Kompetenz investiert hat. Niemand von uns möchte bestreiten, dass das erfolglos war.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Na gut, das klingt ja schon etwas anders als heute am Nachmittag.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, das war genau dasselbe, nur mit einer etwas anderen Formulierung. (*Abg. Mag. Darmann: Ach ja?*) Ich habe zwei Begriffe nicht verwendet, nämlich „Düse“ und „Pilot“. Sonst war es dasselbe.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Gut, lassen wir das dahingestellt.

Kollegin Fekter hat Sie schon danach gefragt, welche Erfahrung Sie in diese Aufgabe mit einbringen konnten. Sie haben das dann einmal kurz gestreift. Ich möchte Ihnen aber die Gelegenheit geben, das doch ein bisschen ausführlicher zu beleuchten, um darauf einzugehen.

Dr. Heinrich Traumüller: Wie gesagt, meine berufliche Karriere beginnt im Jahr 1981 in Graz. Ich habe als Studienassistent an der Universität bei Herrn Professor Wesener

gearbeitet. Ich hatte ein Angebot von mehreren Professuren an der Universität Graz, unter anderem vom damaligen Professor für Völkerrecht, aber auch im Bereich Handelsrecht, an der Universität zu bleiben.

Ich habe mich stattdessen dazu entschlossen, eine Karriere in der Justiz zu beginnen, und habe – das ist mir nicht mehr genau in Erinnerung – von Herbst 1981 bis Ende 1983 an verschiedensten Stellen der österreichischen Justizverwaltung gearbeitet, sowohl in der Strafrechtspflege als auch in der Zivilrechtspflege. Ich habe mich für eine Übernahme ins Richteramt beworben und wurde stattdessen letztendlich ins Präsidium des Verwaltungsgerichtshofes nach Wien eingeladen, durfte dort als Sekretär des Präsidenten Dr. Raschauer, später auch für Dr. Heller, arbeiten, durfte an mehreren Senaten als wissenschaftlicher Mitarbeiter mitarbeiten.

Ich wurde dann ins Finanzministerium abgeworben und habe dort verschiedenste Stationen meiner Laufbahn durchlebt, unter anderem auch in der Budgetsektion. Das ist in diesem Zusammenhang vielleicht nicht ganz unwichtig: Ich habe viele Jahre meiner Tätigkeit im BMF in der Budgetsektion verbracht und kenne daher auch die Gepflogenheiten des Haushaltsrechtes durchaus gut.

Anschließend hat mich Herr Bundesminister Grasser im Feber 2000 ersucht, die Leitung seines Kabinetts zu übernehmen. Ich habe das – wie schon das letzte Mal dargestellt – bis Juli 2002 ausgeübt und bin dann in die Funktion des Personalchefs des Ministeriums gewechselt. Ich habe daneben aber weiter Projektverantwortungen getragen, wie in der schon mehrfach erwähnten Causa der Privatisierung der Bundeswohnbaugesellschaften.

Ich habe in all diesen Jahren internationale Verhandlungsteams geleitet, mit osteuropäischen Regierungen, im gesamten Baltikum und in nahezu allen Staaten von Central and Eastern Europe sowie Southern Eastern Europe. Das heißt, ich war Projektleiter der OECD für Projekte in Montenegro und vielen anderen Balkanstaaten.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wir haben kürzlich, bei Ihrer letzten Anhörung, den Themenbereich bis zum Vertragsabschluss mit Ihnen eigentlich schon durchbesprochen. Jetzt möchte ich Sie fragen: Welche Aufgaben hatten Sie in weiterer Folge nach Vertragsabschluss, also Beweisthema 4, im Zusammenhang mit der Nachbeschaffung Abfangjäger zu erfüllen?

Dr. Heinrich Traumüller: Was meinen Sie mit „Nachbeschaffung Abfangjäger“?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Den ganzen Beschaffungsvorgang.

Dr. Heinrich Traumüller: Für mich war die Sache im Prinzip mit der Paraphierung der Verträge – das war ungefähr im Juli 2003 – erledigt. Ich wurde dann noch auf dem Laufenden gehalten über die Entwicklung des Projektes Zwischenlösung und habe auch die entsprechenden Akten vorgeschrieben bekommen. Das müssten Sie Ihren Unterlagen entnehmen können. Aber ich selbst habe da keinerlei Verhandlungen mehr geführt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie hatten nach dem Vertragsabschluss auch keine Verantwortung in irgendeinem Bereich mehr?

Dr. Heinrich Traumüller: Meiner Erinnerung nach nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, ich möchte Sie zunächst mit Ihrem bereits kurz angeschnittenen Brief vom „Frühjahr 2003“ an Bundesminister Grasser konfrontieren, der mit „Lieber Chef!“ eingeleitet ist. Den haben Sie heute schon einmal kurz erwähnt.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich werde ihn gleich heraussuchen.

(Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen.)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da heißt es auf Seite 1 – ich zitiere –:

„In beiden Preisen enthalten ist ein 2,5%iger Zuschlag für die Verschiebung der Lieferungen um 16 Monate (ursprünglich geplanter erster Liefertermin war Jänner 2006, aus produktionstechnischen Gründen halten wir mittlerweile bei einer ersten Lieferung im Mai 2007).“

Das widerspricht dem, was Sie vorhin gesagt haben.

Auf Seite 2 heißt es unter „III. Lieferplan“, und das ist noch aufschlussreicher:

„Wie bereits erwähnt ist eine erste Lieferung frühestens im Mai 2007 möglich. Insgesamt könnten 2007 max. 4 Flugzeuge, 2008 max. 12 Flugzeuge und 2009 die restlichen 2 Flugzeuge geliefert werden. Die von Dir erwähnte Variante (3x6 Flugzeuge) ist nicht realisierbar. Hintergrund der Verschiebung ist, dass im Jänner 2007 die Umstellung der Produktion auf den technologisch höheren Stand der Tranche II beginnen muss. Für Österreich hätte dies den Vorteil, dass ab der ersten Lieferung die Letztversion zur Verfügung steht und Umrüstungen damit vermieden werden.“ – Ende des Zitats.

Das ist aber genau das Gegenteil von dem, was Sie hier gesagt haben.

Dr. Heinrich Traumüller: Herr Abgeordneter, ich habe bereits klargestellt, dass die Worte „Lieferschwierigkeiten“ und „Lieferverzögerung“ im Zusammenhang mit meiner letzten Befragung bitte nicht mehr verwendet werden mögen. Ich gebe zu, dass die Interpretation aus dem Dokument heraus vielleicht missverständlich sein kann. Ich habe klar gesagt, was war: dass diese Worte nie verwendet wurden, dass es seitens der Firma diesen Hinweis nie gegeben hat.

Das einzige Thema, das sich tatsächlich gestellt hat, war die Frage, wie man eben die Produktionsumstellung von der Tranche 1 auf Tranche 2 macht. Das ist ein Thema, das ja nicht nur mit Österreich zu tun hat, sondern das **generell** das Projekt betroffen hat. Meines Wissens ist das auch mittlerweile gelöst worden, ohne dass die Bänder – und da war immer nur die Rede vom Zeitraum Jänner bis Mai 2007 – zum Stillstand gekommen wären.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, es ist doch nicht Ihre Art, Ihre Größe zu schmälern! Sie haben hier auch keine Veranlassung dazu. Denn das, was Sie hier zusammengeschrieben haben, korrespondiert **exakt** mit der Antwort des deutschen Verteidigungsministeriums auf den deutschen Rechnungshofbericht. (Dr. Traumüller: Aha!) Exakt! (Dr. Traumüller: Ich glaube auch ...!) Das ist exakt so.

Da heißt es:

„Infolge der Verzögerungen in der Tranche 1 haben die Nationen im Zuge der internationalen Type Acceptance Juni 2003 ersatzweise einen dem o.a. Funktionalitätsstandard vergleichbaren Leistungsstandard für die zur Auslieferung kommenden ersten Serienflugzeuge festgelegt, der als ‚Initial Operational Clearance (IOC)‘ bezeichnet wird. Dieser Standard umfasst im Wesentlichen den für Tranche 1“ – wohlgemerkt: nicht Tranche 2, sondern Tranche 1! – „vereinbarten Standard der ersten 37 Serienflugzeuge, enthält darüber hinaus aber auch Funktionalitäten und Bauzustandsänderungen, die ursprünglich erst später zu realisieren waren ... Dieser Standard wird nach Abschluss der Zertifizierung im November 2004 erreicht werden.“

Das heißt, die entsprechenden Lizenzen hätte es erst 2005 gegeben!

Um es ganz klar zu sagen: Was Sie hier wortreich, meiner Ansicht nach richtig, zu Papier gebracht haben, entspricht exakt der Position und dem Erkenntnisstand, den auch das deutsche Verteidigungsministerium hatte.

Daher frage ich Sie noch einmal: Woher hatten Sie das?

Dr. Heinrich Traumüller: Das weiß ich leider wirklich nicht mehr. Ich kann mich nur düster daran erinnern, dass die Übergabe an Spanien, offenbar in der von Ihnen genannten Spezifikation, bereits im Dezember 2004 erfolgt ist.

Das ist eben wichtig auch für den Hintergrund dessen, was Österreich zusteht. Österreich hat eine bestimmte Luftraumüberwachungsfähigkeit gekauft, und nach meinen Informationen kann bereits Tranche 1 Block 2 alles, was Österreich braucht

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das stimmt nicht. Darauf komme ich dann extra zu sprechen.

Ich halte nur fest, dass Sie heute nicht mehr wissen, wie Sie zu dieser Einschätzung gelangt sind.

Dr. Heinrich Traumüller: Leider nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das Nächste ist die Frage dieser so genannten Umrüstung beziehungsweise dieser Zusatzleistungen, die zu erbringen sind. Wir halten fest: Im Vertrag ist von Tranche-2-Flugzeugen die Rede. Wenn Tranche-1-Flugzeuge geliefert werden, das heißt Block 5, müsste auf Kosten der Firma Eurofighter auf Block 8 aufgerüstet werden.

Das ist ein spannendes Thema, das wir noch gar nicht anschnitten wollen. Während nämlich im Vertragsentwurf vom Herbst 2002 noch klar geregelt wurde – und zwar im Vertrag selbst, in der Vertragsurkunde selbst –, dass die Kosten dafür Eurofighter zu tragen hat, ist das in der im Jahre 2003 unterfertigten Urkunde **nicht** mehr drinnen. Es soll allerdings einen Brief geben, in dem Eurofighter zugesagt habe, diese Kosten tragen zu wollen. – Kennen Sie diesen Brief? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Wir haben ihn vom Herrn Verteidigungsminister angekündigt bekommen, wir haben ihn gestern von Herrn Wall angekündigt bekommen. Ich weiß nicht, ob er schon da ist; wir erwarten diesen Brief mit großer Spannung, er ist uns bisher nicht vorgelegt worden. Jedenfalls hätten wir angenommen, dass so eine Regelung auch in den Vertrag Eingang findet – was nicht ist, leider nicht.

Nun möchte ich Ihnen zeigen, dass die Deutschen genau das gleiche Problem hatten. In einem Schreiben des deutschen Botschafters Horstmann an den Herrn Verteidigungsminister wird zu dieser Problematik Folgendes ausgeführt:

Für Luftfahrzeuge, die bei der Auslieferung den vertraglichen Leistungsstandard nicht erfüllen sollten, werden Zahlungseinbehalte vorgenommen werden.

Das heißt, es gibt zwei Möglichkeiten: entweder ich regle, dass die die Kosten für die Umrüstung zu tragen haben, oder ich sage, für das, was die noch nicht geleistet haben, habe ich Zahlungseinbehaltsrecht. – Beides taucht im Vertrag nicht auf. Zahlungseinbehalte, und deswegen führe ich Sie jetzt auf die Zahlungseinbehalte hin, sind bei uns ausdrücklich ausgeschlossen worden. Jetzt frage ich Sie: Warum?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe dazu keine Wahrnehmung, weil das sicher nicht von mir verhandelt wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist nicht von Ihnen verhandelt worden?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, absolut nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wundert mich deswegen, weil in einem Papier aus dem Verteidigungsministerium zu Ihnen Folgendes ausgeführt wird:

Die Vertragspunkte Zahlungsbestimmungen, Finanzierung und Haftung wurden vom Bundesministerium für Finanzen (Dr. Traumüller) direkt mit Eurofighter verhandelt.

Dr. Heinrich Traumüller: Das ist richtig, aber deswegen hat das noch lange nichts zu tun mit den Details der Lieferungen und Umrüstungen, was die Tranchen und dergleichen betrifft. Damit hatte ich sicher nichts zu tun.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da haben Sie mich falsch verstanden. Es geht um die Frage des Rechtes auf Zahlungseinbehalt für die Minderleistung. Auf gut Deutsch: Retentionsrecht. Es geht um diese Frage.

Dr. Heinrich Traumüller: Retention – da habe ich leider keine konkrete Erinnerung mehr. Könnten Sie das präziser ausführen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist keinerlei Regelung vorhanden. So wie es die Deutschen dem Verteidigungsminister im September 2003 dargestellt haben ...

Dr. Heinrich Traumüller: Dieses Schreiben kannte ich nicht, sage ich Ihnen auch an dieser Stelle.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das glaube ich, dass Sie das nicht kannten. Ich glaube auch, dass der Herr Verteidigungsminister dieses Schreiben vielleicht bekommen hat – das nehme ich an, weil es an ihn persönlich war –, aber ob er das wirklich verinnerlicht hat, was hier steht, da habe ich meine Zweifel.

Dr. Heinrich Traumüller: Mir ist es jedenfalls nie zur Kenntnis gebracht worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mir geht es nur darum, warum wir keine Entweder/Oder-Regelung getroffen haben. Wir zahlen, geben einen Einredevorzicht ab, verbunden mit einer unbedingten Zahlungsgarantie des Kaufpreises, und behalten uns weder das Recht vor, Zahlungen einzubehalten für diese Minderleistung, nämlich Block 5 statt Block 8, noch regeln wir im Vertrag, so wie das im Entwurf 2002 vorgesehen war, dass die Kosten für die Aufrüstung auf jeden Fall Eurofighter zu tragen hat. – Das versteht der Laie nimmer, zumal wir im Entwurf schon Regelungen dafür hatten.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe da wirklich nur eine punktuelle Wahrnehmung. Ich wiederhole mich leider, aber was Einredevorzicht betrifft, bin ich nach wie vor der Meinung, dass es die optimale Finanzarchitektur erst ermöglicht hatte, weil die Schmälerung der Rechtsposition des Heeres de facto eine geringe ist. – Ich gebe aber zu, dass Sie hier einen neuen Punkt in die Debatte führen, den ich nicht kenne.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie den Einredevorzicht sogar vorgesehen hätten und Sie ausdrücklich regeln, dass die Kosten für die Aufrüstung Eurofighter zu tragen hat, dann ist auch Rechtsklarheit in diesem Punkt hergestellt. – Aber das ist nicht geschehen.

Dr. Heinrich Traumüller: Es ist legitim, das im Zusammenhang zu diskutieren; mir fehlt jetzt die eine Seite der Medaille. Was den Einredevorzicht selbst betrifft, bin ich nach wie vor der festen Überzeugung, da es erst ermöglicht hat, die großen Einsparungen im Ausmaß von meines Erachtens 127 Millionen € zu ermöglichen. Aber Sie haben Recht, man kann es sicher im Zusammenhang auch noch einmal ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie das eine nicht regeln, nämlich Rückbehaltungsrecht oder Kostentragung der Aufrüstung von Block 5 auf Block 8 durch Eurofighter, wenn Sie weder das eine noch das andere regeln und dann den

Einredeverzicht drauflegen, dann haben Sie eine denkbar schlechte Rechtsposition. – Das ist der Punkt!

Dr. Heinrich Traumüller: Sie argumentieren aus einer Gesamtsicht des Vertrages, die ich so nicht habe, weil ich bis heute den Vertrag **nicht** in seiner Gesamtheit sehen kann.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ein letzter Punkt betrifft noch einmal diesen Business Code. Sie haben gesagt, Sie sind mit dieser Geschichte nie befasst worden. – Sind Sie mit der Erstellung des Business Code seinerzeit befasst worden?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, sicherlich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie sind mit dem Business Code überhaupt nie befasst worden.

Dr. Heinrich Traumüller: Meiner besten Erinnerung nach war das **nie** Thema.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bei Dr. Christl schon.

Dr. Heinrich Traumüller: Noch einmal: Die umfassende Projektverantwortung – das habe ich von der ersten Minute an hier gesagt – lag bei Dr. Christl. Sie wurde sozusagen kurzfristig unterbrochen für die zentralen Elemente meiner Vertragsgestaltung; ansonsten war er am Ende dabei, am Anfang dabei und hat begleitend auch während meiner Zeit die Frage der Gegengeschäfte geprüft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und er hat Sie nie informiert über diese Problematik? Herr Dr. Christl hat nicht gesagt: Das ist dem Minister wichtig!, weil es war ihm wichtig?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, also von Sepp Christl habe ich da keine Wahrnehmung. Es war Sepp Christl sehr dezent auch im Hintergrund; vielleicht zu dezent sogar. Er hat in der Zeit seine Gegengeschäfts-Sachen gemacht, er hat sich bei mir kaum über den Fortgang erkundigt; es gab nur punktuell Kontakte in der Zeit. Wir hatten eine Arbeitsteilung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Noch eine letzte Frage, die sich auf eine heutige Aussage bezieht, die ich Ihnen leider noch nicht wörtlich vorhalten kann, weil sie von unseren überaus emsigen und fleißigen Mitarbeitern des Stenographendienstes natürlich noch nicht übertragen sein kann; eine Aussage, die Herr Dr. Hillingrathner heute getätigt hat. Ich gebe das jetzt nur aus der Erinnerung wieder: Er hat über Vorhalt des Vorsitzenden, warum zu den Verhandlungen keine Aufzeichnungen geführt worden seien, in etwa ausgeführt, dass er – und er glaubte, sich erinnern zu können – von Ihnen eine Weisung bekommen habe, **keine** derartigen Aufzeichnungen zu führen, damit ja kein Beweis vorhanden ist, dass irgendeine Finanzschuld hätte entstehen können, oder – aber der Vorsitzende wird mich gleich korrigieren, wenn ich jetzt etwas Falsches aus dem Gedächtnis zitiere – dass keine Belege dafür vorhanden sind, dass quasi irgendetwas am Parlament vorbei gemacht wurde. – Das habe ich jetzt sinngemäß wiedergegeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nur damit der Vorhalt stimmt: Das waren zwei verschiedene Punkte.

Zum Ersten gibt es von Hillingrathner eine Aufzeichnung über den Ablauf der Vertragsverhandlungen für Frühjahr 2003, für die Gespräche mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung, in denen festgehalten wird: höchste Geheimhaltung, keine aktenmäßige Aufzeichnung als Auftrag von oben.

Zum Zweiten gibt es in dem Papier an Finz den Hinweis: Zur Vermeidung auch nur des Anscheins der Begründung von Finanzschulden war es richtig – und so weiter. Das ist

die Geschichte mit „ohne kompromittierenden Schriftverkehr“; darauf werden wir sicher noch zurückkommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bleiben wir beim ersten Vermerk „von oben“. Auf die Frage, wer ist „von oben“, hat er keine metaphysische Erklärung gebracht, sondern ganz trivial Herrn Dr. Traumüller genannt.

Dr. Heinrich Traumüller: Generell darf ich dazu Folgendes sagen – und Sie verzeihen, wenn ich wirklich ein bisserl schmunzle an dieser Stelle. (*Abg. Mag. Stadler: Das hat ihm auch nicht gefallen, dass man immer schmunzelt, wenn er etwas haben wollte!*)

Die BMF-Aktenstücke – das hat mir auch Dr. Hillingrathner mehrfach gesagt, weil ich immer Wert darauf gelegt habe, dass er dokumentiert, was nur immer geht. Ich habe Druck gemacht, was nur irgendwie möglich ist. Er selbst hat immer gesagt, dass er sich eben wegen dieses enormen Zeitdrucks und der mangelnden personellen und materiellen Ressourcen – ja, das hat er auch erwähnt – darauf beschränken musste, die wesentlichen Verhandlungsschritte und Ergebnisse zu machen.

Klar, wir hätten gern noch viel mehr dokumentiert; es war tatsächlich wohl auf Seiten Hillingrathners ein bestimmtes Ressourcen- und Zeitdruckproblem. Sie dürfen nicht vergessen, da gab es Situationen, dass wir bis Mitternacht gesessen sind, und es ist schwierig, ihn dann in sein Büro zu schicken und zu verlangen, dass er stundenlange Vermerke festhält. Das stößt an die Grenzen auch der physischen Leistungsfähigkeit.

Was Finanzschulden betrifft – und deswegen schmunzle ich ein bisserl –, war man tatsächlich sehr um – wie soll ich sagen? – Geheimhaltung bemüht, um nur ja nicht den Anschein zu erwecken, es könnte am Ende doch eine Finanzschuld sein. Sie wissen, ich hatte die klare Vorgabe, es darf **keine Finanzschulden** geben, der Rechnungshof akzeptiert das nur bis zehn Jahre, und daher war man sehr darauf bedacht, in allen Dokumentationen, vor allem unserer Kontakte zur Bundesfinanzierungsagentur, auf einer rein informellen Ebene zu agieren, damit man nach außen hin nur ja nicht den Anschein erweckt, hier gebe es die Bestrebung, eine Finanzschuld zu verdecken. – Das wollten wir nicht.

Ich durfte Ihnen schon das letzte Mal über die Stelle berichten, wo der Minister über die Swap-Konstruktion informiert wurde – und wir klar gesagt haben: Das geht nicht, wir wollen eine saubere, klare Trennung haben! Und in diesem Punkt wollten wir es auch. Es stimmt, wir wollten keine Finanzschuld haben – und wenn Herr Dr. Hillingrathner da etwas geheimnisvoll tut, dann wohl vor diesem Hintergrund.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Um diesen Vorhalt zu präzisieren: Dass das zwei verschiedene Dinge waren, hat der Herr Vorsitzende schon gesagt. Ich habe mitgeschrieben, was eine allfällige Weisung betrifft, wie Hillingrathner sich hier heute geäußert hat, dass er zunächst tatsächlich von „Weisung“ gesprochen hat und dann – wortwörtlich –, transportiert hatte das mit hoher Wahrscheinlichkeit Traumüller, eventuell Christl.

Aber das bezieht sich auf eine Weisung bezüglich dieser höchsten Geheimhaltung. Können Sie dazu noch irgendetwas reaktivieren an Ihrer Erinnerung?

Dr. Heinrich Traumüller: Würden Sie das freundlicherwise noch einmal präzisieren: Was meint er mit „höchster Geheimhaltung“?!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So wie es der Herr Vorsitzende vorgetragen hat: höchste Geheimhaltung, und dann war noch: als Auftrag „von oben“.

Obmann Dr. Peter Pilz: Keine aktenmäßige Aufzeichnung. – Ich glaube, Sie haben das sogar vor sich. (*Dr. Traumüller: Nein!*) Es gibt von Hillingrathner eine

Zusammenstellung: Verhandlungsschritt – einer nach dem anderen, und dann steht bei diesen Runden, die meistens im Verteidigungsministerium waren, manchmal im Finanzministerium, im Frühjahr 2003, bei den Verhandlungen Richtung Ankaufsgesetz: höchste Geheimhaltung, keine aktenmäßige Aufzeichnung, jedes Mal mit Rufzeichen.

Wir haben ihn gefragt: Stimmt das? Er hat ja gesagt. Wir haben gefragt: Haben Sie den Auftrag erhalten? Er hat ja gesagt. Wir haben ihn genau gefragt: Von wem haben Sie den Auftrag erhalten? Er hat gesagt, fast sicher von Dr. Traumüller. Er könne nicht hundertprozentig ausschließen, ob nicht von Dr. Christl oder vom Minister, aber er sei sich fast sicher, dass das ein Auftrag Traumüller war.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kenne, wie gesagt, jetzt nicht die Aussage des Herrn Dr. Hillingrathner, weil diese offensichtlich erst im Laufe des Tages erfolgt ist. Ich kann das sinnvoll wirklich nur in dem Sinne verstehen, dass sicher an einer Stelle einmal gesagt wurde, dass diese Verhandlungen einfach in den Räumen zu bleiben haben, in denen sie stattfinden, und unter der Beamtenschaft, die involviert ist. Es ist ganz klar, dass in einer dermaßen sensiblen Verhandlungsphase nichts schlimmer und „tödlicher“ ist, als wenn Informationen an Unbefugte nach außen gehen. Das ist der „Tod“ jeder Verhandlung. – Vor diesem Hintergrund – und **nur** vor diesem Hintergrund – kann ich mir so etwas vorstellen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Setzen wir mit einer weiteren Aussage von Hillingrathner fort, nämlich was die Federführung der Verhandlungen betrifft; es ist heute nur kurz angerissen worden, aber jedenfalls noch nicht mit diesem Vorhalt. Er sagte, dass eben von Traumüller und Wall auf der anderen Seite diese Verhandlungen federführend geführt worden seien, gleichwohl aber an der Spitze zunächst eine Arbeitsgruppe Wall beziehungsweise Spinka/Hillingrathner eingerichtet wurde. Also wann sind Sie jetzt mit der Federführung von wem beauftragt worden?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich versuche gerne noch einmal, es zu rekonstruieren anhand der Unterlage, die ich das letzte Mal schon mitgebracht habe – und im Übrigen aus der Feder des Herrn Dr. Hillingrathner stammt, um weitere Nachfragen gleich von vornherein nicht notwendig werden zu lassen. Nach der Unterlage, die mir Hillingrathner ausdrücklich als Gedächtnisstütze gemacht hat, war ich das erste Mal involviert – da bin ich leider durchgestrichen; da dürfte ein Fehler sein ... – Es gibt einerseits den 7. April 2003, wo seitens des BMF Traumüller und Hillingrathner erwähnt sind – Traumüller habe ich selber dann durchgestrichen, also da dürfte ein Fehler passiert sein. Da waren schon Falthäuser von der EF und EADS durch Löbbert vertreten. Wahrscheinlich war ich dann doch nicht dabei.

Meine internen Vorgespräche – von denen ich heute bereits berichten durfte – mit der Beamtenschaft, etwa Dr. Hillingrathner, haben am 8. April 2003 begonnen. Ich habe meinem Kalender entnommen und das nachträglich hier noch eingedacht, dass ich um 8.30 Uhr ein erstes Gespräch im BMLV hatte und um 14.30 Uhr im BMF ein Gespräch mit Dr. Hillingrathner geführt habe. Ein weiteres Gespräch mit Dr. Hillingrathner hat am 9. April 2003 stattgefunden, wobei jeweils nicht auszuschließen ist, dass andere Beamten, etwa Tomasch oder Schwarzenborfer, da schon dabei gewesen sind. Hier stehen jeweils immer nur mein Name und der von Hillingrathner.

In weiterer Folge gab es dann das Kontaktgespräch BMF/BMLV am 10. April 2003 im BMF, dann eine Verhandlungsrunde am 11. April 2003 im BMLV. Das war das erste offizielle Kontaktgespräch mit Eurofighter und EADS. Daran teilgenommen seitens des BMLV haben Spinka, Katter, Wolf, Wall, Leopold und Weiß, seitens des BMF ich und Dr. Hillingrathner, seitens Eurofighter der Generalbevollmächtigte Falthäuser, seitens EADS Löbbert, Schmidt, Logistik, und Maute, Kommerz.

Am 11. April 2003 gab es ein Gespräch zu Finanzierungsperspektiven. Das war ein Sechs-Augen-Gespräch zwischen mir und den Herren Faltlhauser und Löbbert. Dann hat es am 17. April 2003, in der Schnirchgasse, im BMLV ein Board Meeting/Kommerz gegeben, an dem ich etwa nicht teilgenommen habe, für das BMF aber Hillingrathner und Tomasch dabei waren.

Preisverhandlungen mit Eurofighter hat es wieder gegeben am 17. April 2003 durch mich, Faltlhauser und Löbbert. – Wollen Sie das vollständig haben? (*Abg. Mag. Kogler: Am 18.4. stößt dann Kocher dazu!*)

Da gab es noch einen weiteren Termin davor, am 17.4., und dann am 18.4. mit Kocher. Ja, das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie brauchen das nicht weiterzuführen, ich kenne das tatsächlich auswendig; mir war nur das am 16.4., glaube ich, neu. Sie sagten: mit zwei Vertretern EADS und seitens der Republik Sie allein. – Ist das richtig? (*Dr. Traumüller: 16.4. nicht! Momenter!! 17.4.!*) – Okay, dann habe ich das jetzt verwechselt. Und dort ging es um Finanzierungsbedingungen?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich entnehme meiner Information, die, wie gesagt, von Hillingrathner stammt, dass das Preisverhandlungen waren und die Festlegung der Ausgangsparameter.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist nämlich deshalb interessant, weil es offensichtlich eine vorbereitende Basis war für den 18.4., als dann das erste Mal der Einredeverzicht, wie ich glaube, eine gravierendere Rolle gespielt hat.

Dr. Heinrich Traumüller: Das ist durchaus möglich, weil am 17.4. ein weiteres Gespräch war, nämlich ein Finanzierungsgespräch, an dem ich und Dr. Hillingrathner teilgenommen haben, seitens der ÖBFA der hochgeschätzte Mag. Kocher und seitens EADS beziehungsweise Eurofighter die Herren Faltlhauser und Löbbert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau. Wie haben Sie da – das jetzt nur als Einschub – die Aussagen und die Darstellungen und Haltungen des Mag. Kocher zu Fragen des Einredeverzichts und der Dreieckskonstruktion samt Zession in Erinnerung?

Dr. Heinrich Traumüller: Grundsätzlich positiv, aber im Detail habe ich da wirklich keine Erinnerung mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, aber es ist nicht so, dass die Bundesfinanzierungsagentur diese Idee auf den Tisch gelegt hat. Wo ist die geboren worden und von wem?

Dr. Heinrich Traumüller: Das kann ich letztlich nicht mehr genau sagen. Sie kann auch durchaus von uns gekommen sein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie gewusst, dass der Herr Bundesminister selbst – also nicht nur damals eher noch Christl als Sie in der Vorphase – mit Herrn Mag. Kocher in dieser Angelegenheit mehr als einmal telefoniert hat?

Dr. Heinrich Traumüller: Das ist mir nicht unbekannt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zurück zu den Fragen – weil das ein bisschen untergegangen ist, glaube ich, was die notwendige Ernsthaftigkeit betrifft – des Herrn Hillingrathner und Anliegen, die er an Sie herangetragen haben will, speziell was die Schreibkräfte betrifft. Er hat, glaube ich, gesagt – ich hoffe, dass ich das richtig wiedergebe –, zwei Sekretärinnen auf Matura-Niveau hätte er gerne gehabt. (*Dr. Traumüller: Das haben aber nicht einmal Sektionschefs im BMF!*)

Ist er in dieser Art einmal bei Ihnen vorstellig geworden, mindestens einmal?

Dr. Heinrich Traumüller: Durchaus möglich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Mehrmals vorstellig geworden?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, wie viele andere Abteilungsleiter des BMF auch.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ist schon klar, nur die vielen anderen Abteilungsleiter verhandeln ja nicht die größte Beschaffung der Republik.

Dr. Heinrich Traumüller: Verhandelt habe schon mehr ich als Herr Dr. Hillingrathner, wie Sie gerade jetzt entnehmen; eigentlich hätte *ich* nach den Sekretärinnen schreien müssen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dr. Hillingrathner hat das beklagenderweise dargestellt, was diese Möglichkeiten der Schreibkräfte betrifft. Wie waren Sie sozusagen ausgestattet und ausgerüstet? Ich meine, natürlich, wenn man einer Weisung sozusagen nachgeben will oder eine Weisung selbst ausgibt, dass man eh keine aktenmäßigen Aufzeichnungen mehr haben will, wird die Schreibkraft nicht das Dringendste sein, aber hilfreich ist es allemal, wenn irgendjemand notiert. Ist das nicht zur professionellen Verhandlungsführung und Vorbereitung dazugehörend?

Dr. Heinrich Traumüller: Noch einmal: Die Verhandlungen im Kernpunkt habe ich geführt, und *ich selbst* war mir nicht zu schade, die Dokumentation anzufertigen; unter anderem jene, die Ihnen vorliegt, und jene, die ich Ihnen das letzte Mal überreichen durfte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das waren Briefe und Informationen an den Herrn Minister. Aber wie ist die Verhandlungssituation tatsächlich abgelaufen? Ich frage jetzt vielleicht ganz naiv, weil mir ist das nicht so unplausibel, was Herr Hillingrathner da gesagt hat, dass man da eigentlich mit einem Mini-Support anrücken sollte.

Dr. Heinrich Traumüller: Noch einmal: Die Personalausstattungsfrage stellt sich nicht nur für Dr. Hillingrathner, sondern für die ganze Budgetsektion, das ganze Ministerium, und mittlerweile, in einer EDV-vernetzten Welt, ist auch anzunehmen (*Abg. Mag. Kogler: Das ist nun wirklich nicht die Frage!*), dass Akademiker den Computer bedienen können und nicht erst nach einer Sekretärin schreien. Ich bin mir selbst auch nicht zu schade, in der FMA Vermerke anzufertigen und Akten zu bearbeiten. – Das kann ich daher nicht ganz nachvollziehen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay, wir durften festhalten, dass dieses Ersuchen an Sie ergangen ist, Sie das aber mit der Begründung abgelehnt haben, dass es durchaus zumutbar ist, wenn man selber den Computer bedient.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe Dr. Hillingrathner dienstrechtlich auf mehrere Möglichkeiten aufmerksam gemacht, indem er handeln sollte, bevor er nach *mehr Personal* schreit.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie war diese dienstrechtliche Aufmerksammachung?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich fühle mich in dem Punkt – weil wir über Personen reden – an die Amtsverschwiegenheit gebunden. Meiner Erinnerung nach hat es damals persönliche Auseinandersetzungen auch mit der Sekretärin gegeben und der Wunsch war, eine andere oder mehrere gleich zu bekommen, möglichst auf dem Niveau eines Sektionschefs mit Matura und und und. – Ich glaube, ich brauche das nicht näher zu kommentieren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, also ich höre die Ironie: eine Sekretärin auf dem Niveau eines Sektionschefs.

Auf die Amtsverschwiegenheit konnten Sie sich ja nicht berufen, allenfalls müssen Sie sich auf andere Dinge berufen. Dass wir das jetzt richtig haben ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP) *(in Richtung des Abg. Dr. Haimbuchner):* Entschuldigung, Herr Haimbuchner, das ist von der Frauenveranstaltung! Das steht wiederum nur den Frauen zu. *(Abg. Dr. Haimbuchner – Brötchen essend –: Ich werde diese Brötchen „gendern“! – Abg. Dr. Jarolim: Die Kollegin Fekter hat Brötchen hergestellt, aber nur für Frauen! – Abg. Dr. Fekter: Die Damen dürfen sich bedienen!)*

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, wir haben jetzt ein echtes Problem. Ist eine Sitzungsunterbrechung notwendig? – Nicht, dann bitte mit der Befragung fortzusetzen!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie führen das letztlich also auch darauf zurück, dass Ministerialrat Hillingrathner eigentlich schon Konflikte mit ohnehin vorhandenen Sekretärinnen hatte – nur damit ich das richtig einordnen kann. *(Dr. Traumüller: So ist es!)* – Trotzdem – bevor die nächste Fragerunde darauf zurückkommt –, damit wir irgendetwas fertig machen, ist ja nicht mein primäres Anliegen. Aber können Sie noch einmal schildern, wie Sie in dem Kontext den Verweis auf das Dienstrecht jetzt meinen?!

Dr. Heinrich Traumüller: Man kann Sekretärinnen auch kündigen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war die Empfehlung, die Sie gegeben haben?

Dr. Heinrich Traumüller: Das war eine rechtliche Möglichkeit, die das Vertragsbedienstetengesetz beziehungsweise das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 nach meiner fachkundigen Wahrnehmung geboten hat und bietet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Wenn er mit der seinen nicht zufrieden ist, soll er sich eine andere nehmen, wollen Sie sagen? *(Dr. Traumüller: So ist es!)* – Und Sie in Frieden lassen als Personalchef.

Dr. Heinrich Traumüller: Dann brauche ich keine zusätzliche Planstelle zu besetzen. Als Personalchef muss ich nämlich darauf schauen, dass ich damit das Auslangen finde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Verhandlungssituation hat sich aber für Sie, noch einmal, wie dargestellt? – Sie waren im April sehr, wie Sie jetzt betont haben, die Termine herauf bis zum 18. hin, agil. Wie dicht war Ihr Takt dann im Mai, also Ende April bis zum endgültigen Entwurf?

Dr. Heinrich Traumüller: Also, wenn ich mich jetzt richtig entsinne, Herr Abgeordneter, haben wir gestoppt am 17. 4. Ich darf es nur der Vollständigkeit halber gleich noch fortsetzen. Ich habe von Herrn Dr. Hillingrathner Vermerke über weitere Gespräche und Meetings am 18. 4. 2003, am 21. 4. 2003, 22. 4., 22. 4., 22., 23., 23., 24. 4., 25., 25., noch einmal 25., 28. und 29. 4. 2003.

Ich komme kaum in den von Ihnen genannten Mai. 30. April 2003: Versiegelung des Vertrages bereits am 30. 4. 2003. Ich bin da schon längere Zeit nicht mehr dabei. Der letzte Termin, wo ich nach der Darstellung von Dr. Hillingrathner dabei war, war am 25. 4. 2003.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke für diesen Teil. – Jetzt muss man noch fragen: Wie hat sich denn die gegenüberliegende Seite bei diesen

Verhandlungen präsentiert? Hatten die den Herrn Faltlhauser als topreaktivierten Juristen? Haben die sich etwa anderer unterstützender Kanzleien bedient?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein. Also, bei Tisch saß ausschließlich der Herr Generalbevollmächtigte Faltlhauser und fallweise noch Herr Löbbert. Die wichtigen Termine waren überhaupt solche zwischen mir und Herrn Faltlhauser. – Also, Löbbert war doch ... – Entschuldigung, da muss ich korrigieren. Es gab ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, der war öfter dabei.

Dr. Heinrich Traumüller: Also, Löbbert, es sind nie mehr als zwei Personen beim Verhandlungstermin mir gegenüber gesessen, teilweise sogar auf Vier-Augen-Gesprächsebene.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist auch rekonstruierbar. Die Frage ist aber, ob die Vertreter von Eurofighter, EADS darüber hinaus Kanzleien noch haben arbeiten lassen für diese Vertragserrichtung und für die Vertragsverhandlungen, deren Gegenüber Sie waren. Haben Sie da Wahrnehmungen gemacht? Das konnte ja nicht verborgen geblieben sein.

Dr. Heinrich Traumüller: Noch einmal: Ich habe den Vertrag nicht verhandelt. Daher kann ich auch keine Wahrnehmung machen. Für mich war der gesamte Apparat der Finanzprokurator im Hintergrund verfügbar und das ist, glaube ich, die beste Anwaltskanzlei dieser Republik.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, darauf können wir noch kurz kommen. Aber zunächst von der anderen Seite: Sie sagen, Sie haben immer nur den Herrn Faltlhauser und den Herrn Löbbert wahrgenommen, und das war es dann im Wesentlichen. (*Dr. Traumüller: So ist es!*) – Sie haben keine Wahrnehmungen darüber, was die für einen Support dahinter hatten? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Ihr Kontakt zur Finanzprokurator, weil Sie das selber anreißen, war wie?

Dr. Heinrich Traumüller: Wie gesagt, ich habe nur initiiert über den Herrn Präsidenten Dr. Sawerthal, der mir persönlich sehr bekannt, ja sogar befreundet war, dass die Prokurator alle verfügbaren Ressourcen auf dieses Projekt konzentriert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie muss man sich das vorstellen, wenn da einmal kritische Rückmeldungen seitens der Prokurator gekommen sind – ich greife gerade den Einredeverzicht heraus –: War das immer so einhellig?

Dr. Heinrich Traumüller: Keineswegs. Da hat es durchaus Debatten gegeben, aber ich habe das letzte Mal schon klargestellt, das ist letztlich auf der Beamtenebene ausdiskutiert worden. Mag. Kocher ist, glaube ich, teilweise dazu gekommen, ich persönlich habe mich dann nicht mehr eingemengt. Da sind jede Menge Juristen ins Haus geschwirrt und haben dann in unseren Räumen, teilweise in der Prokurator oder wo auch immer das zu Ende diskutiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da Sie heute hier diese Information zur Verfügung gestellt haben, diesfalls von Hillingrathner, 9. Juni 2003, gezeichnet wurde. Diese 4,5-prozentige Eskalation gewinnt in den letzten Befragungen zunehmend an Bedeutung.

Gehen wir das einmal durch. Es gab ein Anbot. Da war eine bestimmte Verpflichtung der Bieter, einmal bis zu einer bestimmten Frist preislich stillzuhalten. Ich frage Sie gar nicht dazu, weil das müssen Sie ja nicht so genau wissen. Aber dann war die Vertragsverhandlungsphase Sommer 2002. Frühestens hätte September 2002 oder Ende September ein Vertrag fertig verhandelt sein können nach dem Gang der Dinge damals. Gleichzeitig haben politische Ereignisse dazu geführt, dass die Verhandlungen an einer bestimmten Stelle eingefroren, abgebrochen wurden. Dann ist nicht –

Hausnummer – am 30. 9. ein Vertrag unterzeichnet worden, sondern erst am 1. Juli 2003, also zirka neun Monate später.

Ist das nicht ein bisschen viel eskaliert – 4,5 Prozent – für diese Frist?

Dr. Heinrich Traumüller: Noch einmal: Mir war das ohnedies ein Anliegen, diese Eskalation wegzuverhandeln. (*Abg. Mag. Kogler: Das glaube ich Ihnen schon!*) Jede Firma hat das Recht (*Abg. Mag. Kogler: Da wissen wir, was wir an Ihnen haben!*), mit einer hohen Latte in Verhandlungen zu gehen. Das würde ich aus verhandlungsstrategischen Gründen auch so machen. Es zählt, was am Ende herausgekommen ist. Dort war es entweder zur Gänze entfernt oder auf 1 Prozent reduziert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sehen Sie, ich hätte das auch in die Abteilung Verhandlungsstrategie eingeführt. Ich habe Sie nur deshalb gefragt, weil wir uns nämlich dauernd hier „vorhüpfen“ lassen müssen, was das für ein sensationelles Verhandlungsergebnis war.

Dr. Heinrich Traumüller: Entschuldigung! Mir wurde das seitens des Heeres ausdrücklich in dieser Form übergeben. Ich habe, wie Sie wissen, den Faden dann erst im Frühjahr 2003 aufgenommen. Ich wurde ausdrücklich auf den Punkt aufmerksam gemacht, dass diese Forderung im Raum steht – und ich habe durchaus Tage damit verbracht, sie wieder wegzuverhandeln.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie ordnen das auch unter die strategischen Rechnungen des ...?

Dr. Heinrich Traumüller: Nicht nur Strategie, ich halte sie auch für legitim. Ich habe das schon einmal klargestellt, und ich stehe nicht an, es ein zweites Mal klarzustellen. (*Abg. Mag. Kogler: Ja!*) Ich halte es inhaltlich für nachvollziehbar, dass eine lieferbereite und lieferfähige Firma dafür eine Forderung erhebt, dass sie ihre Lieferbereitschaft und ihre Lieferfähigkeit nicht austoben kann, wenn sie gleichzeitig weiß, dass sie mit einem Fixpreis leben muss, der inflationsgefährdet ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Mir ist das alles klar. Das ist uns klar. Der Punkt ist: 4,5 Prozent für welchen Zeitraum? Und im September, als das festgelegt wurde, wo Sie im März übernommen haben, aus der Perspektive September 2002 war doch nie und nimmer der Lieferzeitraum 2007 im Spiel, sondern ein viel kürzerer. **Dr. Heinrich Traumüller:** Das kann ich im Detail nicht mehr beurteilen. Ich denke, wir haben uns sehr lang und breit, Herr Abgeordneter, um es abzukürzen ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): 30 Monate – das haben Sie in allen Ihren Akten selbst drinnen.

Dr. Heinrich Traumüller: Darf ich versuchen, den Punkt zu erwischen, den Sie ja offensichtlich im Auge haben, nämlich: Wer wollte die Lieferverzögerung?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, gar nicht mehr an der Stelle. Die 1 Prozent sind plausibel für neun Monate Verschiebung der Vertragsabschlüsse. Das kann man nachrechnen, wenn man ein Gefühl für die Inflation in diesen Jahren hatte – mehr ist es ja nicht. Nur: Die 30 Monate ab Vertragsabschluss bis zur Anlieferung musste der Bieter ja antizipieren. Das war ja immer klar, dass ab endgültiger Bestellung und Vertragsabschluss 30 Monate vergehen. Und deshalb konnte er überhaupt nicht gutgläubig oder guten Willens hier 4,5 Prozent verlangen. **Das** ist der Punkt. – Aber wir sind ohnehin am Ende der Befragung.

Dr. Heinrich Traumüller: Sie müssen das nur vor dem Hintergrund dessen sehen – und dazu bekenne ich mich auch –, dass die Regierung einfach keine Lieferung, 2007, ah, 2006 **wollte**. Das ist klar.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Später dann, genau.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich möchte dort fortsetzen, wo wir unterbrochen worden sind, Herr Dr. Traumüller, dass Sie bemüht waren, jene Fehler zu vermeiden, die beim Draken-Kauf passiert sind. (*Abg. Mag. Kogler: Beweisthema minus 1!*)

Beim Draken-Kauf gab es in der Vertragsgestaltung ja ein ganz enges Nahverhältnis zwischen dem Generalvertreter und der Sozialdemokratie. Da gab es ja auch Äußerungen, dass man die ganze Situation sozusagen politisch begünstigen möchte bei den Parteifreunden, soweit ich mich erinnere. (*Abg. Dr. Kräuter: Müssen wir uns diesen Blödsinn wirklich anhören?*) Und dieses vom Rechnungshof damals ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, ich gehe davon aus, dass Herr Dr. Traumüller dazu über keine persönlichen Wahrnehmungen verfügt. Ich frage jetzt kurz (*Abg. Dr. Fekter: Vielleicht doch?!):* Verfügen Sie im Zusammenhang mit Draken/SPÖ über irgendwelche persönlichen Wahrnehmungen?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe ja noch nicht gefragt! Darf ich meine Frage stellen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie dürfen selbstverständlich Ihre Frage stellen, aber wenn sich herausstellt, dass das nicht zum Beweisthema gehört ... – Wir können natürlich jetzt unsere Zeit damit verbringen, uns gegenseitig Geschichten aus zurückliegenden Legislaturperioden über Firmenbeziehungen zu erzählen. Mir fällt wahrscheinlich von allen Anwesenden dazu am meisten ein, und zwar zu mehr als *einer* Partei. (*Abg. Mag. Stadler: Da warst du noch demonstrieren!*) – Ja, das wird Gegenstand eines anderen Verfahrens sein. (*Heiterkeit.*)

Dr. Heinrich Traumüller: Herr Vorsitzender, meine Wahrnehmung gründet sich ausschließlich auf die Lektüre des Rechnungshofberichtes. Sie können das auf Seite 97 in der jedem zugänglichen Form nachlesen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke, Herr Traumüller. – Ich habe mich vergewissert, dass die Alphabetisierung dieses Ausschusses abgeschlossen ist und alle in der Lage sind, selbst Rechnungshofberichte zu lesen. – Haben Sie irgendwelche persönlichen Wahrnehmungen?

Dr. Heinrich Traumüller: Außer dass das für mich eine wichtige Vorbereitung war, nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann werde ich weitere Fragen zu diesem Thema *nicht* zulassen. Frau Kollegin Fekter, wenn Sie damit eine Frage zum Beweisthema begründen wollen – bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sind Ihnen während der Vertragsverhandlungen ähnliche, sage ich jetzt einmal, Eigentümlichkeiten, die damals passiert sind, auch untergekommen? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Also nicht untergekommen? (*Dr. Traumüller: Nein!*) Das heißt, Lobbyismus während der Vertragsverhandlungen in Parteinähe ist Ihnen nicht untergekommen?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich hatte in der damaligen Zeit nur sehr eingeschränkte Kontakte zum Minister, fallweise zu Sepp Christl, zu der genannten Beamtschaft und zu sonst niemandem, insbesondere nicht zu Vertretern der Firmen, die über die genannten Eurofighter-Vertreter hinausgegangen wären.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der anschließenden Zwischenlösung: Waren Sie da involviert?

Dr. Heinrich Traumüller: Wie gesagt, ich wurde auf dem Laufenden gehalten. Ich kann mich erinnern, dass mich Brigadier Bauer dann durchaus bei der einen oder anderen Gelegenheit noch telefonisch informiert hat, wie das weitergeht. Ich habe das aber mehr zur Kenntnis genommen und dann die endgültigen Akten, die Hillingrathner und die Budgetsektion verfertigt haben, gesehen und, ich glaube sogar, dem Minister dann weitergeleitet.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): War die Zwischenlösung während der Verhandlungen ein Thema?

Dr. Heinrich Traumüller: Na ja, schon. Das habe ich das letzte Mal schon gesagt. Es gab bereits beim ersten Kontakt ins BMLV eine Äußerung des Herrn Generalmajors Wolf, dass er – so glaube ich nach bester Erinnerung – eben gesagt hat, er wird sich bemühen, auch mit den Betreibernationen in Kontakt zu kommen und eine Eurofighter-Zwischenlösung über die Betreibernationen zu machen. Aber ich habe dann kaum noch konkrete Erinnerungen an das, was in weiterer Folge geschehen ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bei den Verträgen, die wir dann abgeschlossen haben, beispielsweise mit der Schweiz: Waren Sie da involviert?

Dr. Heinrich Traumüller: Wie gesagt, am Rande, sicherlich aktualisiert immer wieder von Hillingrathner her da oder dort, auch aus dem BMLV. Also: Mir war sicherlich bekannt, dass der Draken aus den genannten Gründen des letzten Males wegen seiner Altersschwäche nur mehr bis Ende 2005 flugfähig war, dass es da schon Bedenken in puncto Sicherheit, also Materialerhaltung gegeben hat, und dass er vor allem in der Schlussphase, glaube ich, schon sehr, sehr teuer in der Haltung war. Ich bin mir nicht ganz sicher, aber ich glaube, da war von Jahreskosten von bis zu 100 Millionen € die Rede.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Jahreskosten bis zu 100 Millionen €, da Draken in der Auslaufphase, in Diskussion?

Dr. Heinrich Traumüller: Noch einmal: Hundertprozentig kann ich es nicht sagen. Ich entnehme einer Information, die mir vorliegt, der nunmehrigen Abteilung II/7 des BMF – das ist die Nachfolgeabteilung Hillingrathners –, dass laut BMLV die Zwischenlösung nicht teurer ist als der Draken-Weiterbetrieb und darüber hinaus die Lieferterminverschiebung Vorteile bietet. Erstens erhält Österreich, zumindest teilweise im zweiten Lieferlos, damit ein erprobtes und ausgereiftes Flugzeug am technischen Letztstand. Ein weiterer Vorteil ist die Erstreckung der Gesamtlebensdauer nach hinten.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Dr. Traumüller, Sie haben jetzt Ihre Arbeit im Zusammenhang mit der Vertragserstellung so dargestellt, dass Sie sich einfach darum gekümmert haben, das für die Republik möglichst günstig zu machen, und haben uns in der Befragung darauf hingewiesen, dass für Sie entscheidend war: Verhandlungsergebnis BMF 305 Millionen € weniger, also von 2,264 Milliarden herunter auf 1,959 Milliarden. Das war Ihre Aufgabe. Und auf die Frage, ob Sie sich hier genügend engagiert haben, haben Sie geantwortet: Das ist der Beweis.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich hoffe, ja ich gehe davon aus, dass es unter den damaligen Rahmenbedingungen das optimal erreichbare Ergebnis war.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie haben dann auch noch gemeint, Sie haben den Vertrag in seiner Gesamtheit nicht mehr gesehen. (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Hillingrathner hat sich heute darüber mehr oder weniger beschwert beziehungsweise darüber geklagt, dass er insgesamt drei Stunden Zeit hatte, 1 600 Seiten Vertrag zu überprüfen und sie dann mehr oder weniger freizugeben.

Was sagen Sie zu dieser Klage? Wissen Sie davon, dass Ihre Mitarbeiter die Beamten veranlasst haben, den Vertrag in dieser Zeit zu überprüfen? Oder wie ist das abgelaufen?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich glaube, da liegt ein grundsätzliches Missverständnis vor, Herr Abgeordneter. Das ist ein Vertrag zwischen dem Bundesministerium für Landesverteidigung und der Eurofighter GmbH. Es liegt kein Vertrag des Bundesministeriums für Finanzen vor (*Abg. Mag. Gaßner: Das weiß ich schon!*), und insofern können Sie nicht die Gesamtverantwortung in allem und jedem dem Ministerium zuordnen, auch nicht Herrn Dr. Hillingrathner; ich möchte ihn da wirklich ein bisschen in Schutz nehmen. Es haben sich die Juristen der Prokuratur, die zu seiner Unterstützung aufgeboden wurden, sicherlich nach Kräften bemüht, zu wirken, aber im Letzten liegt die Verantwortung beim BMF sicher nur dort, wo wir – und ich wiederhole mich, glaube ich, jetzt zum fünften Mal – in **Kernelemente** des Vertrages eingegriffen haben.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Das ist schon klar, aber ich beschuldige oder dichte ja Herrn Dr. Hillingrathner nichts an, sondern ich nehme nur seine Ausführungen, die er hier getätigt hat, die dann auch von Herrn Tomasch bestätigt wurden, der hier ganz offen zu Protokoll gegeben hat: Diese Eurofighter-Beschaffung ist in jeder Beziehung ein Ausnahmefall. So wurde nie gearbeitet, auch bei ihnen nicht im Ministerium. – Das ist nur eine Aussage unserer Befragungspersonen.

Eine Frage habe ich aber noch zu dieser Zahl: Sie haben gesagt, die 305 haben Sie da herausverhandelt und das war Arbeit genug, und Sie sind mit sich zufrieden, sodass letztendlich der unterfertigte Vertrag eine Summe von 1 Milliarde 959 000 € beträgt.

Dr. Heinrich Traumüller: 959 Millionen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Entschuldigung, danke schön! Diese Zahl kennen Sie ganz genau.

Wissen Sie, dass diese Zahl eigentlich schon im Juli 2001 in einem Schreiben von EADS in der Anlage an den Herrn Finanzminister vorgekommen ist – mit genau derselben Stückzahl? Vielleicht jetzt nicht im Eurobereich gleich, aber fast identisch ist diese Zahl 2001 bereits von EADS dem Finanzminister gesagt worden.

Dr. Heinrich Traumüller: Ist mir nicht bekannt. (*Abg. Mag. Gaßner: Ist Ihnen völlig unbekannt?*) – Völlig unbekannt!

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie kennen dieses Schreiben mit der Anlage der Paketlösung und so überhaupt nicht.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kenne dieses Schreiben garantiert nicht.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Also, das haben Sie ausverhandelt, was EADS schon 2001 geschrieben hat.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kenne dieses Schreiben nicht, daher kann ich es, wie gesagt, nicht beurteilen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch Fragewünsche? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Befragung geschlossen. Ich danke für die Auskünfte und wünsche einen guten Abend!

(Die **Auskunftsperson Dr. Traumüller** verlässt den Sitzungssaal. – Der Obmann kündigt die Abhaltung einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte an.)

(Fortsetzung: 19.02 Uhr bis 19.03 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

19.03

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 19.02 Uhr – wieder zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über und gibt bekannt, dass **Protokollberichtigungen** vorgenommen wurden und hiermit Teil des öffentlichen Protokolls sind. (s. *Anhang*; *öffentlicher Teil*.)

Sodann **schließt** der Obmann die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 19.04 Uhr

ANHANG

Berichtigungen zum Protokoll der Befragung von Dr. Heinrich Traumüller in der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 1. März 2007.

- Auf Seite 31, Zeile 37 muss es statt „Kabinett auch in“ richtig „Kabinett auch zu“ lauten.
- Auf Seite 35, Zeile 11 muss es statt „A400M“ richtig „AM400“ lauten.
- Auf Seite 37, Zeile 28 muss es statt „Dokument haben, dass“ richtig „Dokument haben, das“ lauten.
- Auf Seite 39, Zeile 26 muss es statt „gelegt wären“ richtig „gelegt worden wären“ lauten.
- Auf Seite 53, Zeile 36 muss es statt „nicht mehr dabei -“ richtig „nicht mehr -“ lauten.
- Auf Seite 55, Zeile 30 muss es statt „dem Bieter“ richtig „dem Bestbieter“ lauten.
- Auf Seite 55, Zeile 36 muss es statt „und am Ende“ richtig „und endet an deren Ende“ lauten.
- Auf Seite 56, Zeile 32 muss es statt „Euribor geboten hat.“ richtig „Euribor geboten hat, war Bestbieter“ lauten.
- Auf Seite 62, Zeile 6 muss es statt „Stellvertretender“ richtig „stellvertretender“ lauten.
- Auf Seite 66, Zeile 17 muss es statt „muss darauf“ richtig „musste darauf“ lauten.
- Auf Seite 70, Zeile 32 muss es statt „etwas grundsätzlich“ richtig „etwas Grundsätzliches“ lauten.
- Auf Seite 71, Zeile 18 muss es statt „Da ist mir“ richtig „Das ist mir“ lauten.
- Auf Seite 74, Zeile 31 muss es statt „den es gibt“ richtig „denn es gibt“ lauten.
- Auf Seite 78, Zeile 37 muss es statt „gehandlet“ richtig „gehandelt“ lauten.
- Auf Seite 80, Zeile 10 muss es statt „die Finanzierungskosten“ richtig „die Kosten“ lauten.

Wien, 8. März 2007

Dr. Heinrich Traumüller
